

UNIVERSITÄT INNSBRUCK

Diplomarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades eines
Magisters der geisteswissenschaftlichen Fakultät
(Studienrichtung Politikwissenschaften)

**Jugend und rechtsextreme Gewalt in
Deutschland**

eingereicht bei Univ. Dozent Mag. Dr. Reinhold Gärtner

eingereicht von Gatterer Manfred Matrikel Nummer
9518022

VORBEMERKUNGEN

Rechtsextreme Gewalt ist ein Thema das ständig in den Medien präsent ist. Ein Brandanschlag hier, ein gewalttätiger Übergriff da und die Opfer sind immer Schwächere und Minderheiten die auf Grund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder ihrer politischen Einstellung verfolgt und angegriffen werden. In dieser Arbeit möchte ich auf dieses Phänomen eingehen und dabei konzentriere ich mich vor allem auf jugendliche Gewalttäter.

In den ersten beiden Kapiteln möchte ich auf die Theorie eingehen und erstens die Gewalt, sei es begrifflich erklären und Anlässe und Motive für Gewalt erläutern, sowie die Tätertypen und ihre soziostrukturellen Hintergründe beleuchten und zweitens auf den Begriff Rechtsextremismus eingehen, wobei auch die Geschichte des Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und die Träger der rechtsextremen Gewalt in Augenschein genommen werden.

Im dritten Kapitel erarbeite ich den Einstieg in die Szene, wobei ich auf rechtsextreme Organisationen und Parteien eingehe, die Jugendlichen den Einstieg in die Szene erleichtern oder bereits in die Szene involvierte Jugendliche zu binden oder zu sammeln versuchen.

Im vierten Kapitel gehe ich auf die Agitations- und Kommunikationsmedien ein und versuche die Bedeutung dieser für die Szene zu erörtern. Im fünften Kapitel gehe ich auf die gewalttätigen Übergriffe mit rechtsextremen Hintergrund in Brandenburg von 2000 bis August 2001 ein und führe zusätzlich noch die Übergriffe mit Todesfolge auf gesamtdeutscher Ebene an.

Im sechsten Kapitel gehe ich der Frage nach, was man gegen rechte Gewalt tun kann und hier behandle ich exemplarisch den Maßnahmenkatalog „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung von Brandenburg und die Aussteigerprogramme EXIT und das des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Dieses Kapitel behandelt auch Kritikpunkte an den Aussteigerprogrammen, die Titus Simon in seinem Beitrag „Rechte in die Telefonschleife“ äußert. Im siebten und letzten Kapitel möchte ich noch einige abschließenden Betrachtungen anführen und die wichtigsten Punkte der Arbeit hervorheben.

Diese Einleitung möchte ich auch dazu benutzen um mich bei all jenen zu bedanken, die das Entstehen dieser Arbeit ermöglicht haben. Mein besonderer Dank für die Betreuung dieser Diplomarbeit gilt Univ. Doz. Mag. Dr. Gärtner Reinhold, der mich mit Rat und Tat unterstützt hat. Besonders bedanken möchte ich mich noch bei meiner Familie, die mir dieses Studium ermöglicht hat und mir all die Jahre meiner Ausbildungszeit hilfreich zur Seite gestanden ist.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Gewalt	7
1.1.	Begriff	7
1.1.1.	Der eingeschränkte oder restriktive Gewaltbegriff	9
1.1.2.	Der psychisch erweiterte Gewaltbegriff	9
1.1.3.	Die Ausweitung des Gewaltbegriffs um die sogenannte strukturelle Gewalt	10
1.2.	Anlässe und Motive für Gewalt	10
1.2.1.	Tätertypen und soziostrukturelle Hintergründe	11
2.	Rechtsextremismus	16
2.1.	Begriff	16
2.2.	Geschichte des Rechtsextremismus	21
2.3.	Die Träger der rechtsextremen Gewalt	24
3.	Einstieg in die Szene	27
3.1.	Rechtsextreme Organisationen	29
3.1.1.	Ku – Klux – Klan	29
3.1.2.	Blood & Honour	31
3.1.3.	Wiking Jugend	32
3.1.4.	Hammerskins	33
3.1.5.	Skingirl – Freundeskreis Deutschland	34
3.1.6.	Bund Heimattreuer Jugend	34
3.1.7.	Hamburger Sturm	35
3.1.8.	Volkstreue Außerparlamentarische Opposition	36
3.1.9.	Deutsche Liga für Volk und Heimat	37
3.1.10.	Stahlhelm e. V.	38
3.1.11.	Club 88	40
3.1.12.	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.	41
3.1.13.	Neonazistische Kameradschaften	42
3.2.	Rechtsextreme Parteien in Deutschland	45
3.2.1.	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands	45
3.2.1.1.	Zielsetzung der NPD	45

3.2.1.2.	Organisation und Entwicklung der NPD	51
3.2.1.3.	Die Jungen Nationaldemokraten	55
3.2.2.	Die Deutsche Volksunion	57
3.2.2.1.	Zielsetzung und Methode der DVU	57
3.2.2.2.	Organisation und Entwicklung der DVU	61
3.2.3.	Die Republikaner	63
3.2.3.1.	Zielsetzung der REP	63
3.2.3.2.	Organisation und Entwicklung der REP	66
3.2.4.	Rechtsextreme Kleinparteien und Wählervereinigungen	69
3.2.4.1.	Freiheitliche Deutsche Volkspartei	69
3.2.4.2.	Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland	69
3.2.4.3.	Vereinigte Rechte	69
3.2.4.4.	Bund für Gesamtdeutschland	69
4.	Agitations- und Kommunikationsmedien	71
4.1.	Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste	71
4.1.1.	Der Arndt – Verlag	72
4.1.2.	Der Grabert Verlag	72
4.1.3.	Verlagsgesellschaft Berg	72
4.1.4.	Nation Europa Verlag	73
4.1.5.	Verlag und Agentur Werner Symanek	74
4.1.6.	Kleinere Verlage und Vertriebsdienste	74
4.1.7.	Gesellschaft für Freie Publizistik	75
4.2.	Neue Kommunikationsmedien	75
4.2.1.	Das Internet	75
4.2.2.	Parteiunabhängige rechtsextreme Infotelefone	78
4.2.3.	Übersicht über die wesentlichen Verlage und Presseerzeugnisse	79
5.	Chronologie der Gewalt	80
5.1.	Auflistung der Übergriffe	80
6.	Was tun gegen rechte Gewalt?	98
6.1.	Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“	98
6.2.	Aussteigerprogramme für Rechtsextreme	109

6.2.1.	EXIT	109
6.2.2.	Telefonhotline für rechtsextreme Aussteiger des Verfassungsschutzes	112
6.2.3.	Kritik an Aussteigerprogrammen	114
7.	Schlußbetrachtungen	117
	Literaturverzeichnis	120

1. Gewalt

1.1. Begriff:

Der Begriff „Gewalt“ wird im Alltag, sowie in der Forschung sehr unterschiedlich definiert und verstanden. Deshalb ist eine klare Begriffsdefinition als auch eine Beschränkung der Analyse auf spezifische Problembereiche dringend angeraten. Dabei muß man sich darüber bewußt sein, daß bereits die Definition der Begriffe selbst ein Politikum ist und mögliche Rückwirkungen auf die Gewalt haben kann.

In gesellschaftlichen Konflikten wird der Gewaltbegriff häufig wie ein Kampfbegriff verwendet. Wem es gelingt, die eigene Definition von Gewalt in Konfliktsituationen zu seiner strategischen Frage werden und instrumentell kalkuliert sein und zwar aus folgenden Gründen:¹

- Erstens bedeutet die Etikettierung von Handlungen oder Sachverhalten als Gewalt eine Anklage: damit kann man bisher nicht, bzw. so nicht wahrgenommenen Probleme dramatisieren und skandalisieren und somit seine Forderung nach Abhilfe und Unterstützung bekräftigen.
- Zweitens kann man damit die Täter oder Gegner in Konflikten diskreditieren, d. h. ihnen moralische Lauterkeit absprechen, sie so unter Rechtfertigungsdruck setzen und zugleich Widerstand und zum Teil auch Aggression gegen sie organisieren.
- Und drittens schließlich kann man so die eigene Gewalttätigkeit als „Gegengewalt“ darstellen und legitimieren.²

Somit werden Menschen die etwas durchsetzen wollen stets versuchen das Verhalten des Gegners als Gewalt zu diskreditieren, das eigene Verhalten dagegen als nicht gewalttätig darzustellen. Der Gewaltbegriff ist aber darüber hinaus ein schillernder Begriff, weil er im Alltag verschiedener sozialer Gruppen in unterschiedlichen Kontexten mit jeweils unterschiedlichen Bedeutungen verwendet wird. In der Alltagsverwendung wird Gewalt meist

¹ vgl. Helmut Willems, in Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland; Hrsg. Hans – Uwe Otto / Roland Merten, Leske und Budrich Verlag, Bonn 1993, Seite 90 - 91

² vgl. Helmut Willems, Seite 91

über körperliche Kraftaufwendung definiert. Demnach reicht der Einsatz körperlicher Kraft allein nicht aus um eine Handlung Gewalt zu nennen, wie wir uns leicht an einigen Beispielen deutlich machen können. Daß ein Mann eine Frau, ein Vater seinen Sohn, ein Junge seinen Hund oder ein Polizist einen Demonstranten schlägt, läßt sich beobachten und ist meist unleugbar und nicht kontrovers. Ob diese Handlung aber als Gewalt bezeichnet wird hängt von einer Reihe von zusätzlichen Bedingungen ab: davon, ob wir in einer Kultur leben, die den Männern besondere Rechte gegenüber der Frau einräumt, davon ob wir der elterlichen Erziehungsgewalt ein Züchtigungsrecht einräumen; davon ob wir Schläge im Umgang mit Tieren als verwerflich ansehen und schließlich ob wir davon ausgehen, daß der Demonstrant zuvor den Polizisten angegriffen hat.³

Es ist also stets auch eine Frage der sozialen Interpretation und Bewertung, ob wir etwas als Gewalt ansehen oder nicht. Aus den wenigen empirischen Untersuchungen zur alltäglichen Verwendung des Gewaltbegriffes wissen wir, daß zur Definition von Handlungen als Gewalt kognitive Kriterien (erstens der Einsatz physischer Zwangsmittel, zweitens das Vorliegen einer Verletzung / Schädigung des Opfers und drittens das Vorliegen einer Intention) allein nicht ausreichen. Vielmehr braucht es zusätzlich eine Interpretation und Bewertung der entsprechenden Handlung.

Dabei spielen aber insbesondere Aspekte des sozialen Kontextes und die in ihm geltenden Gebräuche, Sitten und Normen sowie grundsätzliche Legitimitätsgesichtspunkte (also die „guten Gründe“ wie Notwehr, Gewalt als Gegengewalt usw.) eine große Rolle.⁴ Wir wissen daher, daß je nach Schicht-, Kultur-, Generations-, oder Gruppenzugehörigkeit sehr unterschiedliches unter Gewalt verstanden werden kann. Sowohl aufgrund der erwähnten strategischen Gesichtspunkte als auch aufgrund der unterschiedlichen sozialweltlichen Kontexte und Erfahrungsbereiche haben wir es daher mit einer Fülle unterschiedlicher Definitionen von Gewalt in unserer Gesellschaft zu tun, ohne daß man von vorne herein sagen könnte, welche Definition die bessere oder angemessenere sein.⁵

Für eine wissenschaftliche Arbeit sind klare Begriffsdefinitionen nötig und deshalb möchte ich im folgenden verschiedene Konzeptionen von Gewalt unterscheiden und hinsichtlich ihrer analytischen Brauchbarkeit befragen.

³ vgl. Helmut Willems, Seite 91

⁴ vgl. Helmut Willems, Seite 92

⁵ vgl. Helmut Willems, Seite 92

1.1.1. Der eingeschränkte oder restriktive Gewaltbegriff:

Er bezeichnet als Gewalt nur die unmittelbare Gewalttätigkeit, also die direkte physische Schädigung von Menschen durch Menschen mit zielgerichteter Tendenz, wobei neben der Anwendung physischen Zwangs auch die Drohung mit physischem Zwang hinzugezogen wird.⁶ Dieser eingeschränkte Gewaltbegriff hat den Vorteil, daß er sich auf beobachtbare Elemente bezieht, so daß eine objektive, wissenschaftliche Gewaltbeobachtung und Messung möglich wird. Die Wege, die in soziale Zusammenhänge und Prozesse hineinführen, bei denen Gewalt im Spiel ist, sind dabei von nachrangiger Bedeutung. Auch die Wechselseitigen Zuschreibungs-, Interaktions-, und Eskalationsprozesse, die zum Ausbruch wie zur Ausbreitung von Gewalt führen können, werden bei einem engen Definitionsrahmen ausgeschlossen.⁷

Gewalt verstanden als physischer Zwang wirkt direkt auch unerbittlich, ist kulturell voraussetzungslos und daher universell verwendbar, gerade auch da, wo man sich nicht verständigen kann. Dies macht einen wichtigen qualitativen Unterschied zwischen physischen Zwang und anderen Formen der Beeinträchtigung.⁸

1.1.2. Der psychisch erweiterte Gewaltbegriff:

Neben dem physischen Zwang werden hier verschiedene Formen psychischer Beeinträchtigung ebenfalls als Gewalt definiert: Drohung, Beleidigung, Verachtung, usw.. Die wichtigsten Argumente für diese Ausweitung sind, daß a.) physische Gewalt häufig mit psychischer Gewalt Hand in Hand geht, vor allem in der Form der Drohung mit physischer Gewalt, und daß b.) Schädigungen durch psychische Gewalt (z. B. Liebesentzug in der Erziehung) oft größer sind als Schädigungen durch physische Gewalt. Ein entscheidender Nachteil dieser Definition aus wissenschaftlicher Perspektive ist, daß dieser psychisch ausgeweitete Gewaltbegriff keine intersubjektive Überprüfung zuläßt und vielmehr von subjektiven Urteilen und vom Empfinden abhängig ist: Während eine Person eine Beleidigung oder Demütigung kalt läßt, wird die oder die andere Person darin einen Akt der Gewalt sehen, gegen den man sich zur Wehr setzt.⁹

⁶ vgl. Helmut Willems, Seite 92

⁷ vgl. Wilhelm Heitmeyer u. a., Gewalt, Juventa Verlag 1995 München, Seite 18

⁸ vgl. Helmut Willems, Seite 92 - 93

⁹ vgl. Helmut Willems, Seite 93

1.1.3 Die Ausweitung des Gewaltbegriffs um die sogenannte strukturelle Gewalt:

Der Begriff der strukturellen Gewalt geht auf den Friedensforscher Galtung zurück. Mit diesem Begriff kann jede Form der sozialen Ungleichheit, der Herrschaft, der Armut und der Entfremdung als Gewalt bezeichnet werden. Als wichtigstes Argument der Befürworter wird angeführt, daß a.) strukturelle Gewalt oft größere Schädigungen hervorbringt als sie sogenannte personale Gewalt, und daß b) im historischen Prozeß sich viele Formen ehemals personaler Gewalt in strukturelle Gewaltformen verändert haben. Ein Beispiel dafür ist, daß ein Lehrer seinen lernunwilligen Schüler nicht mehr prügelt, sondern mit der Notengebung und der damit verbundenen Auslese für die Verwirklichung sozialer Chancen zum Lernen animiert. Man kann sagen, daß die physische Gewalt vielerorts durch psychische Gewalt oder strukturelle Gewalt verdrängt wurde.¹⁰

Der Begriff der strukturellen Gewalt spielt in der Wirklichkeit der sozialen Bewegungen und Protestgruppen eine wichtige Rolle: Patriarchalische Geschlechterstrukturen können von der Frauenbewegung, Weltwirtschaftsstrukturen von der Studenten- und Dritten – Welt – Bewegung, Umweltverschmutzung von der Ökologiebewegung als Formen struktureller Gewalt entlarvt und kritisiert werden, und eigene Gewalt kann als bloße Gegengewalt legitimiert werden. In den Wissenschaften hat sich der strukturelle Gewaltbegriff jedoch nicht durchgesetzt, weil der Gewaltbegriff hier soweit ausgedehnt ist, daß er nicht mehr von anderen Begriffen unterscheidbar ist (z. B. Macht), und somit terminologisch unscharf und analytisch fragwürdig wird.¹¹

1.2. Anlässe und Motive für Gewalt

Gewalt hat für Jugendliche sehr viel mit den oftmals problematischen Situationen im sozialen Nahraum zu tun. Für sie ist Gewalt oft ein Mittel eine Hierarchie in ihrem sozialen Umfeld herzustellen und sich in dieser so weit oben wie möglich einzureihen. Gewalt vermittelt Erlebnisse sozialer Zusammengehörigkeit, Körperlichkeit, von Risiko und von Partikularität in einer anonymen und immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Umwelt. Laut in der Literatur nicht näher angeführten Studien wird davon ausgegangen, daß gewaltsames Handeln eher auf situative Momente als auf planvolles Handeln zurückgeht.¹² Soweit man von

¹⁰ vgl. Helmut Willems, Seite 93

¹¹ vgl. Helmut Willems, Seite 94

¹² vgl. Wilhelm Heitmayer, Gewalt, Seite 22

planbaren Handlungen ausgehen kann, trifft dies meist nur auf kurzfristige Absprachen über Tatmittel und Angriffsobjekte zu. In der Regel entstehen gewaltsame Interaktionen durch die Absicht, sich in eine weitgehend offene, angreifende Konfrontation zu begeben. Die Gründe für ein aktives Angreifen in gewaltsame Aktionen sind unterschiedlicher Natur:

Diffuse Aggressivität und Suche nach Spannung, Orientierungen, die durch ein symbolisches Feindbild (rechts / links) vermittelt werden und die Voraussetzung für wechselseitig in Gang gesetzte Rachezüge bilden, politisch motiviertes Handeln und auch dumpfe Feindseligkeiten gegen die als andersartig wahrgenommenen Personen oder Gruppen.¹³

1.2.1. Tätertypen und soziostrukturelle Hintergründe

Die Studie von Willems, Würtz und Eckert von 1993 über 1398 Ermittlungsakten der Polizei hat ergeben, daß fremdenfeindliche Straftaten und Gewaltaktionen zu über 95% von Männern begangen werden, von denen 70% jünger als 20 Jahre sind und 35% noch nicht einmal volljährig sind.¹⁴ Weiters scheint die fremdenfeindliche Gewaltbereitschaft bzw. -tätigkeit ein Problem von meist „ganz normalen“ Jugendlichen zu sein und weniger vorherrschend bei typischen Desintegrations- und Deklassierungsoffern in Erscheinung treten. Die „ganz normalen“ Jugendlichen fallen höchstens durch einen niedrigen Bildungsstatus und insbesondere durch ihre Zugehörigkeit zu spezifischen, gewaltoffenen Jugendgruppen und Subkulturen auf.¹⁵

Laut der oben genannten Studie sind über 90% der analysierten Fälle Gruppendelikte. Viele der ermittelten Tatverdächtigen ordnen sich selbst verschiedenen jugendlichen Gruppen wie z. B. Hooligans, Skinheads oder sonstigen Freizeit- bzw. Musikcliquen zu, wobei gruppenspezifische Prozesse wie z. B. übermäßiger Alkoholkonsum bzw. -mißbrauch eine gewichtige Rolle spielen. Aufgrund der oben genannten Analyse und der weiteren Analyse von Gerichtsakten zu ca. 140 Straftätern konnten insgesamt vier verschiedene Tätertypen identifiziert werden, die sich hinsichtlich der politisch – ideologischen Orientierung, hinsichtlich der grundsätzlichen Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit, aber auch

¹³ vgl. Wilhelm Heitmayer, Gewalt, Seite 22

¹⁴ vgl. Helmut Willems, in Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Seite 99

¹⁵ vgl. Helmut Willems, Seite 99

hinsichtlich biographischen Erfahrungen sowie schulischer und beruflicher Erfolge unterscheiden.¹⁶

Typ 1: Der politisch motivierte, rechtsextremistische oder rechtsradikale Täter:

Diese Art von Täter hat normalerweise Kontakt zu rechtsextremen Gruppierungen oder Parteien oder ist sogar Mitglied in diesen. Er ist in der Regel in diesem Spektrum bereits aktiv geworden, sei es in der Organisation oder Verbreitung von Veranstaltungen oder in der Verbreitung von Magazinen, Filmen oder Musik. Er tritt mit der entsprechenden Argumentation und Parolen auf und bekennt sich auch vor Gericht demonstrativ zu rechtsextremistischen und neonazistischen Gedanken. Er versucht in konkreten Situationen als Agitator aufzutreten und die beteiligten Gruppen zu beeinflussen bzw. zu steuern. Bei nicht politisch bzw. parteilich gesteuerten Gruppen wird er sich jedoch kaum durchsetzen können. Grundsätzlich kann man bei diesem Typus davon ausgehen, daß er eine ideologisch - rassistisch legitimierte, strategisch ausgerichtete und gefestigte Gewaltbereitschaft gegen konkrete Opfergruppen an den Tag legt. Der hier beschriebene Täter scheint stärker noch als die anderen Tätertypen über erfolgreiche Schulabschlüsse und eine erfolgreiche Berufsausbildung zu verfügen sowie im Besitz einer festen Arbeitsstelle zu sein.¹⁷

Typ 2: Der Ausländerfeind oder Ethnozist:

Dieser Typus vertritt im Gegensatz zu Typ 1 keine festen rechtsextremistischen politischen Vorstellungen und Ideologien und ist auch nicht Mitglied in einschlägig bekannten Gruppierungen oder Parteien. Diese Jugendlichen sind in Subkulturen der Skinheads, Hooligans usw. zu finden. Selbst wenn hier deutlich fremdenfeindliche Vorurteile und auch nationalistische Parolen vertreten werden, grenzen sich diese Jugendlichen von den rechtsextremistischen Parteien und ihren Zielsetzungen ab. Fremdenfeindliche Gewalt wird hier nicht über Ideologien legitimiert, sondern über diffuse Gefühle der Benachteiligung und der Ungleichbehandlung „der Deutschen“ gegenüber Ausländern und insbesondere gegenüber Ausländern und insbesondere gegenüber Asylbewerbern. Die unmittelbare oder zukünftig erwartete Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen materielle Zuwendungen usw. scheint hier das dominante Thema zu sein mit dem Gewaltanwendung legitimiert wird.¹⁸

¹⁶ vgl. Helmut Willems, Seite 99

¹⁷ vgl. Helmut Willems, Seite 100

¹⁸ vgl. Helmut Willems, Seite 100

Die Gewaltbereitschaft in diesen Gruppen ist in dem Sinne diffus, als daß sie weder politisch diszipliniert, noch strategisch eingebunden ist; gleichwohl wird natürlich über die Existenz fremdenfeindlicher Einstellungen und Feindbilder die Gewaltbereitschaft in konkreten Situationen durchaus auf einzelne Opfergruppen, und hier insbesondere auf Fremde, gezielt ausgerichtet. Das Verhältnis zur Gewalt stellt eine Mischung zwischen instrumenteller und expressiver Orientierung dar.

Einerseits wird versucht, durch solche Gewaltanwendung gegenüber Fremden auf Ängste, Mißstände und als real erfahrene Konflikte aufmerksam zu machen und diese gegebenenfalls durch Verbreitung von Angst und Schrecken bei den Opfern zu lösen; andererseits jedoch läßt sich bei diesen Gruppen keineswegs erkennen, daß die Gewalt als politisches Mittel organisiert und zur Durchsetzung allgemeiner politischer Ziele eingesetzt würde. Hinsichtlich sozialinstrumenteller und biographischer Merkmale unterscheiden sich diese Jugendlichen geringfügig vom ersten Typ: Der niedrigste Bildungsabschluß ist öfters vertreten, die Arbeitslosigkeit ist etwas höher und öfters gibt es schulische und familiäre Probleme.¹⁹

Typ 3: Der kriminelle Jugendliche (Schlägertyp):

Hier handelt es sich meist um schon etwas ältere Jugendliche mit ausgesprochenen Negativkarrieren und in der Regel mit einem bereits stark ausgeprägten Strafregister. Meist handelt es sich bei den begangenen Straftaten um Eigentumsdelikte bis hin zu schwerer Körperverletzung. Diese Personen sind meist schon des öfteren vor Gericht gestanden und waren zu Teil auch schon im Gefängnis. Bei diesem Typ findet man in der Regel einen hohen Anteil an Schulabbrechern, von Jugendlichen mit unvollständiger oder abgebrochener Berufsausbildung, die dann auch häufig die Arbeitsplätze wechseln und in höherem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind.²⁰

Diese Jugendlichen kommen meist aus Problemfamilien: auf der einen Seite ist die Zahl der unvollständigen oder der Ein – Elternfamilien und Scheidungsfamilien besonders hoch, zugleich jedoch werden auch die familiären Kommunikationsstrukturen und Erziehungsstile als besonders problematisch dargestellt. Sog gab es meist Alkoholmißbrauch bei den Eltern und es wurde körperliche Gewalt als Erziehungsmittel angewandt. Auch wird hier festgestellt,

¹⁹ vgl. Helmut Willems, Seite 101

²⁰ vgl. Helmut Willems, Seite 101

daß die Kinder stark vernachlässigt wurden und schon in sehr frühem Alter zwischen verschiedenen Betreuungsinstanzen hin und her geschoben wurden.

Auch wenn wir es hier nicht mit einem Typ von Gewalttätern zu tun haben, bei dem eine ausgesprochene rechtsextremistische Ideologie im Hintergrund steht, so sind dennoch ausländerfeindliche Slogans und Einstellungen weit verbreitet. Sie scheinen insbesondere hinsichtlich der Verarbeitung eigener Mißerfolgserfahrungen und schlechter Zukunftsperspektiven eine wichtige psychische Bedeutung zu haben. Dieser Typ von Jugendlichen ist gekennzeichnet durch eine sehr hohe Gewaltbereitschaft und einem hohen Aggressivitätspotential. Gewalt ist hier aber nicht Mittel des politischen Kampfes, sondern ein Element der alltäglichen Konfliktlösung und ist dementsprechend legitimiert und normal.

Es gibt hier ein relativ festes und hohes, aber durchaus diffuses Gewaltpotential, was die Wahl der Opfer betrifft, das auch eng mit dem Selbstverständnis dieser Jugendlichen verknüpft ist. Die Gewalt richtet sich hier nicht nur gegen Fremde, sondern wird in einer Vielfalt von alltäglichen Situationen eingesetzt, zum Teil auch innerhalb der Gruppe Selbst. Aufgrund ihrer hohen Gewaltbereitschaft und ihren hohen Aggressionspotentials lassen sich diese Jugendlichen in konkreten Situationen und im Vorfeld von Aktionen als Initiatoren und als kämpfende Vorreiter einspannen.²¹

Typ 4: Der Mitläufer

Bei diesem Typus von Jugendlichen Gewalttätern findet man weder ein ausgeprägtes rechtes oder rechtsextremistisches Weltbild noch eine entsprechend verfestigte Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit. Diese Jugendlichen kommen meist aus einem intakten bürgerlichen Elternhaus und haben keine größeren privaten und beruflichen Probleme. Die haben meist eine abgeschlossene Schulbildung und einen festen Arbeitsplatz. Es gibt hier keine oder nur wenige geringe Vorstrafen. Der Mitläufer ist in jugendlichen Skinhead und Faschogruppen zu finden, häufiger jedoch noch in entsprechenden jugendlichen Musik- und Freizeitcliquen oder auch Freundschaftscliquen, in denen vor allem die Gemeinschaftsorientierung und die Solidarität in der Gruppe eine entscheidende Rolle spielen.

²¹ vgl. Helmut Willems, Seite 101-102

Dieser Typus von Gewalttäter entwickelt seine Gewaltbereitschaft vor allem aus gruppodynamischen Zwängen bzw. Aspekten heraus z. B. Konformitätsdruck, Solidaritätszwang, Imponiergehabe und der Gleichen. Es ist keine grundsätzlich verfestigte Gewaltbereitschaft oder eine generelle Ausländerfeindlichkeit zu erkennen. Daraus resultierend treten diese Jugendlichen nicht als Agitatoren und Initiatoren in Konflikten auf; Sie versuchen sich nur in den Augen Ihrer Freunde zu profilieren und sich in den Augen dieser in ein besseres Licht zu rücken.

Meist beschränkt sich ihr Handeln nur aufs Zuschauen und aufs nicht Unterbinden von Gewalttaten; sie zeigen wenig aktive Gewalttätigkeit.²² Laut Helmut Willems kann die quantitative Bestimmung der verschiedenen Tätertypen vor dem Hintergrund der bisher vorliegenden Ergebnisse und auch Erkenntnisse aus anderen Bereichen nur schätzungsweise vorgenommen werden. Deutlich wird jedoch, daß der rechtsextremistische und politische motivierte Tätertyp im Vergleich zu den anderen Typen weniger vertreten ist. Willems und seine Kollegen schätzen den Anteil auf etwa 10 – 15 % insgesamt, wobei die Anteile der anderen Tätertypen auf jeweils 25 – 30% anzusiedeln sind.

²² vgl. Helmut Willems, Seite 102

2. Rechtsextremismus

2.1. Begriff:

Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff, dem sich verschiedene Phänomene zuordnen lassen, die aber in Form, Inhalt, Handeln und Niveau durchaus Unterschiede aufweisen. (z. B. Parteien, Kulturvereine, Zeitungen, ...).²³ Zudem sollte die inflationäre Begriffsverwendung und die dementsprechende Konfusion mitbedacht werden: „Rechtsextremismus“, „Rechtsradikalismus“, „(Neo-) Faschismus“, „Neue Rechte“, „Rechtspopulismus“, „Rechtsfundamentalismus“, „Neonazismus“; alle diese Begriffe werden in der Politik, der Publizistik und der (Politik-) Wissenschaft mehr oder weniger synonym gebraucht.²⁴

Rechtsextremismus ist ein Kompositum, welchem der Gattungsbegriff „Extremismus“ immanent ist, und ist insofern nicht mit Rechtsradikalismus gleichzusetzen, da von der Etymologie Unterschiede feststellbar sind. Das Adjektiv „extrem“ bezeichnet die äußersten Enden einer Strecke, in übertragenem Sinn meint „extrem“ den Gegensatz zum „gemäßigten“ im Sinne einer Mitte.²⁵

„Radikal“ meint, an die Wurzel einer Sache zu gehen; eine solche Herangehensweise ist beim Rechtsextremismus nicht festzustellen. Die Untersuchung rechtsextremer Ideologien zeigt, daß diese „nicht zu den Wurzeln von gesellschaftlichen Problemen vordringen, sondern vielmehr deren Ursachen in Feindbild – Projektionen verschieben. Radikalismus steht also von der Wortbedeutung her eher in einem analytischen Zusammenhang und ist von dem Anspruch, die Wurzel einer Sache anzugehen nicht dem zu behandelnden inhaltlichen Kontext zuzuordnen.“²⁶

Was ist nun Rechtsextremismus? Er fungiert als eine Sammelbezeichnung für jene Strömungen, die das Prinzip der menschlichen Fundamentalgleichheit verwerfen und sich nationalistisch gebärden. Antidemokratische Elemente wohnen ihm ebenso bei wie antikonstitutionelle. Der Begriff der „extremen Rechten“ akzentuiert den normativen Aspekt

²³ siehe Margareth Mitterhofer, Rechtsextremismus, Innsbruck 1996, Seite 10

²⁴ vgl. Eckhard Jesse, in Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Werner Billing, Andreas Barz, Stephan Wienk - Bogert

²⁵ vgl. Backes, Jesse Hrsg., Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland Band II, Analyse, Köln 1989, Seite 55

²⁶ siehe Pfahl Traugber A., Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, Seite 26

nicht und ist deshalb weniger sinnvoll. Wer extrem rechts ist, muß deshalb nicht unbedingt rechtsextrem sein.²⁷

Wer von (Neo-) Faschismus spricht, will zum Ausdruck bringen, daß Faschismus eine Form der bürgerlichen Gesellschaft ist und sich nur als Produkt der kapitalistischen Herrschaftsordnung erklären läßt. Dieser Begriff findet weniger Verwendung als früher, da offenkundig rechtsextreme Denkmuster auch in nicht – kapitalistischen Systemen entstehen können.²⁸

Teilweise wird „Fundamentalismus“ als Ersatzbegriff für „Extremismus“ verwendet und das ohne nähere Begründung und Berechtigung, zumal oftmals „Fundamentalismus“ als Gegenpart zur Moderne fungiert und die Gegnerschaft zum demokratischen Verfassungsstaat damit nicht klar genug zum Ausdruck kommt.²⁹

Der Begriff des „Neonationalsozialismus“ kann den des „Rechtsextremismus“ nicht ersetzen, gleichwohl ist er für eine differenzierte Sicht unabdingbar, da er jene Richtung des „Rechtsextremismus“ erfaßt, die sich auf den Nationalsozialismus oder auf eine seiner Spielarten beruft. Jeder Nationalsozialist ist ein Rechtsextremist aber nicht umgekehrt. Nur Organisationen, Parteien und Personen, die sich auf den 1933 in Deutschland unter Adolf Hitler zur Macht gelangten Nationalsozialismus berufen sind als neonazistisch zu bezeichnen.³⁰

Der „Rechtspopulismus“ bezeichnet die Anpassung an eine bestimmte Stimmung bei Wählern und die Agitationstechnik die auf die jeweiligen Wünsche, Ängste und Bedürfnisse der Wähler eingeht. Nicht notwendigerweise muß ein Populist extrem oder rechts sein.

Unter dem Begriff der „Neuen Rechten“ verstehen manche einfach die Renaissance rechten Gedankengutes, andere rechte Positionen als Scharnierfunktion zwischen demokratischen und rechtsextremistischen Gruppierungen. Sinnvoll ist der Begriff eigentlich nur für intellektuelle

²⁷ vgl. Eckhard Jesse, Seite 29

²⁸ vgl. Eckhard Jesse, Seite 30

²⁹ vgl. Eckhard Jesse, Seite 30

³⁰ vgl. Eckhard Jesse, Seite 30 und Christoph Butterwege; Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, Hrsg. Georg Lohmann, Leske + Budrich Verlag; Opladen 2000

Zirkel, die eine Weiterentwicklung oder Modifizierung der sog. „alten Rechten“ veranlassen wollen.³¹

Was spricht nun für den Gebrauch des Oberbegriffs des „Rechtsextremismus“:

- 1.) Es kommt damit die antidemokratische Komponente zum Ausdruck.
- 2.) Die spezifische Richtung
- 3.) Der Terminus erlaubt weitere Differenzierungen
- 4.) Der Terminus signalisiert die Existenz einer anderen Variante des Extremismus.³²

Hierbei möchte ich noch zwei Kurzdefinitionen anbringen, die Christoph Butterwege in seinem Buch „Rechtsextremismus im Vereinigten Deutschland“ einmal aus dem Sammelband „Die Rückkehr der Führer“ und zweitens von Richard Stöss übernimmt:

- a) „Rechtsradikal/extrem sind solche Parteien, Personen, Organisationen, die sich systematisch gegen Menschenrechte einsetzen“ und
- b) „Rechtsextremismus ist Demokratiefeindschaft“.

Beide Definitionen heben mithin auf Errungenschaften der Bürgerlichen Revolution und die Tradition der Aufklärung ab, denen sich rechtsextreme Organisationen, Personen und Publikationen widersetzen. Der sozialen Dimension schenken sie dagegen zu geringe Aufmerksamkeit.³³

Brauchbare Kriterien zur Einordnung politischen Verhaltens sind gedankliche Inhalte, die angestrebten Ziele und die dazu notwendigen Methoden. Die Kategorien Gesinnung – Zielsetzung – Methoden liefern einigermaßen sichere Indizien. Wichtige Kriterien für die Ortsbestimmung rechtsextremen Denkens wären demnach:

- Nationalismus in aggressiver Form, verbunden mit Feindschaft gegen Ausländer, Haß gegen Minderheiten, fremde Völker und Staaten; militant – deutsch – nationales, deutschvölkisches oder alldeutsches Gedankengut.

³¹ vgl. Eckhard Jesse. Seite 30 - 31

³² vgl. Eckhard Jesse, Seite 31

³³ vgl. Christoph Butterwege, Rechtsextremismus im vereinigten Deutschland; Hrsg. Horts Isola; Bremer Verlags- und Buchhandlungsgesellschaft und Linksdruckgesellschaftm; Bremen Berlin 1991, Seite 14

- Antisemitismus und Rassismus, biologistische und sozialdarwinistische Theorien und Überzeugungen.
- Intoleranz, Unfähigkeit und Unwille zum Kompromiß in der Politischen Auseinandersetzung, elitär – unduldsames Sendungsbewußtsein und Diffamierung Andersdenkender
- Der Glaube an das „Recht durch Stärke“
- Militarismus, das Streben nach einem System von Führertum und bedingungsloser Unterordnung und nach einer entsprechenden autoritären oder diktatorischen Staatsform („Führertum“ und „Führerstaat“ unter Mißachtung demokratischer Normen)
- Verherrlichung des NS – Staates als Vorbild und Negierung oder Verharmlosung der in seinem Namen begangenen Verbrechen.
- Neigung zu Konspirationstheorien (z. B. die Annahme Regierung, Wirtschaft und Gesellschaft usw. seien durch irgendwelche bössartigen Minderheiten korrumpiert).
- Verweigerung historischer, politischer und sozialer Realität.
- latente Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der erstrebten Ziele.
- Anwendung der Methode des populistischen Appells an das Publikum, dem das Bewußtsein der Mehrheit und der richtigen Gesinnung vermittelt wird, bei gleichzeitiger Stigmatisierung von „Feinden“.
- Ungezügelter Drang nach Macht und Geltung der verantwortungslos ausgelebt wird.³⁴

Rechtsextreme Ideologien fordern ein Über- bzw. Unterordnungsprinzip in der Gesellschaft und versuchen damit Subkulturen und Terrororganisationen die Legitimation zu erteilen um Minderheiten durch Gewalt oder Gewaltandrohung in ihren Grund-, Menschen- oder Bürgerrechten zu Bedrohen, einzuschränken oder im Extremfall zu liquidieren.³⁵

Die Ursachen für Rechtsextremismus liegen in einem Geflecht von verschiedenen, in der Regel aber miteinander verknüpften Faktoren die Rechtsextremismus begünstigen. Vulgärmarxistische und ökonomistische Theoriemodelle greifen zu kurz, wenn sie Wirtschaftskrisen oder daraus erwachsende Problemlagen für einen Rechtsruck verantwortlich machen. Solche Krisen sind nicht die Ursachen für die Entstehung rechtsextremer Tendenzen, jedoch Auslöser von Radikalisierungsprozessen, die in Gesellschaftsstrukturen kollektive Willensbildung in diese rechte Richtung vereinfachen. So

³⁴ siehe Wolfgang Benz, Gewalt und Ideologie, in Das Weltbild des Rechtsextremismus S. 39 – 40, Helmut Reinalter, Franko Petri., Rüdiger Kaufmann (Hrsg.), Studienverlag Innsbruck 1998

³⁵ vgl. Wolfgang Benz, Gewalt und Ideologie, S. 39 - 40

eine Krise ist eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für die Massenverankerung und Wahlerfolge rechtsextremer Parteien.³⁶ *„Neben der sozio – ökonomischen Misere muß offensichtlich ein Bewußtseinsmilieu vorhanden sein, das die Notlage subjektiv überspitzt, emotional überinterpretiert und nach aggressiven Kanalisierungen Ausschau hält, um andere soziale Gruppierungen (Gastarbeiter, Aussiedler, Asylanten) verantwortlich machen zu können“*³⁷

Das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland gründet sich auf das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Konkurrenz nicht nur zwischen Warenproduzenten und Kapitalisten sondern auch innerhalb der Arbeiterklasse. Bei etwaig auftretenden Krisen wirkt dieses System als Selektionsmodus und schürt auch die Konkurrenz innerhalb der arbeitenden Klasse und somit kommt es zuerst zur Ausgrenzung von ausländischen Mitarbeitern.³⁸ Oftmals wird der schon länger auszumachende Trend zur Internationalisierung als Auslöser von Rechtsextremismus gesehen. Dort wo nationale Identitäten in Gefahr geraten, nationalstaatliche Werte und Normen überbetont werden und Internationalismus als Bedrohung erfahren wird liegen Anhaltspunkte rechtsextremistischer Tendenzen.³⁹

Schon in der latenten Bürgerkriegsatmosphäre der Weimarer Republik herrschte Unzufriedenheit und Angst vor den sozialen, ökonomischen und politischen Umständen, für die vor allem die Sieger des ersten Weltkrieges verantwortlich gemacht wurden. *„Adolf Hitler konnte die verbreitete Stimmung aus sozialer Unsicherheit, patriotischer Verzweiflung, reaktionärer Nostalgie, kleinbürgerlichem Ressentiment und radikalen Irrationalismus ausnutzen, um mit sozialdarwinistischen völkischen Dogmen, nationalistischen Beschwörungen und Schuldzuweisungen ebenso einfache wie vermeintlich ganzheitlich-schlüssige Erklärungen und Problemlösungen anzubieten.“*⁴⁰ Traditionelle machtstaatliche Rezepte, Antisemitismus, die Wahnvorstellung vom Herrenmenschentum bildeten die wesentlichen Elemente der nationalsozialistischen Lehre.⁴¹

³⁶ vgl. Christoph Butterwege, Rechtsextremismus im vereinigten Deutschland, Seite 15

³⁷ zitiert aus Hartmut / Thilo Castner, Rechtsextremismus und Jugend, in Rechtsextremismus im vereinigten Deutschland, Seite 15

³⁸ vgl. Christoph Butterwege, Seite 15

³⁹ vgl. Hans Günther Heiland, Christian Lüdemann (Hrsg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Westdeutscher Verlag, Opladen 1996

⁴⁰ zitiert aus Wolfgang Benz, Gewalt und Ideologie, Seite 41

⁴¹ vgl. Wolfgang Benz, Gewalt und Ideologie, Seite 41

Die rechte Ideologie, der Glaube an das Herrenmenschentum und die geglaubte daraus resultierende Überlegenheit gegenüber „minderwertigen Völkern“ ist also nicht neu. Die recht Überzeugung hat den Hitlerstaat überlebt und sie wird in der heutigen Zeit in den Augen vieler bestätigt durch die auftretenden sozialen Spannungen, durch Unsicherheit und existentielle Ängste. Neu ist vor allem die Gewalt auf den Straßen gegenüber Ausländern, Andersdenkenden, Asylanten und Minderheiten, neu ist die medienwirksame Selbstinszenierung von Neonazi-, Skinhead- und Faschogruppen und neu ist ein wesentlicher Punkt, nämlich die veränderte soziale und politische Lage in Deutschland in der Rechtsextreme agieren und Sympathisanten rekrutieren.⁴²

Seit sich Organisationen in diesem Spektrum öffentlich publik machen und die Medien (Internet, Zeitschriften, Musik, usw.) nutzen, machen sie sich einer breiteren Öffentlichkeit sichtbar, somit ist es in Deutschland in Zusammenarbeit mit den auftretenden Gewalttaten dazu gekommen, daß nun nicht mehr angenommen wird, daß es sich hier um eine Randgruppe von Jugendlichen handelt sondern das Ausmaß des Problems erkannt wurde. Bis in die 90- er Jahre hinein wurde dieses Thema versucht zu bagatellisieren bzw. totzuschweigen, da wahrscheinlich das Geschehene lieber verdrängt wurde als eine weitgehende Vergangenheitsbewältigung voranzutreiben. Man hat lange gewartet und tut sich deshalb nun um so schwerer einschlägige Organisationen zu erfassen und zu kontrollieren bzw. deren Aktivitäten zu unterbinden.

2.2. Geschichte des Rechtsextremismus

Die Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in der BRD läßt sich in 3 Phasen einteilen:

Die erste Phase von 1945 – 1965 kann als Nachkriegsextremismus bezeichnete werden. Organisationen wie die „Deutsche Reichspartei“ und „Sozialistische Reichspartei“ waren Auffangbecken für Menschen, die ihre Existenz während des Nationalsozialismus aufbauten. Sie waren meist in norddeutschen, protestantisch ländlichen Regionen angesiedelt, fanden mit ihren Slogans in der Industriearbeiterschaft kaum Gehör. Diese nationalistische Bewegung verlief bis Mitte der 50- er Jahre weitgehend im Sand. Wirtschaftlicher Aufschwung stärkte die Position der Unionsparteien und bildete die Grundlage für eine wachsende Stabilität im

⁴² vgl. Wolfgang Benz, Seite 41

politischen Bereich. In diesem positiven wirtschaftlichen Aufschwung hatte die rechtsextreme Seite keine realistische politische Alternative anzubieten.⁴³

Mitte der 60-er Jahre begann die zweite Phase des Rechtsextremismus, die von NPD – Aktivisten die durch den CDU – Staat und die Ära des Kalten Krieges geprägt waren, initiiert. Als wichtige Gründe für die Entstehung bzw. Gründung der NPD wird die erste große Wirtschaftskrise der BRD 1966/67, der Bruch der Bürgerkoalition CDU / CSU – FDP 1966, der Reformkurs der CDU und SPD in der Großen Koalition sowie unter Umständen das mit der APO sich bildende linke, anitautoritäre Umfeld gesehen.⁴⁴ Die NPD zog zwischen 1966 und 1969 in sieben Landesparlamente ein und verfehltem mit 4,3 % nur knapp den Einzug in den Bundestag. Aufgrund der Bildung der sozialliberalen Koalition von SPD und FDP entstand für die Konservativen ein relativ großer Spielraum nach rechts den die CDU nutzte und so mit ihrer rigiden Opposition gegen die sozialliberale Koalition der NPD die Wählerbasis zerstörte. 1971 spaltete sich die NPD und konnte auch von der Wirtschaftskrise Mitte der 70-er Jahre nicht profitieren und vegetierte so bis Mitte der 80-er Jahre vor sich hin. NPD – Wähler kamen aus allen Bevölkerungsschichten wobei aber zu sagen ist, daß Männer eine Überpräsenz zeigten und vor allem Landwirte, Selbständige und Arbeiter zur NPD tendieren. Praktizierende Christen und Gewerkschaftsmitglieder zog es tendenziös zu den Unionsparteien und zur SPD.⁴⁵

Tendenziös kann man sagen, daß sich die Mehrheit der NPD – Wähler aus den beiden großen Volksparteien rekrutieren wobei es sich vor allem um heimatentreue Randwähler handelte. NPD – Wähler waren vor allem unzufrieden mit der eigenen Situation die sie auf die Rezession und die staatliche Finanzkrise zurückführten. Zudem zeigten große Teile der NPD – Anhänger Sympathien für den Nationalsozialismus, 32% der NPD Wählerschaft war durch eine Faktorenkombination von Wirtschaftskrise und NS – Sympathie geprägt.⁴⁶ Im weiteren verlagerte die NPD ihre regionale Richtung nach Süden, und ihre soziale Basis in Richtung bundesdeutscher Durchschnittsverhältnisse, die konservativ geprägt waren. Barriere blieben die Großorganisationen Kirche und Gewerkschaften sowie die Industrieregionen mit Arbeitertradition in denen die NPD nicht Fuß fassen konnte.

⁴³ vgl. Klaus Bullan, Nationalismus und Neue Rechte, VSA Verlag, Hamburg 1993, Seite 16 - 17

⁴⁴ vgl. Klaus Bullan, Seite 17

⁴⁵ vgl. Klaus Bullan, Seite 17

⁴⁶ vgl. Klaus Bullan, Seite 18

Die dritte Phase setzte Mitte der 80-er Jahre ein, da diese Zeit eine Epoche des gesellschaftlichen Umbruchs beinhaltete. Stichworte waren: Ökonomisch – soziale und technische Modernisierung des Produktionsapparates, Stagnation des Wirtschaftswachstums, hohe Arbeitslosigkeit verbunden mit einer langen Dauer, Wertewandel, Beschneidung von Sozialausgaben, Beginn des Umbruchs in Osteuropa, Migrationsbewegung und Asylproblematik. Die alt eingesessenen Parteien gerieten nun vermehrt unter Druck des sozialen Wandels, der sich in wachsende Flexibilität des Wahlverhaltens, schwindende Milieubindungen, sinkende Integrationskapazität und Bedeutungsverlust der oben genannten Großorganisationen umsetzte.⁴⁷

Das Parteiensystem war in Bewegung geraten, da es sich mit den Grünen erweiterte und die Rechtsextremen mit Wahlerfolgen aufhorchen ließen. Der Aufwärtstrend der Rechtsextremen Parteien begann mit den ersten Wahlerfolgen der DVU und der NPD in Bremen, Baden – Württemberg und Schleswig Holstein. Den Durchbruch schafften jedoch die Republikaner in Berlin bei den Europawahlen 1989. Der Prozeß der Deutschen Einigung stoppte nur kurzfristig diesen Aufwärtstrend. Bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen 1990 wurde ersichtlich, daß im Osten der Rechtsextremismus noch Probleme hatte Mitglieder und Wähler zu mobilisieren.

Im Gegensatz zu früher kommt die Anhängerschaft rechtsextremer Parteien aus allen Regionen und sozialen Schichten und was früher kaum der Fall war auch aus der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Wähler rechtsextremer Parteien stechen durch drei wesentliche Merkmale hervor:

- extreme rechte Grundorientierung
- starke politische Entfremdung vom politischen System
- das ausgeprägte Gefühl des Verlustes ökonomisch – sozialer Sicherheit⁴⁸

Wenn man untersucht wie groß der Anteil von Rechtsextremisten an den Wählerschaften einzelner Parteien ist, ergibt sich folgendes Bild: ca. 50% der rechtsextremen Wählerschaft bevorzugt die CDU, 20% die SPD, etwa 20% sind Nichtwähler, 6% nennt die REP; wobei zu

⁴⁷ vgl. Klaus Bullan, Seite 18 - 19

⁴⁸ vgl. Klaus Bullan, Seite 20

sagen ist daß das kleine REP – Potential die größte Dichte von rechtsextremen Menschen aufweist.⁴⁹

Man kann also festhalten, daß der parteipolitische Bezugspunkt des rechtsextremen Einstellungspotentials die großen Volksparteien sind und daß die rechtsextremen Parteien nur einen kleinen Teil des rechtsextremen Potentials binden. Jedoch sinkt das Integrationspotential der Volksparteien zusehends, was dazu führt, daß sich nun viele entschließen von diesen Parteien zu den rechtsextremen zu wechseln. Man kann zwar sagen, daß der Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft heraus seine Dynamik entfaltet, jedoch darf nicht übersehen werden, daß das rechte Spektrum eine Eigendynamik entwickelt. Weiters streben rechtsorientierte Parteien eine internationale Vernetzung an (Haider, Bossi, Le Pen) und sie versuchen durch eine zunehmend vorangetriebene Intellektualisierung des ideologischen Führungspersonals eine breitere Akzeptanz zu erreichen in dem sie versuchen die Anschauung zu widerlegen, daß es sich bei ihren Parteien um Anlaufstellen für ewig – gestrige handelt.⁵⁰

2.3. Die Träger rechtsextremer Gewalt

Wissenschaftler der Trierer Universität haben in einer Untersuchung festgehalten aus welchem Milieu die Täter kommen, wie sie zu Kriminellen werden und was die jungen Leute antreibt. Die Trierer fanden heraus, daß viele der Straftäter keinen Kontakt zu rechtsextremen Gruppen haben. Sie sind meist in bildungsfernen Schichten angesiedelt, sind aber als Arbeiter und Lehrlinge ins Leben integriert. Angst durch Arbeitslosigkeit tiefer abzurutschen und der Frust über den geringen sozialen Status erhöhen die Bereitschaft zu ausländerfeindlichen Straftaten. Die Forscher haben in ihrer Studie 1400 Tatverdächtige sowie 41 Gerichtsurteile gegen 131 Straftäter ausgewertet.

Laut dieser Studie sind 95% der Täter männlich, drei Viertel unter 20 Jahre alt und ein Drittel der Straftäter ist sogar unter 18 Jahre alt, wobei festzuhalten ist, daß nur 5% der Delinquenten über 30 Jahre alt sind.⁵¹Das Zusammenfinden der Täter kommt meist spontan zustande,

⁴⁹ vgl. die Studien SINUS 1919/80, INFAS 1989, ALLBUS 1990, Berlin – BUS 1990 und SINUS 1992, in Klaus Bullan, Seite 21

⁵⁰ vgl. Klaus Bullan, Seite 22 - 23

⁵¹ vgl. Schläger, Kämpfer, Helden; in Der Spiegel, 26/04/1993, in Rechtsextremismus und Gewalt Seite 123, Dokumentation, COMDOK Verlag 1993

wobei erheblicher Alkoholgenuß und seine enthemmende Wirkung eine große Rolle spielt.

Die Studie unterscheidet vier Typen von Gewalttätern:

- politisch Motivierte Jugendliche aus der rechtsradikalen Szene, die meist keine abgeschlossene Schulbildung sowie eine Arbeitsstelle haben und 10 – 15% der Straftäter stellen.
- nicht ideologisch gebundene Jugendliche die sich sozial benachteiligt fühlen und durch Gewalt gegen Fremde auf sich aufmerksam machen wollen.
- Bereits straffällig gewordene Jugendliche aus hochgradig gestörten Elternhäusern, die zu Hause Gewalt als Mittel der Erziehung und Kommunikation gewöhnt sind
- Mitläufer aus meist bürgerlichen Milieu, die im Skin- und Faschgruppen die daheim vermißte Nestwärme suchen.⁵²

Die drei eher unpolitischen Gruppen sind zahlenmäßig relativ gleich stark. Das vorherrschende Motiv wird in einer starken Orientierungslosigkeit gesehen. In der von Werteverfall geprägten deutschen Gesellschaft kommen die jungen Leute zur Auffassung, daß traditionelle Lebensmodelle für sie unbrauchbar sind. Konkurrenz und Geltungsdruck beherrschen zunehmend nicht nur Schule und Beruf, sondern auch Freizeit und Beziehungen. In den 80- er Jahren wurden Skinheads noch ausgegrenzt und gemieden, finden sie heute in ihrem Umfeld mehr und mehr Anerkennung wenn oft nicht sogar Sympathie. Bestätigt fühlen sich Jugendliche aus diesem Spektrum durch „Erfolge“ Gleichgesinnter. Das führt dazu, daß auch weniger aggressive Jugendliche zur Nachahmung ermuntert werden.⁵³

Die rechte Weltanschauung richtet sich vor allem gegen Individuen und schon im Gegensatz zur linken die Autoritäten. Die etwaigen Regierungen werden nicht direkt (in der Regel) angegriffen sondern höchstens indirekt und das in dem sie mit dem inzwischen für sie zu Mythos gewordenen NS Regime verglichen werden. Als Kritikpunkte werden Probleme wie Beschäftigungspolitik, Wohnungs- und Einwanderungspolitik angesehen. Rechtsradikale Jugendliche wünschen sich eine Welt, in der Freund- und Feindbilder klar definiert sind und befürworten einen autoritären Staatsapparat der ihnen hilft ihr Leben nach ihren Wünschen zu gestalten und der eine Weltanschauung aus Verantwortung und Pflichtbewußtsein vermittelt.⁵⁴

⁵² vgl. Schläger, Kämpfer, Helden, Spalte 2 - 3

⁵³ vgl. idem, Spalte 3

⁵⁴ vgl. Gertrud Hardtmann, in Rechtsextremismus und Gewalt, Seite 101 - 102

Wichtig für diese Jugendliche ist ein Feindbild, das sie bekämpfen können. Gegenüber diesem Feind herrscht ein Kriegszustand in dem alles erlaubt und gerechtfertigt erscheint. So denkende Jugendliche versuchen ihr inneres Chaos durch Zwang und Unterdrückung zu bändigen. Ordnung in ein Chaos zu bringen ist mühsam; man muß die Gefühle ernst nehmen und sie zu ihren Quellen zurückverfolgen, die Ursachen erkennen und an einer Veränderung arbeiten. Das ist ein schwieriger Weg, den sich die Jugendlichen ersparen, in dem sie sich und ihre Autoritäten nicht Anzweifeln und alles ihnen unangenehme und Fremde anzweifeln.

Neben der Neigung zum Zweifel an allem gibt es eine irrationale Unlogik, die sich mit dem Zweifel gut zu vertragen scheint, eine trotzig und eigensinnige Art von Aberglauben, der allen Gegenbeweisen ein „ich glaube das nicht“ entgegensetzt: Das kommt meist nicht von echter Überzeugung, sondern es scheint, es ist ein trotziger Kampf um Autonomie und Selbstbehauptung.⁵⁵

Nicht fehlende Aufklärung schafft hier Abhilfe, sondern das Aufbauen einer Beziehungsstruktur die nicht auf Meinungen sondern auf Tatsachen aufbaut. Ursprünglich handelt es sich um einen kindlichen Autonomiekonflikt, der meist spielerisch begonnen hat und im Laufe der Zeit sich zu einem Kampf gegen das durch den Vater vertretene Realprinzip entwickelt hat. Der Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbehauptung wird auf eine Weise geführt, daß die Antithese gleich ob Lüge oder Unvernunft, identitätsstiftend wirkt. Der Aberglaube ist Bestandteil eines Weltbildes, das Gedanken mit Taten gleichsetzt.

Keine Gruppe in Deutschland hat es geschafft die NS – Vergangenheit im Bewußtsein der Völker wieder so lebendig werden zu lassen, wie die Rechtsextremisten. Ihre Aussagen haben außenpolitisches Gewicht bekommen und über diesen Umweg indirekt auch die staatlichen Autoritäten gezwungen, sich von ihnen zu distanzieren. Somit kommt es dazu, daß sich nicht die Söhne von den Vätern trennen, sondern die Väter von ihren Söhnen.⁵⁶

⁵⁵ vgl. Gertrud Hardtmann, Seite 101 - 102

⁵⁶ vgl. Gertrud Hardtmann, Seite 102 - 103

3. Einstieg in die Szene

Im Gegensatz zum Personenpotential insgesamt ist die Anzahl gewalttätiger Rechtsextremisten im Jahr 2000 weiter gestiegen, was einen Trend der seit 1995 festzustellen ist entspricht. Hier stellt sich die Frage, wie Jugendliche überhaupt dazu kommen in diese Szene einzusteigen. Wie vorhin erklärt sind die meisten Jugendlichen die in die Szene einsteigen frustriert und eher labil und haben Probleme sich in die Gesellschaft einzubinden. Sie tun sich im rechten Milieu leichter Freunde und Anschluß zu finden, da in diesem Spektrum „Kameradschaft“ und die „Gruppe“ einen sehr hohen Stellenwert genießen. Es wird den Jugendlichen leicht gemacht in die Skinheadszenen einzutreten. Es erfordert eigentlich nicht viel um Akzeptanz in der Gruppe zu bekommen.

Ein Jugendlicher der sich der Szene entsprechend kleidet und die ewig gleichen Parolen grölt, hat schnell Anschluß zu Gleichgesinnten gefunden. Eine große Rolle spielt hier auch die Skinheadmusik mit der viele Jugendliche den Einstieg in die Szene und deren Gedankengut finden. Die Jugendlichen reizt anfangs nur der harte und aggressive Musikstil, sowie das bei Konzerten vermittelte Gemeinschaftserlebnis, jedoch übernehmen sie bald auch die in den Liedtexten enthaltenen Feindbilder. Eine wichtige Rolle in der Werbung um neue „Rekruten“ spielen auch die Skinhead – Fanzines in denen über Skinheadveranstaltungen, insbesondere Konzerte, Tonträger und Publikationen berichtet wird. Sie enthalten auch Interviews mit rechtsextremistischen Bands und in letzter Zeit auch vermehrt Darstellungen über den Germanen- und Wikingerkult.⁵⁷

Natürlich spielt auch das Internet eine große Rolle, da daraus sehr viele Informationen über rechte Gruppierungen zu erhalten sind und übers Internet es relativ leicht ist Kontakte zur Szene herzustellen. Am leichtesten Anschluß an die Skinheadszenen zu finden ist es aber bei Konzerten, da hier viele anzutreffen sind, die in die Szene bereits involviert sind und nicht Integrierten helfen Anschluß an Gruppierungen im rechten Spektrum zu finden. Die Zahl der rechtsextremistischen deutschen Skinbands ist im vergangenen Jahr von 93 auf 100 angestiegen. Zu sagen ist hier, daß es eine Dunkelziffer gibt, da hier nur jene Bands enthalten sind, die aufgetreten sind oder veröffentlicht haben.⁵⁸

⁵⁷ siehe Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 33 ff.

⁵⁸ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 32 - 33

Großer Beliebtheit erfreuen sich in der Szene auch rechtsextremistische Bands aus den USA, Großbritannien, Skandinavien und Kanada. Diese Bands vertreten in ihren Texten noch offener als Deutsche Bands ihre rassistischen und antisemitischen Überzeugungen. Einige Bands, gleichwohl deutsche als auch andere, konzentrieren sich sogar auf die Aufnahme von strafrechtlich relevanten Texten und rufen öffentlich zu Gewalt und Diskriminierung von Andersdenkenden auf.

Ein Beispiel dafür ist die 1994 erstmals in Erscheinung getretene „WAW – Kampfkapelle“ die im Jahr 2000 die CD „der zweite Streich – nur vom Feinsten“ veröffentlicht hat; Auf dieser CD heißt es beispielsweise in einem Lied:

„Wer vermischt unsere Rasse,

wer dealt im deutschen Land?

Wer ist`s, den ich hasse?

Der Kanacke, du hast`s erkannt.

...

Mit der Keule, mit dem Gewehr,

Kanacken gibt`s bald nicht mehr.

...

Platte Nasen, Knoblauchgestank,

dreckig ist ihr Blut

Weg mit ihnen, es macht mich krank,

weg mit dieser Brut.

Bimbo, Ali, was wollt ihr hier?

Nigger, Kanacken, raus aus dem Revier“

Ein weiteres Beispiel bildet die Gruppe „Landser“ die sich in ihren Texten in volksverhetzender und menschenverachtender Weise gegen Ausländer und Juden richtet. So heißt es in ihrem Lied „Niemals“:

„Irgendwer wollte den Niggern erzählen,

sie hätten hier das freie Recht zu wählen.

Das haben sie auch:

Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch.“

Oder in „Ran an den Feind“ heißt es:

„Wir stellen die Auserwählten zum letzten entscheidenden Schlag,

wir halten Gericht ihre Feldmacht zerbricht.“

Refrain:

*„Kameraden, Kameraden es lautet der Befehl:
Ran an den Feind, Bomben auf Israel.“⁵⁹*

Aufgrund von Polizeimaßnahmen nahmen Konzerte mit rechtsextremistischen Skinbands in den letzten Jahren ab, natürlich ist hier aber davon auszugehen, daß solche Konzerte nicht immer Öffentlich gemacht werden und deshalb ist meiner Meinung nach die Zahl des Rückgangs, laut Verfassungsschutzbericht 2000, 109 (1999) 82 (2000) mit Vorsicht zu genießen.

Gegenläufig ist der Trend der Anzahl von Konzerten bei den rechtsextremen Liedermachern, deren Anzahl von 27 (1999) auf 44 (2000) gestiegen ist. Auftritte von Liedermachern finden meist im Rahmenprogramm von Parteiveranstaltungen vor allem von NPD und JN statt. Neben Frank Rennike, der Leitfigur dieser Bewegung, sind noch weitere 19 Liedermacher mit rechtsextremistischen Texten bekannt. Wie schon gesagt bilden jetwede Konzerte im Rechten Spektrum eine Plattform für den Einstieg in die Szene, dieses Spektrum verwenden aber auch rechtsextreme Parteien und Organisationen um neue Mitglieder und Anhänger zu gewinnen.

Im folgenden Teil möchte ich nun auf Organisationen und Parteien eingehen die versuchen Rechtsextreme Anhänger zu mobilisieren und zu binden.

3.1. Rechtsextreme Organisationen

Beginnen möchte ich hier mit dem Ku – Klux – Klan (KKK) der zwar nicht direkt Deutschland betrifft, aber als Organisation eine gewisse Vorbildwirkung auf Deutsche Gruppierungen hat.

3.1.1. Ku – Klux – Klan (KKK)

Gegründet 1865 in Tennessee als Geheimbund. Unter weißen Kapuzen verhüllt verübten Mitglieder des Klans Massaker an Farbigen und Politikern die sich für die Umsetzung der Anti – Sklaverei – Gesetze in den Südstaaten einsetzten. Der Klan breitete sich schnell aus und hatte 1870 bereits um die 500.000 Mitglieder in allen Bundesstaaten. Die rassistische

⁵⁹ zitiert aus Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 32ff.

Terrororganisation wütete am schlimmsten in Kentucky und South Karolina. 1882 wurde der Klan für verfassungswidrig erklärt und mit Hilfe des Militärs zurückgedrängt. Zu einer Neugründung kam es während des ersten Weltkrieges in Atlanta und Georgia, wo nunmehr auch Gewerkschaftsvertreter und Intellektuelle Ziel von Attentaten waren. 1920 soll der Klan mehr als 4 Millionen Mitglieder gehabt haben. In den 60- er Jahren erregte der Klan Aufsehen durch Aktionen gegen Mitglieder der schwarzen Bürgerrechtsbewegung. 1989 soll die Zahl der Mitglieder auf 6.500 zurückgegangen sein. In den 90- er Jahren kommt es wieder in den Südstaaten zu Übergriffen auf die schwarze Bevölkerung. Die Terroristen stammen aus dem näheren Umfeld des Klans und von Organisationen wie „Church of the Creator“ und „W.A.R – White Aryan Resistance“ die eine Querverbindung zum Klan unterhalten.

Ziel der Anschläge waren oftmals Kirchen in denen die Gemeinde zum Gottesdienst versammelt war. Auf den Todeslisten des Klans finden sich Namen von Bürgerrechtlern, vom ehemaligen farbigen Bürgermeister von Los Angeles Louis Farrakham, sowie von Rabbinern und jüdischen Funktionären. Mehrmals konnten Mordanschläge von den US – Behörden verhindert werden und bei Hausdurchsuchungen wurden Waffen und einschlägiges Propagandamaterial sichergestellt.

Die terroristischen Gruppen unterhalten schon lange Kontakte ins Ausland, so unternahm der Leiter der „Deutschen Bürgerinitiative“ Manfred Röder bereits im August / September 1976 auf Einladung des KKK eine Reise in die USA um Kontakte mit Gleichgesinnten zu knüpfen. Rechtsextreme Skinheads besonders aus der „Blood & Honour“ Bewegung, berufen sich auf das rassistische Gedankengut des Klans. Auch der mehrfache Mörder Kai Diesner bekannte sich zum Ku-Klux-Klan. Carsten Szczepanski ist der selbsternannte Führer der „White Kings of the Ku-Klux-Klan / Germany“; er sitzt derzeit in der Haftanstalt Brandenburg eine achtjährige Haftstrafe wegen versuchten Mordes ab.

In den USA ist der Führer dieser Organisation Dennis Mahon, mit dem Szczepanski das spektakuläre Anzünden eines KKK – Kreuzes in der Nähe von Königs Wusterhausen veranstaltete. Die Anhängerschaft des deutschen Ablegers des Ku-Klux-Klan ist von der Zahl her sehr gering, jedoch besteht wegen der großen Gewaltbereitschaft dieser Personengruppe durchaus Anlaß für die ständige Beobachtung durch die Behörden.⁶⁰

⁶⁰ siehe dazu www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon, Beitrag von Margret Chatwin 2000

3.1.2. Blood & Honour (Blut und Ehre)

Diese Skinheadbewegung entstand in den 80-er Jahren in Großbritannien. Der Gründer ist der 1993 bei einem Unfall ums Leben gekommene Leadsänger der Skinheadband „Skrewdriver“, Ian Stuart (Donaldson). Symbol der Bewegung ist die Triskele (Sonnenrad), die auch vom Ku-Klux-Klan benutzt wird. In Deutschland existiert die Bewegung seit mindestens 1995 und gliedert sich in Divisionen und Sektionen, die in Losem Kontakt zu einander stehen.

Ziel der Blood & Honour Bewegung ist die ideologische Beeinflussung der Skinheadszene über die Musik, da in der Musik ein ideales Mittel gesehen wird, die jugendlichen Skinheads an den Nationalsozialismus heranzuführen. Die Ideologie von Blood & Honour ist neonazistisch und rassistisch ausgerichtet und von einem elitären Selbstverständnis geprägt. 1991 überfallen Ian Stuart und seine Band mit ihrem aufgeheizten Publikum in Cottbus Asylbewerber und Migranten und demolieren einen Jugendclub. 1995 erschien erstmals ein vierseitiges deutschsprachiges Mitteilungsblatt von Blood & Honour. Es konnte über die Kontaktanschrift des Vertriebs „NS88“ in Dänemark bezogen werden. In der zweiten Ausgabe wird erstmals auch ein Postfach der Berliner B&H Sektion angegeben, die eine Führungsrolle und den Deutschen Sektionen einnimmt.

Die dritte Ausgabe ist erstmals überschrieben mit „Division Deutschland“. In der Ausgabe Nr. 6 des Skinhead – Fanzines B&H aus Berlin wird auch ein Leserbrief von „B&H Serbia“ veröffentlicht, in dem zur Solidarität mit den serbischen Kameraden aufgerufen wird. Zitat: *“... es gehe schließlich um den Kampf für die Einheit der weißen Nationen gegen die Feinde der arischen Rasse. Jeder Nationalist müsse alle europäischen Nationen lieben und Seite an Seite mit seinen weißen Brüdern gegen jüdisch beherrschte Regierungen, Nigger, Zigeuner und alle anderen Feinde der wundervollen arischen Rasse kämpfen.“*⁶¹ Dies ist ein Beispiel für die internationale Vernetzung.

Die meisten Skin – Bands im rechten Spektrum sind im Netzwerk von Blood & Honour organisiert. Nach dem Tod Ian Stuarts 1993 übernahm „Combat 18“ das lukrative Geschäft des Blood & Honour Musikvertriebes. Laut dem schwedischen Rechtsextremismusexperten Stieg Larsson dienen Konzertbesuche im europäischen Ausland oftmals als Tarnung für

Absprachen der Aktivisten. So kam es 1999 in der Nähe von Oslo zu einem Treffen von deutschen, schwedischen, englischen und norwegischen Aktivisten aus dem Blood & Honour und Combat 18 Umfeld. Die Deutschen baten um Unterstützung bei Aktionen gegen politische Gegner im Raum Niedersachsen. Einen Monat später warnte das Landeskriminalamt Niedersachsen den Göttinger DGB – Kreisvorsitzenden und mehrere linke Wohngemeinschaften vor rechten Briefbomben. Gruppen wie die Kameradschaft „Neuteutonia Neustrelitz“ arbeiten eng mit Blood & Honour zusammen. Auch unter der Tarnbezeichnung „Wanderfreunde Neustrelitz“ will die Kameradschaft Jugendliche rekrutieren, was sie mit dem Medium Internet erreichen will. Enge personelle Verbindungen bestehen teilweise auch zwischen B&H und der NPD.⁶²

3.1.3 Wiking Jugend (WJ)

Bundesführer: Wolfram Nahrhart
Geschäftsstelle: Berlin

Die Wiking Jugend wurde 1952 durch den Zusammenschluß verschiedener rechtsgerichteter Jugendgruppen gegründet. Zum Zeitpunkt des Verbots 1994 hatte die WJ ca. 400 Mitglieder und war somit die stärkste neonazistische Jugendorganisation. Die „Leitsätze“ der Wiking Jugend enthalten ein Bekenntnis zum Volkstums- und Reichsgedanken, zum Aufbau einer nach völkischen Gesichtspunkten gegliederten „Nation Europa“ und zum „Sozialismus auf völkischer Grundlage“. Die Wiking Jugend wird nach dem Führerprinzip geleitet, sie eifert einer germanisierenden Nordlandideologie nach und nimmt einen Elitecharakter der „Nordischen Rasse“ an. Sie will die „Tradition“ der „Hitlerjugend“ weiterführen und pflegt antisemitische und antidemokratische Tendenzen, sie pflegt des weiteren auch Kontakte zu anderen rechtsextremen Organisationen.

Jährlich wird das sogenannte Pfingstlager für Kinder und Jugendliche organisiert. Im Oktober 1962 wurde der Wiking Jugend das Tragen von Uniformen verboten. Publizistisches Organ der WJ ist das vierteljährlich erscheinende Kampfblatt „Wikinger“.

⁶¹ zitiert aus Skinhead Fanzine Blood & Honour Berlin, Nr. 6, Leserbrief der Division Blood & Honour Serbia, in www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon

⁶² vgl. www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon, Beitrag von Margret Chatwin 2000

Das Frauenbild der Wiking Jugend orientiert sich am Nationalsozialismus im Sinne „germanischer Rassenpflege“. Dementsprechend ist der Platz der Frau in der Gesellschaft klar definiert. Sie sind Lebensträger des gesamten deutschen Volkes und sind zugelassen als Mutter, Krankenschwester, Gefährtin und Gehilfin des Mannes. Der weibliche Nachwuchs ist im Mädelsbund der Wiking Jugend organisiert.

Am 8. Juli 1979 nahm die Polizei drei Männer fest, die in einem Kölner Park Schießübungen gemacht haben. Mindestens einer von ihnen war Mitglied der Wiking Jugend. Bei den darauffolgenden Hausdurchsuchungen wurden mehrere Gewehre, Pistolen und einschlägiges Propagandamaterial wie Hakenkreuzfahnen und NS – Symbole sichergestellt. Mitglieder der Wiking Jugend sind regelmäßig bei internationalen Neonazitreffen in Belgien, den „Jzerbedevaart“ vertreten. Am 1. September 1984 kommt es in Bonn zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der WJ, anderen rechtsextremistischen Jugendgruppen und Punks. Dabei werden 4 Personen schwer verletzt. Das traditionell an der deutsch - französischen Grenze an der Rhön veranstaltete „Mahnfeuer“ an Sylvester wird 1985 erstmals verboten, 1988 verhindert ein großes Polizeiaufgebot die Veranstaltung, die erstmals gemeinsam mit Mitgliedern der FAP durchgeführt werden sollte.

Nach längeren internen Querelen kommt es 1985 im Juni zu einer Abspaltung der Gruppe um den Vorsitzenden Rudi Wittig. Diese gründen den „Arbeitskreis Junge Familie“ und den „Sturmvogel – Deutscher Jugendbund“. Nach dem Verbot der Wiking Jugend 1994 durch das Bundesministerium des Inneren finden Mitglieder Aufnahme in den Jugendorganisation der NPD der JN. 1999 scheiterte ein Versuch das Verbot der Wiking Jugend auf gerichtlichem Weg aufheben zu lassen.⁶³

3.1.4. Hammerskins

Als international aktive rechtsextremistische Bewegung sind die „Hammerskins“ in Deutschland aktiv. Sie haben das Ziel alle weißen Skinheads in einer „Hammerskin – Nation“ zu vereinen, weiters verstehen sie sich als elitäre Strömung innerhalb der Szene. Die zunächst nur durch Einzelpersonen in Deutschland vertretene Bewegung bildete seit Mitte der 90- er Jahre erste Sektionen, konnte sich aber nicht in dem Maße wie Blood & Honour etablieren. Die Mitgliederzahl liegt bei ca. 100 Personen. Diese Personen scharen sich um langjährige

⁶³ vgl. www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon, Beitrag von Margret Cahtwin 2000

Aktivisten der rechtsextremistischen Skinheadszenen. Die Hammerskins verherrlichen den Nationalsozialismus und sprechen sich für Rassismus und Antisemitismus aus.⁶⁴ Sie unterhalten ein eigenes Hammerskins Fanzine mit dem Namen „Wehrt euch“ in dem ganz offen rassistische Aussagen gemacht werden. Beispiel: *“Ganz klar ... die Moral der Geschichte ist nun mal, daß es kein Schwein interessiert ob man ein verschissener Niggerlover ist oder nicht... Tatsache ist nunmal, wenn der Tag kommt, und sei es nur auf einer verpissten Schultoilette, dann sieht sich schwarz und weiß in die Augen... und dann Himmel dir Gott, denn dann kommt es nur auf die Hautfarbe an und nicht darauf, ob du farbige Bekannte haben solltest oder nicht!!!“*⁶⁵

3.1.5. Skimgirl – Freundeskreis Deutschland (SFD)

Dieser Freundeskreis wurde 1990 gegründet und war bundesweit aktiv. Während zu Beginn der 90-er Jahre die internen subkulturellen Aktivitäten im Vordergrund standen, entwickelte sich der SFD seit Mitte der 90-er Jahre zu einer nach Außen agierenden Organisation. Laut eigenen Angaben bezeichnet sich der Freundeskreis als gut funktionierende, von Männern unabhängige Frauen- und Mädelskameradschaft, deren Mitglieder über eine „ernste nationale Grundeinstellung“ verfügten. Anfang November 2000 erklärte der Skimgirl – Freundeskreis Deutschland im Internet seine Auflösung ohne die Angabe konkreter Gründe.⁶⁶

3.1.6. Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)

Gründung: 1958

Sitz: Remscheid

Gegründet wurde der BHJ nach dem Vorbild in Österreich, der sich nach dem Verbot in verschiedene Nachfolgeorganisationen aufgespalten hat. Die Funktionäre des Bund Heimattreuer Jugend Deutschland kommen aus dem NS – Apparat sowie aus der Sozialistischen Reichspartei. 1988 kommt es zur Umbenennung durch den Namenszusatz „Freibund“, gleichzeitig will man bündnische Traditionen wiederbeleben. Statt wie bisher die Odalsrunen, wird nun als Symbol der Organisation die Aufgehende Sonne auf schwarzer Fahne gewählt. Ab 1963 entwickelt sich die BHJ neben der Wiking Jugend zur wichtigsten Kraft

⁶⁴ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 31

⁶⁵ zitiert aus „Wehrt euch“ Nr. 10 1999 Seite 16, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000

⁶⁶ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 31

innerhalb des Kameradschaftsringes Nationaler Jugendverbände (KNJ). Ende der 60-er Jahre spaltet sich die Organisation in einen Teil der sich an die NPD orientiert und einen reformerischen Flügel, der sich nach der historischen bündischen Jugend richtet. Seit Mitte der 80-er Jahre richten sich die Aktivitäten der nun mehr 100 – 200 Mitglieder zählenden Organisation vor allem auf Reisen in die ehemaligen Deutschen Ostgebiete.

Verbindungen bestehen neben der NPD mit dem „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG), dem Collegium Humanum des Werner Georg Haverbeck, der Jungen Freiheit und den Freundeskreis der Artomanen. Außerdem war der BHJ an der mit Unterstützung der NPD gegründeten „Aktion Widerstand“ beteiligt die 1970 „Willi Brandt – an die Wand“ forderte. Aus den Reihen der BHJ kamen rechtsextreme Aktivisten wie Jürgen Rieger, der Verleger Dietmar Munier und Gisa Pahl.⁶⁷

3.1.7 Hamburger Sturm

Der Hamburger Sturm ist eine sogenannte Freie Kameradschaft, was einem losen Zusammenschluß ohne Eintrag im Vereinsregister gleichkommt. Geführt wird diese Neonazigruppe vom Handwerker Thorben Klebe. Die Kameradschaft ging aus dem sogenannten Bramfelder Sturm hervor, der wiederum eine Abspaltung des sogenannten Kameradenkreises Thomas Wulff ist. Die Mitgliederzahl wird auf etwa 20 Personen geschätzt, von denen einige vorbestraft sind. Von den Behörden wird die Gruppe im sogenannten Blood & Honour Spektrum angesiedelt. Laut Verfassungsschutzbericht 1999 tritt der Hamburger Sturm seit Anfang 1999 verstärkt auf Demonstrationen auf dem gesamten Bundesgebiet auf und beteiligt sich aktiv an Plakataktionen.

Überregionale Bedeutung erlangt die Gruppe auch durch die Herausgabe der Publikation „Hamburger Sturm“, in der gegen Ausländer gehetzt wird und Rudolf Heß, die SS und die NS – Ideologie verherrlicht werden. Die am 27. November 1999 gegen einen Bauwagenplatz in Berbeck durchgeführte Demonstration des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Norddeutschland“ wurde gemeinsam mit der NPD durchgeführt, wobei die Organisation und die bundesweite Mobilisierung vor allem der Hamburger Sturm übernahm. Als Redner traten u. a. der Hamburger NPD – Vorsitzende Ulrich Harder und Christian Worch auf. Im August

⁶⁷ vgl. www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon, Beitrag von Margret Chatwin 2001

2000 wird die Vereinigung und deren Publikation vom Hamburger Senat verboten, wobei man sich durch diese Maßnahme eine Signalwirkung erhoffte.⁶⁸

3.1.8. Volkstreue außerparlamentarische Opposition (VAPO)

Der Gründer der Rechtsextremen Organisation war 1986 Gottfried Küssel. Für die Rekrutierung und Öffentlichkeitsarbeit gibt die militante Neonazi Gruppe die Publikation die „Sturmflagge“ heraus, sowie Flugblätter, Aufkleber und Schulungsbriefe. Aktivisten sind: Hansjörg Schimanek jun. („Kameradschaft Langenlois“), Günther Reinthaler („Gaubeauftragter für Salzburg und Oberösterreich“), Jürgen Maria Liphay („Kameradschaftsführer“ Salzburg) und die VAPO Mitglieder Franz Radl, Peter Binder, Alexander Forstpointner, Gerhard Endres, Rudolf Wundsam, Johann Bogner und Wolfgang Artner. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit Gerd Hosnik und der AFP, einem Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten. Mit ihrer ideologischen Ausrichtung orientiert sich die VAPO am Nationalsozialismus. Die VAPO gründet Kameradschaften in vielen Städten und Gemeinden Österreichs und organisiert Wehrsportübungen.

Ab 1987 intensivierte sich die Zusammenarbeit mit dem deutschen Neonaziführer Michall Kühnen, der 1991 an Aids verstarb. Mit ihm wurden Kontakte in die ehemalige DDR aufgebaut und die Teilnahme an „Rudolf Heß – Gedenkmärschen“ und diversen Revisionistentreffen organisiert. Anfang der 90-er Jahre führten VAPO Mitglieder Sprengstoffübungen in der Nähe von Berlin gemeinsam mit Neonazi – Aktivisten aus Deutschland durch. Kontakte unterhielt die VAPO zur „Deutschen Alternative“, der „Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front“(GdnF), der HNG, der „Nationalen Liste“, Gery Laucks NSDAP/AO sowie zum deutsch – kanadischen Holocaust Leugner Ernst Zündel.

Im Dezember 1995 werden Franz Radl und Peter Binder im Briefbombenprozeß freigesprochen, jedoch wegen NS – Wiederbetätigung zu 3 bzw. 5 Jahren Haft verurteilt. Beiden werden Verbindungen bis in die Führungsetage der FPÖ nachgesagt. Küssel wurde bereits im Frühjahr desselben Jahres zu 15 Jahren Haft wegen NS – Wiederbetätigung verurteilt, 1996 wurde die Strafe auf 11 Jahre reduziert. 1999 wird Küssel in offenen Vollzug

⁶⁸ vgl. www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon, Beitrag von Margret Chatwin 2001

entlassen. Für Behörden gilt Küssel, der in der Öffentlichkeit als bekennender Nationalsozialist auftrat, als resozialisiert.⁶⁹

3.1.9 Deutsche Liga für Volk und Heimat

Gründung: 1991

Sitz: Villingen – Schwenningen, Baden Württemberg

Mitglieder: ca. 400

Die Gründer der DLVH sind durchwegs enttäuschte Mitglieder der NPD und der Republikaner. Diese Bewegung gab 1990 die Deutsche Rundschau heraus und rief zu einer neuen Sammlungsbewegung auf. Daraus konstruiert sich Anfang 1991 die Deutsche Allianz – Vereinigte Rechte (DA – VR) in München. Nach der erfolgreichen Klage der Versicherungsgesellschaft Allianz kommt es zu einer Umbenennung in DLVH. Der offizielle Gründungsparteitag ist am 3. Oktober 1991. Vorsitzende werden Jürgen Schützinger, Harald Neubauer und Rudolf Kendzia. Als Vorfeldorganisation der DLVH gründen Franz Glasauer und Peter Dehaust den Förderverein Vereinigte Rechte, die sich als Sammelbewegung „aller nationalen Kräfte“ versteht, ohne diesen Anspruch auch nur ansatzweise einlösen zu können. Es wird eine Ausländerpolitik gefordert, die den „berechtigten Schutzinteressen des deutschen Volkes“ entspreche. Die rechtsextremistische Ausrichtung des Programms wird auch durch die Forderung deutlich, eine Geschichtsschreibung zu ermöglichen, die der „Wahrheit“ entspreche und sich „nicht für Kollektivschuldthesen und andere politische Manipulationen mißbrauchen“ lasse.

Die DLVH trat meist erfolglos zu verschiedenen Landtags und Kommunalwahlen an. Durch Übertritte von Mandatsträgern der DVU und der Republikaner erhält sie Landtagsmandate in Bremen und Schleswig Holstein (1991 – 1993 bzw. 1993 – 1996). Im Kölner Stadtrat bildete sie 1991 – 1993 eine eigene Fraktion. Harald Neubauer ist bis 1994 als Repräsentant des DLVH Mitglied im Europaparlament. Bei Kommunalwahlen in Baden – Württemberg gelingt es Martin Mußgung, in Tuttlingen und Jürgen Schützinger, in Villingen – Schwenningen 1994 die 5% Hürde zu überspringen. Auch im Oktober 1999 gelang es ihm, ein Mandat sowohl im Gemeinderat in Villingen – Schwenningen zu erringen, dazu kam auch ein Mandat im Kreistag des Schwarzwald – Baar – Kreises. Auf seiner Liste kandidierten auch Neonazis.

⁶⁹ vgl. www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon, Beitrag von Constanze Beck 1999

Die Kölner Niederlassung der DLVH setzte 1993 ein Kopfgeld für die Ergreifung einer untergetauchten Asylbewerberin aus. Die Verbreitung des Steckbriefes wird gerichtlich untersagt. Der Neonazi Frank Hübner kandidiert im gleichen Jahr als Kandidat der DLVH für das Amt des Cottbusser Oberbürgermeisters. 1996 kommt es zum Beschluß des Bundesvorstandes, nicht mehr an Wahlen anzutreten sondern die Liga in einen eingetragenen Verein umzuwandeln.

Eine enge personelle Verbindung besteht zur Publikation „Nation und Europa“. Herausgeber sind Peter Dehaust und Harald Neubauer, die Mitglieder des DLVH – Bundesvorstandes sind. Nach Auffassung des Verfassungsschutzes Nordrhein – Westfalens hat sich die DLVH selbst nie gegenüber militanten Neonazis abgegrenzt. Regional arbeiten Mitglieder mit Aktivisten verbotener Organisationen zusammen, wie etwa der Wiking Jugend, der FAP und der Nationalistischen Front.⁷⁰

3.1.10 Stahlhelm e. V. Bund der Frontsoldaten Kampfbund in Europa

Sitz: 21635 Jork (Landkreis Stade)
Vorsitzender: Günther Drückhammer (Jahrgang 1936)
Verbandsorgan: Der Frontsoldat

Der „Stahlhelm“ steht in der Tradition des legendären „Stahlhelms“ der Weimarer Republik (1919) , der ca. 1 Million Mitglieder hatte und 1951 in Köln wiedergegründet wurde. Die Aktivitäten des „Stahlhelms“ und seiner Jugendorganisation „Der Jungstahlhelm“ beschränken sich weitgehend auf das Saarland, Rheinland Pfalz und Schleswig Holstein / Hamburg. Die Organisation ruft zu Kampf gegen die Unfreiheit, gegen den Kommunismus, für ein „wieder vereinigt deutsches Vaterland“ sowie „für ein in Frieden und Freiheit lebendes Europa der Vaterländer“ auf. In den 70- er Jahren kam es zu gemeinsamen Aktionen mit NPD, DVU, der Wiking Jugend und Manfred Roeders Terrortruppe. Der Stahlhelm leugnet die Schuld Deutschlands am Ausbruch des 1. und 2. Weltkrieges, fordert die Wiederherstellung des Deutschen Reiches mit den Grenzen von 1939, ein hegemoniale Stellung Deutschlands in Europa und sein Programm beinhaltet weiters Antisemitismus und die Leugnung des Holocausts.

⁷⁰ vgl. www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon, Beitrag von Constanze Beck 2000

In Rheinland – Pfalz nimmt der propagierte Kampf zusehends militante Formen an, da sich seit 1998 Mitglieder des Stahlhelms aus Kaiserslautern immer wieder als Abnehmer illegal beschaffter Waffen herausstellten. Die Polizei fand in der Folge bei 11 Stahlhelmen und ehemaligen Mitglieder ein umfangreiches Waffenlager: 20 Maschinenpistolen, Pistolen und Revolver, 14 Gewehre, 11.000 Schuß Munitio, Minen und Sprengstoff. Anlass für die intensivere Observierung der Gruppe waren mehrere Schändungen von jüdischen Friedhöfen und der Überfall auf einen Döner – Imbiß mit Maschinenpistolen durch 2 Heranwachsende. Bereits 1992 wurden bei einem 22 – jährigen Studenten aus dem Umfeld des Stahlhelms Waffen gefunden, darunter eine Panzerfaust, drei Handgranaten, 2 Faustfeuerwaffen und Munitio.

1998 kam es zur Gründung eines Landesverbandes Flandern. Verbindungen gibt es besonders zur DVU und der NPD. 1999 wurde bekannt, daß diese Gruppierung vermehrt versucht Kinder und Jugendliche anzuwerben. Das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz bestätigte, daß es zur Gründung eines Scharnhorstbundes deutscher Jungen und Mädchen und eines Spielkreises für Kinder bis 12 Jahren kam. Der Stahlhelm habe mit diesen Gruppen ein Biwak mit 30 Kindern an der Ostsee veranstaltet, bei dem es auch zu Schießübungen gekommen sein soll. Besonders umworben werden vor allem rechtsextrem Skinheads. Der Bundesvorsitzende Günter Drückhammer (64) äußerte sich zu Grundgesetz und dem demokratischen Verfassungsstaat: *„Rein rechtlich besteht das Reich noch. Aus diesen Grund lehne ich, so weit wie möglich, die meisten Institutionen dieses Staates ab, bezeichne sie sogar als illegal.“*⁷¹

In der Gemeinde nimmt die Familie Drückhammer am öffentlichen Leben teil. Von den illegalen Schießübungen auf dem Stahlhelm Übungsgelände will in der Gemeinde bis zu den Recherchen des Hamburger Abendblattes niemand etwas gewußt haben. Nach Einschätzung der Bundesregierung 1999 strebe der Stahlhelm die Wiederherstellung des Deutschen Reiches an und außerdem gäbe es Verbindungen einzelner Mitglieder zur NPD.⁷²

⁷¹ zitiert aus der Stahlhelm, nach dem Hamburger Abendblatt, in www.idgr.de , Rechtsextremismuserlexikon

3.1.11 Club 88 (C88)

Neonazitreff in Neumünster, Schleswig Holstein

Seit der Eröffnung 1996 hat sich das Lokal rasch zum Szenetreff für die gesamte norddeutsche Neonaziszene entwickelt. Großteils sind die Besucher Hammerskins. Der Name 88 bedeutet 2 mal den achten Buchstabe im Alphabet , d. h. HH – Heil Hitler. Im Verfassungsschutzbericht von Schleswig – Holstein wird der Club 88 mit der Wirtin Christine Dolscheid erstmals 1997 erwähnt und als eine Lokalität von überregionaler Bedeutung beschrieben. Zu den Treffen im Club kommen bis zu 250 Neonazis wobei es des öfteren zu Gewalttaten der alkoholisierten Personen auf dem Nachhauseweg kommt. Mit dem Logo „C88“ auf Autoaufklebern, T- Shirts usw. wirbt die Szene Bundesweit. Steffen Holthausen aus Hamburg kümmert sich um die Belange des Clubs und sorgt unter anderem für den Getränkenachschub. Ansonsten ist er bei Kundgebungen der NPD eingebunden. Weggefährte von Holthausen und regelmäßiger Besucher im Club ist der Neonazi Peter Borchert aus Kiel. Henry Marwirth und Tim Bartling aus Neumünster sind ebenfalls regelmäßige Besucher des Clubs; sie sind mehrmals wegen Körperverletzung vorbestraft und treten des öfteren als Ordner bei NPD Veranstaltungen auf. Beim 2. Tag des nationalen Widerstandes am 27. Mai 2000 in der Passauer Niebelungenhalle war der Club 88 mit einem Infostand vertreten. Der bekannte Hamburger Neonazi Christian Worch fungiert als öffentlicher Anmelder einer Solidaritätsdemo am 16. September 2000 für das von einer Schließung bedrohten Lokal.

An der Seite von Worch marschiert Jürgen Gerg, Landesvorsitzender der JN Nordmark. In unmittelbarer Nähe des Clubs befinden sich ein Jugendfreizeitheim und eine Schule. Im Jugendfreizeitheim fand noch vor der Eröffnung des Clubs eine als private Geburtstagsfeier deklarierte „Adolf Hitler Feier“ statt. Bekannt geworden sind auch Rekrutierungsversuche der Neonazis an der Schule. Versuche der Bürger aus Neumünster den Club schließen zu lassen oder ihm die Konzession zu entziehen sind bislang gescheitert, da bei der Wirtin keine dafür relevanten Ordnungswidrigkeiten vorliegen. Eine Jugendgefährdung liegt nach Auffassung der Behörde nicht vor, da der Zutritt zum Lokal angeblich nur Clubmitgliedern gestattet wird.⁷³

⁷² vgl. www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon, Beitrag von Margret Chatwin , 2000

3.1.12 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.

Gründung:	1979
Sitz:	Frankfurt am Main
Vorsitzende:	Ursula Müller
Mitglieder:	550 (1999: 500)
Publikationen:	Nachrichten der HNG, Auflage ca. 600, monatlich

Die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ versteht sich als Betreuungswerk für nationale Gefangene. Ziel der Organisation ist vielmehr die psychische als die materielle Unterstützung von inhaftierten Gesinnungsgenossen, mit dem Ziel die Gefangenen weiterhin an die Szene zu binden und eine Resozialisierung zu verhindern. Sie will das Bewußtsein von Rechtsextremisten stärken, kein wirkliches Unrecht begangen zu haben. Das hat zur Folge, daß sich die Organisation gegen den Strafverfolgungsanspruch des Staates stellt und somit den Zweck von Strafen untergräbt.

Laut der Bundesvorsitzenden Ursula Müller ist die Betreuung von politischen Gefangenen notwendig um ...*„die Folgen jenen Unrechts zu lindern, das mittels Besatzerrecht aus Angehörigen unseres Volkes Politkriminelle macht.“*⁷⁴ Laut HNG betreut die Organisation *„selbstverständlich keine Kriminellen“* sondern jene die *„mittels zurechtgefälschter Zeugenaussagen zu Gewalttätern hingelogen werden. Die Verfahrensakten von Mölln, Solingen und Lübeck stehen als Brandmale der Falschheit in der politischen Landschaft der BRD.“*⁷⁵

Die in den „Nachrichten der HNG“ enthaltene Gefangenenliste, der seit 1990 ein Bild des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß als den „Martyrer des Friedens und Symbol der unterdrückten Freiheit in Deutschland“ vorangestellt wird. Diese Gefangenenliste soll sowohl eine angebliche politische Verfolgung dokumentieren als auch den Kontakt zu den „nationalen Gefangenen“ ermöglichen. Auf dieser Liste stehen prominente Namen wie der inzwischen entlassenen Holocaust Leugner Udo Walendy, der Leiter des australischen Adelaide – Institutes Friedrich Toben, die Rechtsterroristen Stefan Michael Bar, Gottfried Küssel und Steven Smyrek, der SS Mann Erich Priebke, der Massenmörder Josef Schwammberger sowie

⁷³ vgl. www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon, Beitrag von Constanze Beck, 2001

⁷⁴ zitiert aus Nachrichten der HNG Juli 2000, Seite 18 in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 41

⁷⁵ zitiert aus Nachrichten der HNG Juli 2000, Seite 18, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 41

die Südtirolaktivistin Karola Unterkircher. Weiters schleust die Organisation rechtsextremes Propagandamaterial in die Vollzugsanstalten ein, was zu einer nicht unerheblichen Neurekrutierung in den Justizvollzugsanstalten beiträgt.

Die Jahreshauptversammlung 2000 fand am 31. März in Spiekershausen (Süd – Niedersachsen) statt. Es beteiligten sich rund 400 Neonazis aus Deutschland und Österreich an dem Treffen. Im Juni 2001 marschierten Nazi Skins aus verschiedenen Orten in Niedersachsen im Stadtpark von Langenhagen auf. Der Zweck der Zusammenkunft war eine von der HNG organisierte Schulung für den Umgang mit Polizei und Justiz. Ursprünglich war das Hinterzimmer der Langenhagener Bahnhofskneipe als Versammlungsstätte geplant, doch hatte die Polizei auf dem Weg dorthin etwa 30 Rechtsextremisten abgefangen und ihnen einen Platzverweis erteilt.⁷⁶

3.1.13 Neonazistische Kameradschaften:

Die etwa 150 bekannten Kameradschaften haben ein einheitliches Merkmal und das ist ihre neonazistische Grundhaltung, geprägt durch ein aggressives Eintreten für ein nationalsozialistisches System, offenen Rassismus, Fremdenhaß und Antisemitismus. Unterschiede zeigen sich vor allem in den Strukturen und deren Aktionsfähigkeit. Mitgliedschaften und Beiträge sind verschieden geregelt, auch ist die Bedeutung von Funktionsträgern und Hierarchien nicht überall gleich geregelt. Die Kameradschaften sind oftmals nicht politisch homogen, so sind in einigen sowohl Neonazis als auch rechtsextreme Skinheads vertreten.

Viele Kameradschaften orientieren sich stark an der NPD und der JN. Die Mitglieder einer Kameradschaft sind meist zwischen 18 und 25 Jahren alt und männlich, bei ihnen ist die neonazistische Gesinnung bereits gefestigt und der Wille zur politischen Aktivität ist deutlich vorhanden. Eine Kameradschaft hat in der Regel 5 bis 20 Mitglieder. Bei einer Kameradschaft ist ein Mindestmaß an Organisationsstruktur erforderlich. So ist meist ein „Kameradschaftsführer“ vorhanden, der Kameradschaftsabende oder andere Veranstaltungen in die Wege leitet. Einige Kameradschaften sind noch straffer organisiert; regelmäßige

⁷⁶ vgl. www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon, Beitrag von Margret Chatwind 2001

Treffen, Mitgliederbeiträge, Kameradschaftseembleme oder Verteilung von Aufgaben sind Ausdruck einer manchmal fast vereinsmäßigen Ordnung.⁷⁷

Um ihre Aktionsfähigkeit zu steigern und ihre Aktivitäten aufeinander abzustimmen, haben sich in verschiedenen Regionen Deutschlands Kameradschaftsbündnisse gebildet. Die Vernetzung der Neonaziszene konnte zumindest auf regionaler Ebene ausgebaut werden. Am erfolgreichsten war das „Nationale und soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“. Dahinter steckt das vom Hamburger Neonazi Thomas Wulff 1996 entwickelte Konzept der „Freien Nationalisten“, das auf eine Bündelung der zersplitterten neonazistischen Einzelaktivisten und Kameradschaften abzielt, um ihre Handlungsfähigkeit zu erhöhen. Des öfteren arbeitet man insbesondere mit der NPD oder der JN zusammen, beispielsweise am 1. Mai in Berlin – Hellersdorf: Unter dem Motto „Arbeit für Millionen – statt Millionen für das Ausland“ demonstrierten gemeinsam Anhänger der NPD, Neonazis und rechtsextreme Skinheads. Neben dem NPD Bundesvorstandsmitglied Andreas Storr, der die Kundgebung angemeldet hatte, sprach auch Christian Worch, einer der führenden Köpfe der „freien Nationalisten“ Norddeutschlands.⁷⁸

Viele Mitglieder von Kameradschaften stehen, wegen ihrer aktionsbetonten Orientierung, den rechtsextremen Parteien grundsätzlich kritisch gegenüber. Allein NPD und JN durch ihren „Kampf um die Straße“ üben eine gewisse Anziehungskraft auf die Kameradschaftsmitgliedern aus. Daraus resultierend mobilisieren NPD und JN immer wieder Kameradschaftsmitglieder für ihre Demonstrationen und ähnliche Veranstaltungen. Zahlreiche Mitglieder von Kameradschaften sind auch Mitglied in der NPD oder der JN. Jedoch gibt es hier auch eine gegenläufige Bewegung, da ein Teil der Neonazis in den Kameradschaften schon länger eine enge Bindung zur NPD oder JN ablehnt.

In diesen Kreisen wird befürchtet, daß die NPD die Meinungsführerschaft innerhalb des „Nationalen Widerstands“ erlangen könnte, die Kameradschaftsmitglieder sich der Parteidisziplin unterordnen und auf eigenständige Handlungsmöglichkeiten und Einfluß verzichten müßten. Neonazistische Kameradschaften versuchten bisher nicht ihre politischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen, auch auf Übergriffen von gewaltbereiten Autonomen bei Demonstrationen wurde nicht geantwortet. Das hat den Grund, daß viele der Auffassung sind durch diszipliniertes Auftreten Sympathien in der Bevölkerung wecken zu können. Jedoch

⁷⁷ vgl. Verfassungsschutzbericht 2000, Seite 38

mehren sich in den neonazistischen Kameradschaften nun Gewalt bejahende Äußerungen. Sollten sich die Befürworter von Gewalt durchsetzen, besteht die Gefahr, daß sich einzelne neonazistische Kameradschaften zu militanten Kameradschaften entwickeln. Der in Kameradschaftskreisen oft unverhohlen geäußerten Hass auf Fremde und politisch Andersdenkende, das verbreitete Gefühl, einer kleinen von vielen Seiten bedrängten, aber auch entschlossenen und opferbereiten Elite anzugehören, kann zu Gewalttaten führen.⁷⁹

⁷⁸ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 39

3.2. Rechtsextreme Parteien in Deutschland

3.2.1 Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

gegründet:	1964
Sitz:	Berlin
Mitglieder:	6.500 (1999: 6.000)
Publikation:	„Deutsche Stimme“, monatliche Auflage von 10.000
Unterorganisationen:	„Junge Nationaldemokraten“ (JN), „Nationaldemokratischer Hochschulbund e. V.“ (HNB)

3.2.1.1. Zielsetzung:

Die NPD kämpft gegen das „System“ und strebt die Errichtung einer neuen Ordnung als „Alternative zum liberalkapitalistischen System der Bundesrepublik Deutschlands der Westalliierten“ an. Den Begriff „System“ verwendet die NPD in bewußter Anlehnung an den Nationalsozialismus, der dieses Wort verächtlich für die Weimarer Republik benutzte. Mit einem überzeugten Kader gut geschulter Führungskräfte und der Begeisterungsfähigkeit ihrer Mitglieder und Anhänger will die NPD eine glaubhafte politische Alternative sein und schon bald die politische Machtfrage stellen, um aus der „multikulturellen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland“ eine neue nationale Volksgemeinschaft zu schmieden. Dabei setzt die NPD insbesondere auf die Jugend.

Der Vorsitzende Voigt meint dazu am 27. Mai 2000 bei einer Saalversammlung in Passau: *„Der NPD muß es gelingen, den bereits vorhandenen sozialrevolutionären Geist zu kanalisieren, die Kräfte zu bündeln und für die längst überfällige neue politische Ordnung zu gewinnen. Unser größtes Augenmerk richten wir auf die Jugend... Wir müssen dieser Jugend beibringen, die Zustände unter denen sie zwangsläufig aufwächst, nicht zu akzeptieren, sondern... aufzeigen, daß wir gemeinsam als Deutsche sehr wohl eine Zukunft haben werde, ... Voraussetzung dafür ist die Schaffung einer Volksgemeinschaft!“*⁸⁰

⁷⁹ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 39 – 40

⁸⁰ zitiert aus „NPD – Infoseiten“: „2. Tag des nationalen Widerstandes“ Seite 3; in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 44

Weiters stellt Voigt in einem Beitrag im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ fest, daß die NPD gegenüber den Republikanern und der DVU eine Besonderheit habe, nämlich, daß die NPD über geschulte Kader verfüge, weltanschaulich gefestigte Mitglieder sowie den nicht zu unterschätzenden Zugang zur Jugend habe, und somit über das notwendige Aktionspotential auf der Straße verfüge.

In dem im Frühjahr 2000 erstmals erschienenen Schulungsheft „Weg und Ziel“ des Bildungsreferats im Parteivorstand erläutert die NPD ihre Vorstellung von Volksgemeinschaft und von einem volksbezogenen Sozialismus. Sie setzt danach der „anarchistischen Utopie der absoluten Freiheit des Individuums“ die „bewußte, an die Gemeinschaft des Volkes gebundene Freiheit“ gegenüber. Der von der NPD erstrebte „volksbezogene Sozialismus“, den die Partei als das wortlose Bewußtsein, das den Einzelnen in ein Ganzes einfügt definiert, hat als Bezugspunkt die nationale Gemeinschaft des Volkes, die eine Schicksals- und Leistungsgemeinschaft sei. Jeder Volksangehörige habe das Recht und die Pflicht, an der Gestaltung und dem Leben in dieser Gemeinschaft mitzuwirken.⁸¹

Mit ihrer ständigen Forderung nach Schaffung einer Volksgemeinschaft verwendet die NPD einen zentralen Begriff des Nationalsozialismus, der darunter insbesondere eine Blut- und Schicksalsgemeinschaft verstand, in der die Interessen des Einzelnen bedingungslos der Gemeinschaft der Volksgenossen untergeordnet wurden. Die von der NPD erstrebte neue Ordnung mit ihrem vom Nationalsozialismus entliehenem kollektivistischen Modell der Volksgemeinschaft ist unmittelbar gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet, in deren Mittelpunkt das Individuum steht. Daß die Zielsetzung der Partei mit dem Menschenbild des Grundgesetzes unvereinbar ist, wird auch aus Äußerungen des ehemaligen Linksterroristen und heutigen NPD Mitglied Horst Mahler deutlich. Er spricht sich für antipluralistische Gesellschaftskonzeptionen aus und lehnt allgemeingültige Menschenrechte, die zur „Vernichtung der souveränen Nation“ führten, ab. Aussagen der Partei sowie einiger maßgeblicher Parteifunktionäre lassen weiterhin eine aktiv kämpferische, aggressive Diktion erkennen, die bis hin zur Militanz reicht.⁸²

Festzuhalten ist, daß die NPD ihre verfassungsfeindlichen Ziele nicht nur verbal äußert, sondern sie will diese im Rahmen ihres strategischen „3 – Säulen – Konzepts“ auch in einer aktiv kämpferischen und aggressiven Weise umsetzen. So forderte der sächsische

⁸¹ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 44 – 45

Landesvorsitzende Petzold in der „Sachsen Stimme“ in militanter Diktion und in einer an den Nationalsozialismus erinnernden Wortwahl: *„Jetzt, da die politische Abenddämmerung der Bonner / Berliner Besatzerrepublik anbrach, muß der nationale Widerstand mit verstärkten Repressionen rechnen. Dagegen gilt es Vorbereitungen zu treffen. ... Geben wir der deutschen Jugend die Möglichkeit zu Protest und Widerstand. ... Zukünftig kann und darf die Partei auf das bewährte Kampfmittel der Demonstration nicht verzichten. Wenn die Medien und das korrupt – verkommenen Regime gegen uns hetzen, dann gibt es nur ein Gegenmittel: Die Wut auf die Straße tragen! ... Wenn eine Änderung der politischen und damit wirtschaftlichen Verhältnisse zum Überleben unseres Volkes erreicht werden soll, dann nur mit entschlossenen, hochmotivierten Kämpfern für die deutsche Sache. ... Der zweifellos bevorstehende Endkampf bedarf gut geschulter politischer Soldaten, die aus voller Überzeugung bereit sind, im Notfall alles zu opfern, ja das letzte zu geben. ... Festigen wir unsere Reihen, bauen wir die Bewegung zu einer Festung aus! ... Kameraden, alles für das ewige Leben unseres Volkes! Alles für Deutschland! Ihnen gilt der Kampf! Ihnen gilt unser Einsatz!“*⁸³

In einer Sonderbeilage der „Deutschen Stimme“ vom März 2000 zum 35-jährigen Parteijubiläum wird erklärt, die NPD wolle sich im Kampf um die Straße durchsetzen. Voigt wird mit den Worten zitiert: *“Neu wird die Konsequenz in der Durchsetzung unserer Ziele sein. ... Unser revolutionärer Kampf fängt jetzt erst richtig an.“*⁸⁴

Auf dem von der Partei veranstalteten „2. Tag des nationalen Widerstandes“ am 27. Mai 2000 in Passau agierte Voigt mit Slogans wie: *„Deutschland wir warten auf deine Befehle! Für eine Bessere Zukunft unseres Volkes! Deutschland den Deutschen! Nationaler Widerstand erwache! ... Organisierter Widerstand bedeutet Macht! Darum muß die Bewegung jetzt Partei ergreifen! Wir brauchen die Politische Macht, damit Deutschland und seine Kinder wieder eine hoffnungsvolle Zukunft haben.“*⁸⁵

Im Januar 2000 sprach der sächsische Landesvorsitzende Winfried Petzold in einem Beitrag mit Überschrift „NPD 2000. Mit geschlossenen Reihen vorwärts“ sich dagegen aus, politische

⁸² vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 45 - 46

⁸³ zitiert aus „Sachsen Stimme“ Januar – April 2000, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 46 – 47

⁸⁴ zitiert aus „Aufbruch 2000“, Sonderbeilage zur „Deutschen Stimme“, Nr. 3 / 2000, zum 35-jährigen Bestehen der NPD, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 47

⁸⁵ zitiert aus „NPD Infoseiten“: „2. Tag des nationalen Widerstandes“, Seite 6., in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 47

Veränderung allein durch Wahlen anzustreben: *„Nach 10 Jahren BRD in Mitteldeutschland liegt es klar auf der Hand, daß ein Wandel zum Besseren durch Wahlen nicht zu erreichen ist. ... Unsere Partei versteht sich als Kampf- und Sammlungsbewegung aller nationalen Kräfte, sie ist kein Wahlverein. Wahlen sind eines von vielen Mitteln des politischen Kampfes, jedoch kein ausschließliches. ... Nicht im erfolglosen Wahlprozentkampf liegen unsere Chancen sondern im Ausbau der eigenen Stärke ...“*⁸⁶

Das Konzept der „Nationalen Außerparlamentarischen Opposition“ (NAPO) ist Ausdruck einer aggressiven Strategie der NPD. NAPO ist ein öffentliches Synonym für den Nationalen Widerstand auf der Straße. Laut Voigt ist eine Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße zu erreichen. Die aggressive Strategie der NPD wird auch bei dem von ihr vertretenen Nationalismus deutlich. Weiter erklärte Petzold im Zusammenhang mit einer angeblichen Kultur des nationalen Widerstands, daß gegenwärtig in vielen Regionen Mitteldeutschlands nationale Szeneläden entstünden, die nebenbei als Treffpunkte dienten, wo Veranstaltungstipps und Konzerttermine ausgetauscht würden. Um Umfeld solcher Stätten bildeten sich „national befreite Zonen“ heraus. Weiters rief Petzold in „Sachsens Stimme“ dazu auf, Strukturen zu schaffen, die ein Überleben deutsch denkender Menschen in Zukunft unter vielleicht noch schwereren Bedingungen ermöglichten.⁸⁷

Die im Jahr 2000 verstärkte Diskussion um „befreite Zonen“ geht auf ein 1991 veröffentlichtes Konzept des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes e. V.“ zurück, das mit „Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen!“ betitelt war. Darin wird der Begriff „befreite Zonen“ wie folgt beschrieben: *„Einmal ist es die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen WIR sanktionsfähig sind, d. h. WIR bestrafen Abweichler und Feinde, WIR unterstützen Kampfgefährtinnen und –gefährten Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands.“*⁸⁸

Dieses Verständnis von „befreiten Zonen“ stellt das staatliche Gewaltmonopol in Frage und zielt auf die Etablierung rechtsfreier Räume. Weiters gibt es in der NPD auch Vertreter, die den Begriff „befreite Zonen“ mit „Eroberung kultureller Freiräume“, ihrer Nutzung als

⁸⁶ zitiert aus „Sachsen Stimme“ Januar – April 2000, Seite 5 ff., in Bundesverfassungsschutzbericht 2000 Seite 47

⁸⁷ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000. Seite 48

⁸⁸ zitiert aus „Vorderste Front – Zeitschrift für politische Theorie und Strategie“ des NHB, Ausgabe 2 Juni 1991, Seite 4 ff., in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 49

„geistige moralische und seelische Kraftquelle“ oder mit der Befreiung aus einer „sozialen Isolation durch die sogenannten gesellschaftlich relevanten Gruppen“ in Verbindung bringen.

Ein weiteres Merkmal der NPD ist die unverändert aggressive Fremdenfeindlichkeit. Die rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit ist Parteijargon und fester Bestandteil der Ideologie vom lebensrichtigen Menschenbild. Die NPD bekennt sich zur Vielfalt der Völker, repräsentiert durch die Vielfalt der Rassen. Jeder, der eine andere Meinung vertritt und sich der Rassenvermischung und der Auflösung des eigenen Volkes verschrieben habe, heuchele nur und verachte das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es wird propagiert, daß Rassenvermischung gegen die Natur und somit Völkermord sei. Eines der wichtigsten biologischen Grundprinzipien sei das der Erhaltung der Art. Sämtliche für das menschliche Leben zutreffenden Regelungen müßten dies berücksichtigen.

Darüber hinaus bekundet die NPD: *„Die Wurzeln des Nationalismus sind tief in der sozialen Territorialität fast jedes Volkes und jeder Rasse eingebettet. ... Der Nationalismus ist die politische Ausprägung des Territorialverhaltens und dient der Arterhaltung, also einem biologischen Grundprinzip“*⁸⁹

Die vom NPD Landesverband Sachsen herausgegebene „Sachsen Stimme“ behauptet im Frühjahr 2000, daß Deutschland wirtschaftlich abhängig sei, seine Firmen internationalisiert wären und das Volk über Medien und Zuwanderung geistig und genetisch zersetzt würde. So erklärt ein ständiger Autor im Juni 2000 im Parteiorgan: *„Immer wieder war Mitteleuropa in seiner Geschichte durch rassenfremde Eindringlinge wie Hunnen, Magyaren, Mongolen, Araber und Türken bedroht. Im Kampf gegen die zunehmende rassistische Überfremdung sollten uns die Nibelungen Warnung und Vorbild zugleich sein.“*⁹⁰

Durch diese rassistische Agitation verletzt die NPD die Menschenwürde und verstößt dadurch insbesondere gegen den Gleichsatzgrundsatz des deutschen Grundgesetzes.⁹¹

Weiters ist die NPD noch immer eine Partei die antisemitische Propaganda verbreitet. Horst Mahler zum Beispiel versucht den Antisemitismus zu rechtfertigen, in dem er ihn als

⁸⁹ zitiert aus „Weg und Ziel – Nationalistisches Schulungsheft“ Nr. 1 / April – Juni 2000, 2. Auflage, Seite 6 ff., in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 50

⁹⁰ zitiert aus „Deutscher Stimme“ Nr. 6 2000, Seite 13, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 50

⁹¹ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 48 – 50

Notwehrhandlung darstellt, die aus einer natürlichen und zwingenden Entwicklung entstanden sei. Oder zum Beispiel NPD- und JN- Landesvorstandsmitglied Michael Praxerthaler behauptete in München an einem Informationsstand, daß die einzigen anständigen Toten in Dachau die Männer der Waffen – SS gewesen wären.

Im Februar 2000 schürte eine Autorin im Parteiorgan unter der Überschrift „Jüdischer Lobby entgegentreten. Debatte um Zwangsarbeiterforderungen kultiviert Schuldkomplex“ antisemitische Stimmungen, relativierte Verbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus und griff deren Opfer an.⁹²

Weiters agiert die NPD unverändert revisionistisch. In einer verharmlosenden bis aufwertenden Darstellung der nationalsozialistischen Diktatur werden die Verbrechen des Dritten Reiches relativiert oder gänzlich geleugnet und die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg verneint. Ziel ist es, das Dritte Reich und auch das deutsche Volk aus der Verantwortung zu nehmen und das nationalsozialistische Regime in ein besseres Licht zu rücken. Weiters Propagiert die NPD aufgrund ihrer Rassenlehre eine Gesellschaftsordnung die auf eine Herrschaft der Eliten aufbaut. Laut diesem Weltbild werden sich die Besten zu Führern über die Gesellschaft und das Volk erheben.

Dieser Ansatz stellt einen totalitären Anspruch auf Führerschaft dar und steht im radikalen Widerspruch zum pluralistischen Mehrparteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Die NPD greift insbesondere die demokratischen Parteien an, die sie als „Systemparteien“ bezeichnet. Sie kämpft gegen das System, womit die politische Ordnung in Deutschland gemeint ist. Die Partei empfindet das „System“ als von den Alliierten aufgezwungen und illegitim.⁹³

⁹² vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 52 - 52

⁹³ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 53 – 54

3.2.1.2 Organisation und Entwicklung der NPD

Im Jahr 2000 konnte die NPD ihre Mitgliederzahl von 6.000 auf 6.500 vergrößern. Mitgliedstärkster Landesverband ist Sachsen mit 1.100 Mitgliedern, gefolgt von Bayern 1.000 und Nordrhein – Westfalen mit ca. 850.

Am 18. und 19. März 2000 fand der Bundesparteitag statt, auf dem der Bundesvorsitzende Udo Voigt mit rund 83% der Stimmen in seinem Amt bestätigt wurde. Voigts Strategie bestand weiterhin darin, die NPD auf eine möglichst breite personelle Basis zu stellen und unterschiedlichste Strömungen des nationalen Widerstandes zu bündeln. Im Rahmen des „Kampfes um die Straße“ hatte die themen- und aktionsbezogene Zusammenarbeit mit Neonazis bis etwa der Jahresmitte Priorität. Diese kam auch durch die Mitgliedschaft der Neonazis Jens Pühse, Sascha Roßmüller und Frank Schwerdt im Bundesvorstand der NPD zum Ausdruck. Bis März gehörte auch der Neonazi Steffen Hupka diesem Gremium an.

Die Wahl Pühses am 21. Oktober zum stellvertretenden sächsischen Landesvorsitzenden und ferner die Funktion des Schriftleiters der „Nachrichten der HNG“ Hans Christian Wendt als Mitglied der Redaktion der „Deutschen Stimme“ belegen die unveränderte Bereitschaft der NPD, Neonazis führende Parteaufgaben zu übertragen. Darüber hinaus führte die NPD – zumeist zusammen mit Neonazis – weit über 50 Demonstrationen durch.⁹⁴

Aufgrund der anhaltenden Forderung nach einem Verbot der NPD verabschiedete der Parteivorstand am 14. August 2000 auf einer Sondersitzung einen Maßnahmenkatalog. Dieser beinhaltete eine Kampagne mit dem Titel „Argumente statt Verbote“, sowie ein generelles Verbot für weitere Demonstrationen, das jedoch am 22. Oktober 2000 vom Parteivorstand wieder aufgehoben wurde. Bereits im ersten Halbjahr 2000 kam es unabhängig von der Verbotsdiskussion zu Spannungen innerhalb der NPD. Eine Gruppe von Parteiaktivisten um Steffen Hupka formierte sich unter dem Namen „Revolutionäre Plattform – Aufbruch 2000“ (RPF), die eine zwei Jahre andauernde völlige Stagnation in der Partei und ihrer Entwicklung beklagte.

Innerhalb der RPF sowie bei den „Freien Nationalisten“ stieß vor allem das verordnete Demonstrationsverbot auf heftige Kritik. Die parteiinternen Spannungen verschärften sich

⁹⁴ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 56 - 57

durch die am 14. Oktober 2000 erfolgte Wahl von Jürgen Gerg, Angehöriger des RPF Sprecherrates und Protagonist einer engen Zusammenarbeit mit den „Freien Nationalisten“, zum neuen NPD Landesvorsitzenden von Schleswig – Holstein. Daraufhin verhängte die Parteiführung wenige Tage später den organisatorischen Notstand über den Landesverband und entthob den Landesvorstand mit sofortiger Wirkung seines Amtes. Gerg wurde seine Mitarbeit in der RPF, sowie seine guten Kontakte zu dem führenden Neonazi Christian Worch vorgeworfen.⁹⁵

Der NPD Vorstand verzichtete lange auf eine Distanzierung von der RPF, da er nicht die Kräfte im Neonazilager verlieren wollte, die in den letzten zehn Jahren den Aufschwung in der Partei ermöglicht hatten. Erst am 9./ 10. Dezember 2000 kam es zu einem Beschluß der beinhalten, daß die Mitgliedschaft in der NPD nicht vereinbar mit der Zugehöriger zur RPF sei. In der Szene stieß dieser Beschluß auf teilweise scharfe Kritik, da viele der Meinung waren, daß die Partei und die „Freien Kräfte des Nationalen Widerstandes“ weiter auf einander zugehen müßten und die Zusammenarbeit weiter ausgedehnt werden sollte.

Ende Januar 2001 kam es dann zu einer Einigung zwischen Vertretern der RPF und dem Parteivorstand der beinhalten, daß die in der RPF arbeitenden Mitglieder der NPD die eigenständige Form der Organisation der RPF aufgeben und im Gegenzug der Parteivorstand formell den Unvereinbarkeitsbeschluß aufhebt und eine offizielle Arbeitsgemeinschaft (AG) installiert in der die bisherigen RPF Mitglieder die Möglichkeit zur Mitarbeit haben.

Die Partei hat sich seit einigen Jahren von einer „Altherrenpartei“ zu einer Partei gewandelt, die eine Basis für die organisierte Unterwanderung des demokratischen Rechtsstaates bildet. Die Partei sieht sich als Spitze einer breiten sozialen Protestbewegung, in der die Partei mit Neonazis und Skinheads Aktionsbündnisse eingeht, um ihre auf die Überwindung des Systems angelegten Ziele zu verfolgen. Neonazis, insbesondere Kameradschaftsangehörige, stellen daher neben den Skinheads das Mobilisierungspotential der Partei dar. Dem strategischen Konzept des „Kampfes um die Straße“ entsprechend liefert die NPD dabei das legale Dach, unter dem sich die eher lose organisierten Kameradschaften und Skinheads mit der NPD zu gemeinsamen Aktionen im Nationalen Widerstand zusammenfinden.⁹⁶

⁹⁵ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 57 – 58

⁹⁶ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 58 – 59

In einem Interview mit der „Deutschen Stimme“ unterstreicht VOIGT die Rolle der freien Kameradschaften als Bündnispartner der NPD: *„Die freien Kameradschaften sind in den letzten Jahren zu einem festen Bestandteil des sogenannten Nationalen Widerstandes geworden ... Dazu braucht es die Konzentration aller vorhandenen nationalen Kräfte mit revolutionärem Geist auf eine nationale Wahlpartei.“*⁹⁷

Der sächsische NPD – Landesvorsitzende Winfried Petzold begreift die freien Kameradschaften vor dem Hintergrund eines zweifellos bevorstehenden Endkampfes als wichtige politische Vorfeldorganisationen für die NPD. Ulrich Eigenfeld, Bundesgeschäftsführer der NPD, bekräftigte im Zusammenhang mit der Verbotsdiskussion die Stellung der Skinheads als natürliche Bündnispartner der NPD. In diesem Zusammenhang erklärte Eigenfeld: *„Die Partei öffnet sich allen Kräften, die die Zukunft Deutschlands im Blick haben.“*⁹⁸

Ein weiterer Aspekt der zu klären ist, ist das Verhältnis der NPD zur Gewalt und dieses scheint durchaus ambivalent zu sein, da sich die Funktionäre einerseits von Gewalt und gewalttätigen Aktionen distanzieren, andererseits es aber relativierende Töne gibt, die bis hin zu eindeutigen Bekenntnissen für die Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung reichen. So sprach sich der Parteivorsitzende Udo Voigt in einer Pressemitteilung des Parteivorstandes vom 5. August 2000 zwar gegen Gewalt aus: *„Die NPD hat generell immer erklärt, daß sie Gewalt zur Durchsetzung der politischen Ziele vehement ablehnt. Und wer eine derartige Politik betreiben möchte, dessen Platz ist nicht in der NPD...“*⁹⁹

Einschränkend fügte er aber hinzu, wenn Übergriffe auf Fremde in Deutschland stattfinden sei das *„ganz gewiss eine leidvolle Geschichte, die aber die etablierten Parteien zu verantworten haben, die hemmungslos weiterhin Zuströme von Ausländern in Land lassen, während sie nicht in der Lage sind, das Recht auf Arbeit für alle Deutschen zu garantieren.“* Entsprechend müsse auch damit gerechnet werden, *„daß sich irgendwann ein Widerstandswille im Volk kundtut.“* Das sei *„eine normale völkische Reaktion“*, die nicht von der NPD gesteuert werden brauche.¹⁰⁰

⁹⁷ zitiert aus „Deutsche Stimme“ Nr. 7 / 2000 Seite 9, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 59

⁹⁸ zitiert aus „Kölner – Stadtanzeiger“ vom 07.09.00, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 60

⁹⁹ zitiert aus Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 61

¹⁰⁰ zitiert aus Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 61

NPD Mitglieder und Funktionäre wenden auch tatsächlich Gewalt an oder treffen zumindest hierfür Vorbereitungen. Das zeigen exemplarisch folgende Strafverfahren:

- Am 20. April 2000 versuchte ein ehemaliges NPD – Mitglied zusammen mit einem Mittäter die Synagoge in Erfurt in Brand zu stecken. Wegen dieses Anschlages wurde das NPD – Mitglied zu einer Jugendstrafe von drei Jahren rechtskräftig verurteilt.
- Am 9. Juli 2000 griffen verummte Täter, darunter das damalige JN – Bundesvorstandsmitglied Thorsten Crämer, zugleich nordrhein – westfälischer JN – Landesvorsitzender und Beisitzer des NPD – Landesvorstandes, anlässlich einer Gedenkveranstaltung am Mahnmal der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Kemna die Teilnehmer an, beworfen sie mit Steinen und schlugen mit Schlagstöcken auf sie ein. Drei der Täter wurden zu jeweils sieben Monaten Jugendhaft verurteilt wobei die Haftstrafe in zweiter Instanz auf Bewährung ausgesetzt wurde und die Täter zu Ableistung von 200 Stunden Sozialdienst verpflichtet wurden.
- Am 4. August 2000 versuchte ein damaliger NPD – Funktionär ein leerstehendes, von Obdachlosen genutztes Haus in Wismar in Brand zu stecken. Er legte ein Geständnis ab und gab als Motiv an, die im Objekt hausenden Obdachlosen sollten arbeiten gehen ...¹⁰¹

Abschließend ist zur NPD noch zu sagen, daß die Partei als Wahlpartei nur eine geringe Bedeutung hat, jedoch ist sie durch ihre Medienpräsenz ein Forum, das Jugendliche aus der rechten Szene beeinflußt und in ihren Überzeugungen bestärkt. Mit dem Schlagwort „Kampf um die Straße“ organisiert sie immer wieder Aufmärsche, die Jugendliche nutzen um ihre aufgestauten Aggressionen abzubauen und um ihrer Gewalt freien Lauf zu lassen.

¹⁰¹ siehe Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 62

3.2.1.3. Junge Nationaldemokraten (JN)

gegründet:	1969
Bundesgeschäftsstelle:	Riesa (Sachsen)
Bundsvorsitzender:	Sascha Roßmüller
Mitglieder:	ca. 500 (1999: 350)
Publikationen:	„Der Aktivist“ Auflage 1000, unregelmäßig letztmals 1999

Als einzige rechtsextreme Partei verfügt die NPD über eine zahlenmäßig relevante Jugendorganisation. Die JN sind laut Satzung der NPD integraler Bestandteil der Partei, wobei der JN – Vorsitzende zugleich Mitglied des NPD – Parteivorstandes ist. Die JN will der Mutterpartei weltanschaulich geschulten und charakterlich gefestigten Führungsnachwuchs liefern und die NPD zum politischen Willensträger der deutschen Nation erheben. Die JN verstehen sich als nationalistische und sozialrevolutionäre Jugendbewegung, die die entwurzelte Jugend Deutschlands wieder an ihr Volk und ihr Vaterland bindet und ihr eine Vision des Kommenden gibt, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Oberstes Ziel der JN ist die Volksgemeinschaft. Die JN bedienen sich einer aggressiven Diktion, wobei Begriffe wie „Mobilmachung“, „Einberufungsbefehl“ und „politische Soldaten der Arbeit“ verwendet werden. So zum Beispiel werden JN Mitglieder sowie Anwärter zu einer Tagung eingeladen, die unter der Überschrift „Mobilmachung“ steht.¹⁰²

Angesichts der Verbotsdiskussion der NPD sind die JN bestrebt, die Ausweitung des nationalen Widerstandes hin zu einer kontinental – nationalistischen Aktionsfront zu forcieren. Jeder Nationalist sei aufgerufen sich mit einzureihen und dafür Sorge zu tragen, daß Europa den Internationalisten entrissen werde. Die JN nehmen somit auch an Werbeaktionen der NPD teil und verteilen vor allem Werbematerial der Mutterpartei. Auf dem Bundeskongreß vom 5. Februar 2000 in Straßenhausen bei Neuwied (Rheinland – Pfalz) wurde Roßmüller in seinem Amt bestätigt.

Erwähnenswert ist noch, daß die JN den „7. Europäischen Kongreß der Jugend“ veranstaltet hat, der am 28. Oktober in Dreisen (Rheinland – Pfalz) stattfand, wobei Gäste aus mehreren

¹⁰² siehe bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 63

Staaten teilnahmen. Es wohnten ca. 300 Personen der Veranstaltung bei, wobei diese Zahl bei weiten nicht an die Teilnehmerzahl von 1999 (ca. 500) heran reichte.¹⁰³

¹⁰³ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 64

3.2.2 Deutsche Volksunion (DVU)

gegründet:	1987
Sitz:	München
Bundsvorsitzender:	Dr. Gerhard Frey
Mitglieder:	17.000 (1999: 17.000)
Publikationen:	„National – Zeitung / Deutsche Wochenzeitung“ (NZ), Auflage 45.000, wöchentlich

Die DVU ist die mitgliedstärkste Partei im rechtsextremen Spektrum und wird von ihrem Gründer, dem Verleger Dr. Gerhard Frey autokratisch geführt. In letzterer Zeit mußte sich Frey zunehmend mit parteiinterner Opposition auseinandersetzen.

3.2.2.1. Zielsetzung und Methode:

Die DVU weist verfassungsfeindliche Bestrebungen auf, die auf einem übersteigerten Nationalismus aufbauen. Schwerpunkte in der Themenauswahl bilden „Fremdenfeindlichkeit“, „Antisemitismus“ und „Revisionismus“. Ausländer und Juden werden als antideutsche Feindbilder dargestellt. In der Hetze gegen die Feindbilder der DVU spielt die NZ eine große Rolle. So werden in ihr beispielsweise Themen wie Asylpolitik und Ausländerkriminalität in einseitiger und verzerrender Weise behandelt. Einen weiteren Schwerpunkt der Zeitung bilden Themen, die eine tendenziöse Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit ermöglichen sollen.

Die Fülle an Beiträgen nach traditionell rechtsextremistischen Agitationsmustern belegt, daß es nicht um die Lösung von Problemen oder um die demokratische Auseinandersetzung geht, sondern daß Pauschalisierungen und Herabwürdigungen eindeutig zu Angriffen auf wesentliche Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung dienen sollen.¹⁰⁴

Man versucht zu Verallgemeinern und die Gesamtheit der in Deutschland lebenden Ausländer zu kriminalisieren. Dadurch werden bewußt Vorurteile innerhalb der Gesellschaft geschürt und der Eindruck vermittelt, daß Ausländer eine Bedrohung für den Bestand und die Sicherheit des deutschen Volkes darstellen. Beim Thema Ausländerpolitik benutzt die DVU

¹⁰⁴ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 65 - 66

das Schreckgespenst einer drohenden „Umvolkung“ der Deutschen: *„Der nächste Akt des Dramas ist die irreparable Umvolkung des deutschen Volkes. Wer sich der Entdeutschung Deutschlands, sei es auch mit ausschließlich demokratischen und rechtsstaatlichen Argumenten entgegenstellt, wird zum „Verfassungsfeind“ und „Ausländerfeind“ gestempelt“.*¹⁰⁵

Mit Überschriften wie „Ersetzen Ausländer die Deutschen“ will die DVU Abwehrinstinkte wecken und versucht Überfremdungsängste zu schüren. Die Agitation der Partei zielt darauf ab, die unantastbaren Grundsätze der Menschenwürde und des Gleichheitssatzes für den ausländischen Teil der Bevölkerung einzuschränken und auszuhölen.

Meist unterschwellig, teilweise aber auch kaum verhohlen zeigt die DVU einen für Rechtsextremisten typischen Antisemitismus. In der Wochenzeitung unterstellte die DVU, daß das deutsche Volk besonders durch die Juden auf die NS – Vergangenheit festgelegt werde und somit verhindert werde, daß Deutschland ein gleichberechtigtes Mitglied in der Völkergemeinschaft wird. Weiters wird versucht der Eindruck zu vermitteln, daß das Judentum versuche, ein weltweites wirtschaftliches und politisches Machtkartell aufzubauen.¹⁰⁶

Weitere Artikel dienen der Stimmungsmache gegen Repräsentanten jüdischer Institutionen, zum Beispiel gegen den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland. So wurde unter der Schlagzeile „Wir können es nicht mehr hören, Herr Spiegel!“ eine Äußerung des Zentralratspräsidenten kritisiert: *„Auf die Idee, daß der zunehmende Widerwillen in Sachen Bewältigung mit einer Überdosis an verordneter Beschäftigung mit diesem Thema zusammenhängt, scheint Spiegel nicht zu kommen. Jede Überfütterung führt irgendwann zu Ekel und Erbrechen. Weniger ist oft mehr – und mehr und mehr und mehr führt zu weniger!“*¹⁰⁷

Dem Vizepräsidenten des Zentralrates wurde anlässlich seiner Ausführungen auf der Gründungsveranstaltung des „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ vorgeworfen: *„Michel Friedmann nutzte die Gelegenheit, um wieder einmal für ein multikulturelles Deutschland zu werben. Zuwanderung sei „der Sauerstoff für diese*

¹⁰⁵ zitiert aus NZ Nr. 19 2000, Seite 3 ff., in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 66

¹⁰⁶ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 67

¹⁰⁷ zitiert aus NZ Nr. 22 / 2000 Seite 5, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 68

Gesellschaft“. Die Überfremdung Deutschlands scheint Friedmann, Abkömmling einer polnisch – jüdischen Familie aus Galizien, ein Herzensanliegen zu sein.“¹⁰⁸

Weiters wurden in der NZ unzählige male gegen die Planung und Errichtung von Holocaust – Mahnmalen agiert. Sie wurden als Symbole einer angeblichen einseitigen Vergangenheitsbewältigung dargestellt. Weiters wurde unterstellt, daß durch die Errichtung der Mahnmale versucht werde, dem deutschen Volk auf Dauer eine Kollektivhaftung aufzubürden: *„Dauerankläger fiebern geradezu der Errichtung eines weiteren Schuldkomplexes in der deutschen Hauptstadt entgegen. Die Gedenkstättenlandschaft in Berlin, die die einzigartige und unvergängliche deutsche Schuld ins Bewußtsein rufen und deren Krönung das monströse Holocaust – Mahnmal sein soll, wird mit dem Neubau einer Topographie des Terrors in Berlin – Mitte bereichert. Geld spielt dabei offenbar die geringste Rolle!“¹⁰⁹*

Weiters ist die DVU um eine Relativierung und Infragestellung des Holocausts bemüht. Man versucht vor allem das Ausmaß des Holocausts zu relativieren, in dem man Zweifel an der Höhe der Opferzahlen weckt. Beiträge in der NZ stellen die Glaubwürdigkeit historischer Berichte grundlegend in Frage und leugnen so indirekt in strafrechtlich nicht faßbarer Weise die gesamte Judenverfolgung. Laut NZ würden falsche Meinungen zum historischen Geschehen deutscher Massenmorde an Juden zu anderen NS – Verbrechen kriminalisiert. Im Zusammenhang mit der Zahl der Opfer nationalsozialistischer Verbrechen erklärte die NZ wiederholt: *„Nun ist es kaum bestreitbar, daß Angaben über die in Auschwitz zu Tode gekommenen beziehungsweise ermordeten Juden von einstmals 8 auf 6, 5, 4, 3 dann 1,5 Millionen und schließlich auf 500.000 reduziert wurden. So schrecklich immer die letztgenannte Zahl ist, so wird doch niemand bestreiten können, daß es sich um 6% der Erstziffer handelt“.¹¹⁰*

Weiters ist zu sagen, daß die DVU formal nicht die vom nationalsozialistischen Deutschland verübten Verbrechen leugnet, doch aber deren Einzigartigkeit abstreitet, in dem sie immer wieder Sünden anderer Völker ins Spiel bringt; so zum Beispiel den Indianermord in den USA und der Gleichen. Vordergründig distanziert sich die Partei vom Nationalsozialismus, jedoch gibt es Mitglieder und Funktionäre, die diesem Gedankengut nachhängen. Auch

¹⁰⁸ zitiert aus NZ Nr. 23 / 2000, Seite 1, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000 Seite 68

¹⁰⁹ zitiert aus NZ Nr. 11 / 2000, Seite 7, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 68

¹¹⁰ zitiert aus NZ Nr. 39 / 2000, Seite 13, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 69

glorifiziert die DVU die Wehrmacht, was immer wieder in der NZ zum Ausdruck kommt. Dies zeigt die seit Februar 1999 wöchentlich in der NZ erscheinende Serie mit dem Titel „Große deutsche Soldaten – Unsterbliche Helden“.

Eine weitere Dauerkampagne Frey`s ist die Relativierung der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Daraus resultierend wird des öfteren Kritik an den „überhöhten“ und „nicht mehr zeitgemäßen“ Entschädigungsforderungen von Juden und anderen Personengruppen geübt. In der NZ kritisiert die DVU die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Vertretern der Opfer, wobei immer wieder die fehlende Entschädigung für an Deutschen ergangenes Unrecht zur Sprache gebracht wird; so heißt es zum Beispiel: *„So kann die Deutsche Seite immer wieder das große Glück genießen, an den Pranger gestellt zu werden und zu zahlen. Und zwar von unseren besten Freunden in der westlichen Wertegemeinschaft. Unsere mehr als 6 Millionen durch den Holocaust des Lufterrors, der Massenvertreibung und der alliierten Straflager umgebrachten Landsleute auch nur zu erwähnen, geschweige denn für sie Entschuldigung, Entschädigung und Wiedergutmachung zu verlangen, wäre unfein, ja, Aufrechnung.“*¹¹¹

Weiters wird der demokratische Rechtsstaat immer wieder von der NZ und somit von der DVU massiv angegriffen. Maßlose Polemik und diffamierende Hetze sollen das Ansehen von Institutionen und Personen beschädigen und damit das Vertrauen des Staatsbürgers in die Werteordnung des Grundgesetzes erschüttern. Laut DVU beharrten demokratische Politiker aus machttaktischen Gründen auf einer Kollektivschuld der Deutschen an der Massenvernichtung der Juden. Dies habe den Zweck das Volk zu demoralisieren und es dadurch leichter regierbar zu machen.

*„Aus der moralisch gebotenen wie wohl auch politisch erforderlichen Verneigung vor jüdischen Opfern, die in der früheren Bundesrepublik üblich war, ist nach der Phase von Kotau und Kniefall inzwischen die krasse Kriecherei geworden. ...Ein Volk, das wegen Verbrechen eines längst verflossenen Regimes den Gummischlauch statt Rückgrat im Kreuz hat, ist für gegenwärtige Machthaber biegsamer.“*¹¹²

In Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpolitik wurden Bundesregierung und Bundestagsparteien scharf angegriffen: *„Die etablierte Politik ist am Ende ... Außer*

¹¹¹ zitiert aus NZ Nr. 31 / 2000, Seite 5, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 70

Korruption und Skandale haben Etablierte weiterhin nichts zu bieten. ... Das ganze Chaos wird zusätzlich strapaziert mit Überfremdung, Ausuferung der Kriminalität, Verkehrung traditioneller Werte, Nationalmasochismus usw. Die Zukunft des Deutschen Volkes hängt am seidenen Faden. Alle, aber auch wirklich alle fundamentalen Lebensfragen unseres Volkes wurden von den Bundestagsparteien nicht nur sträflich vernachlässigt, sondern verraten.“¹¹³

Auch die Diskussion über einen Verbotsantrag gegen die NPD wurde von Seiten der DVU dazu ausgenutzt um Angriffe gegen den Rechtsstaat zu starten. Politiker, Parteien, Geheimdienste und die Medien wurden für die Häufung rechtsextremistischer Straftaten verantwortlich gemacht und ihnen eine Haßpropaganda nachgesagt. So heißt es in der NZ: *„Diese systematische Erziehung zur Gewalt haben nicht die rechten Parteien zu verantworten, sondern die in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung regierenden Parteien ... Die täglichen Meldungen über jeden Zwischenfall, den man „Rechten“ anlastet, werden wahrscheinlich hunderte Nachahmungstäter animieren.“¹¹⁴*

3.2.2.2 Organisation und Entwicklung

Die DVU ist in 16 Landesverbände untergliedert und verfügt bis auf das Saarland in allen Ländern zumindest formell über Kreisverbände. Die Stellung der von Dr. Gerhard Frey läßt weder dem Bundesvorstand noch den Landes- und Kreisverbänden Raum für eigene Initiativen und selbständige politische Arbeit.

1999 im Herbst gab es jedoch einen Streit zwischen Frey und dem DVU – Landesvorsitzenden von Schleswig – Holstein Prof. Dr. Dr. Klaus Sojka über eine Teilnahme der DVU an der Landtagswahl in Schleswig – Holstein. Um einen Autoritätsverlust Freys entgegen zu wirken, führte die DVU abweichend von ihrem normalen Zweijahresrhythmus am 12. Februar 2000 einen Bundesparteitag mit Vorstandsneuwahlen durch. Dieser Parteitag hatte das Ergebnis, daß Frey mit 98, 9% bestätigt wurde und Sojka nicht mehr in den Bundesvorstand gewählt wurde. Somit hatte sich Frey seines Kritikers entledigt.

In der ersten Jahreshälfte 2000 organisierte die DVU sechs Saalveranstaltungen mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern. Diese Saalveranstaltungen hatten den Zweck die DVU

¹¹² zitiert aus NZ Nr. 9 / 2000, Seite 3, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 71

¹¹³ zitiert aus NZ Nr. 12 / 2000, Seite 5, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 71

¹¹⁴ zitiert aus NZ Nr. 33 / 2000, Seite 2, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 71

Mitglieder und Anhänger enger um den Bundesvorsitzenden zu scharen. Die größte derartige Saalveranstaltung war die alljährliche Großkundgebung in der Passauer Niebelungenhalle die am 23. September 2000 unter dem Motto „Recht und Freiheit für das deutsche Volk“ stattfand. Dieses Treffen wurde von 2.500 Gästen besucht, darunter auch Teilnehmer aus dem Ausland.

In Sachsen – Anhalt gipfelte der bereits 1999 eingeleitete Zerfallsprozeß Ende Jänner 2000 in der Spaltung. Neben den verbliebenen Frey – treuen Fraktion unter der neuen Bezeichnung „DVU – Freiheitliche Liste“ schlossen sich die in Opposition zu Frey stehenden Mitglieder zur Fraktion der „Freiheitlichen Demokratischen Volkspartei“ (FDVP) zusammen, diese in der FPÖ ihr Vorbild sieht. Die Instabilität auch dieser Fraktion wurde bereits Ende Juli durch den Austritt von 2 Abgeordneten, die zur DVU – Fraktion zurückkehrten, deutlich.¹¹⁵

Die DVU – Fraktion im Landtag von Brandenburg blieb von internen Querelen verschont, doch leitete ein Potsdamer Staatsanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Untreue in der Fraktion ein. Daraufhin kam es bei drei der fünf Fraktionsmitglieder im Juni 2000 zu Haus- beziehungsweise Bürodurchsuchungen. Bei den Landtagswahlen in Schleswig – Holstein und in Nordrhein – Westfalen entschied sich Frey aufgrund von mangelnden Erfolgsaussichten und der angespannten finanziellen Lage gegen eine Wahlteilnahme.¹¹⁶

¹¹⁵ siehe Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 72 - 73

3.2.3. Die Republikaner (REP)

gegründet:	1983
Sitz:	Berlin
Bundsvorsitzender:	Dr. Rudolf Schlierer
Publikation:	„Der Republikaner“ 20.000 monatlich
Unterorganisationen:	„Republikanische Jugend“ (RJ) „Republikanischer Bund der öffentlichen Bediensteten“ „Republikanischer Bund der Frauen“ „Republikanischer Hochschulverband“

3.2.3.1. Zielsetzung

Die Partei weist weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen auf. Nicht jedes einzelne Mitglied verfolgt verfassungsfeindliche Ziele, doch machen einflußreiche Gruppen und Funktionäre der Republikaner keinen Hehl aus ihrer Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Aussagen der Republikaner beschränken sich nicht auf demokratische Kritik an gesellschaftlichen oder politischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland, sondern sie attackieren vielmehr den Kernbestand der Deutschen Verfassung.

Dies wird deutlich, wenn sich die Partei in fremdenfeindlicher Weise äußert, Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert oder gegen das Demokratieprinzip agiert. Im Vergleich zu den Vorjahren haben die Aussagen der Partei an Schärfe verloren, was auf die zunehmende Rechtsextremismuskritik zurückzuführen ist, jedoch lassen sich immer noch typische Muster der rechtsextremistischen Argumentation feststellen.¹¹⁷

Es zeigt sich die Ablehnung des im Grundgesetz enthaltenen Gleichheitsgrundsatzes, wenn die Republikaner in fremdenfeindlicher Zielrichtung gegen Toleranz und Minderheitenschutz agieren. So behauptete die sächsische Landesvorsitzende Kerstin Lorenz, daß das deutsche Volk zielgerichtet unterwandert würde und durch Menschen anderer Völker ersetzt würde. Sie meinte dazu: *„Die Fremden wurden freundlich empfangen, sie konnten sich ansiedeln und im Laufe der Zeit haben die Einwanderer das Land übernommen und die Urbevölkerung*

¹¹⁶ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 73

ausgerottet beziehungsweise die wenigen Überlebenden in Reservate gesteckt. ... Die Entwicklung in Deutschland geht auch in diese Richtung. Wie anders ist es zu erklären, daß immer öfter ein farbiger Mensch Mister Deutschland wird, die beste deutsche Nachwuchssängerin eine farbige ist, immer mehr Moderatoren Farbige sind, im Bundestag schon jetzt Türken sitzen, mancher Oberbürgermeister ein Türke ist und selbst auf Plakaten Farbige als typisch Deutsch gezeigt werden. Der Bürger merkt leider nicht, daß wir weißen Deutschen bald Exoten im eigenen Land sein werden!“¹¹⁸

Weiters werden Ausländer pauschal für soziale Mißstände in der Gesellschaft verantwortlich gemacht. Dazu wird von den Republikanern gesagt, daß Ausländer Deutschland immer noch für das Sozialamt der Welt hielten, während den deutschen Beitragszahlern die Renten gekürzt und medizinische Leistungen verweigert würden.¹¹⁹

Die Republikaner billigen vor allem den farbigen Mitbürgern nicht die gleichen Rechte zu. Darüber hinaus offenbaren die Republikaner ein rassenorientiertes und nicht politisch begründetes Verständnis des deutschen Staatsvolkes. Damit einher geht die Grundsätzliche Diskriminierung fremder Völker und Ethnien, vor allem jener die nicht aus dem mitteleuropäischen Raum stammen. Ein weiteres Ziel der Republikaner sind die islamischen Religionsgemeinschaften. Ihren hier lebenden Vertretern sprechen sie generell die Integrationswilligkeit in die deutsche Gesellschaft ab: *„Seit Jahren entwickelt sich der islamische Fundamentalismus zur größten Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland... und niemand begreift diese Entwicklung als den Beginn der Zerstörung des christlichen Abendlandes. ... Allein in Duisburg gibt es mittlerweile 37 islamische Gotteshäuser. Dort und in vielen anderen Orten wie Dortmund, Siegen usw. erschallt der Ruf des Muezzins zum Gebet. Und es ist kein Ruf des Friedens.“¹²⁰*

Gerade in der heutigen Zeit sind derartige Äußerungen sehr gefährlich, da in den Köpfen der Menschen die Terroranschläge aus den USA fest verankert sind und es zur Meinungsbildung kommen kann, daß ein jeder Moslem ein Terrorist ist. Mit derartigen Äußerungen wird zusätzlicher Haß geschürt und rechte Schläger haben ein Feindbild, das sie Angreifen können

¹¹⁷ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 74 - 75

¹¹⁸ zitiert aus einem Beitrag im Forum der Homepage des REP – Landesverbandes Sachsen vom 12. März 2000 in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 75

¹¹⁹ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 75 - 76

¹²⁰ zitiert aus einer Publikation der Republikaner in Garbsen mit dem Titel „Morgenland contra Abendland“ Seite 1, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 76

und dafür oft auch in normalen Gesellschaftsschichten auf Zustimmung stoßen. Weiters ist zu sagen, daß die Republikaner gleich wie die DVU revisionistische Tendenzen verfolgen. Es werden nationalsozialistische Verbrechen relativiert und historische Tatsachen verzerrt, wobei auch die Republikaner versuchen Taten anderer Staaten ins Spiel zu bringen und dadurch die nationalistischen Verbrechen relativieren.

Zum Thema der Entschädigungszahlungen für Opfer des Nationalsozialismus vertreten die Republikaner den Standpunkt, daß auch die Deutschen Zwangsarbeiter entschädigt werden müßten. Der Bundesvorsitzende Schlierer fordert: *„Es ist an der Zeit, diese Leistungen Deutschlands zu bilanzieren und die Gegenrechnung zu machen, anstatt sich fortwährend moralischen Erpressungen zu beugen.“*¹²¹

Die Republikaner versuchen systematisch führenden Vertretern des parlamentarischen Verfassungsstaates zu verleumden und zu verdächtigen. Damit versuchen sie das Vertrauen der Bürger in die Funktionsfähigkeit des Mehrparteiensystems zu erschüttern und damit die Werteordnung des Grundgesetzes zu untergraben. Dementsprechend warfen die Republikaner den Altparteien pauschal Filz, Skandale und Korruption vor und erklärten darüber hinaus: *„Während sich unsere Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker in immer unverschämterer Weise selbst bedienen ... wird das deutsche Volk zunehmend ins Elend gestürzt.“*¹²²

Neben dem Vorwurf mangelnder Integrität suggerieren die Republikaner, die politischen Rappäsentanten dienten entgegen ihrem Eid nicht den Interessen des deutschen Volkes, sondern ordneten sich fremden Vorgaben unter. Deutschland wäre zu einem ferngesteuerten Vasallenstaat von Amerikas Juden verkommen; der niedersächsische Landesvorsitzende Peter Lauer dazu wörtlich: *„Es widert an, wenn man sieht, wie der einstige Straßenkämpfer Fischer die Außenministerin des großen Bruders USA umschleimt ... und die Bundeswehr zu einer Söldnertruppe der USA verkommt.“*¹²³

¹²¹ zitiert aus Pressemitteilung des REP – Bundesverbandes Nr. 39 / 2000 vom 24. März 2000, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 78

¹²² zitiert aus einem Flugblatt des Landesverbandes Sachsen mit dem Titel „Bürger wacht auf ehe es zu spät ist“, aus Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 78

¹²³ zitiert aus Pressemitteilung des Landesverbandes Niedersachsen Nr. 12 vom 8. März 2000, in Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 78

3.2.3.2. Organisation und Entwicklung

Die Republikaner haben seit drei Jahren mit einem Mitgliederrückgang zu kämpfen und so hat die Partei auch im Jahr 2000 circa 1.000 Mitglieder verloren. Vor allem im Osten ist die Parteistruktur sehr schwach, die Partei verfügt dort über lediglich 1.100 Mitglieder. In der Öffentlichkeit trat die Partei nur wenig in Erscheinung und bei den wenigen Veranstaltungen war die Teilnehmerzahl rückläufig. Der anhaltende Abwärtstrend ist damit zu erklären, daß die Partei einen Abgrenzungskurs von anderen rechtsextremen Organisationen verfolgt. Gerade im Osten stellt dies ein Problem dar, da der dortigen Zielgruppe der Kurs der Partei zu gemäßigt ist. Dadurch kam es innerhalb der Partei zu Querelen; der Parteivorsitzende Dr. Rolf Schlierer wird für die Wahlniederlagen von 1998 – 1999 verantwortlich gemacht.

Daraufhin versuchte die parteiinterne Opposition um den Generalsekretär des REP – Landesverbandes Hessen Gottfried Burischek einen Rücktritt Schlierers zu erzwingen. Am 19. / 20. Februar 2000 veranstalteten die Republikaner in Leipzig eine Strategiekonferenz, bei der eine Zusammenarbeit mit dem „Bund Freier Bürger“ (BFB) beschlossen wurde. Durch diesen Schritt gelang es Schlierer seine Kritiker zu beschwichtigen und eine neue politische Perspektive zu eröffnen.

Jedoch lehnte der Bundesvorstand erneut eine Zusammenarbeit mit Vertretern der „extremen Rechten“ ab, wobei der Abgrenzungsbeschuß nicht nur für die NPD und die DVU gilt, sondern auch für den rechtsextremen Liedermacher Frank Rennike und den Mitherausgeber der rechtsextremen Publikation „Nation und Europa – Deutsche Monatshefte“ Harald Neubauer.¹²⁴

Trotz dieses Abgrenzungsbeschlusses, der bereits im Juli 1990 verfaßt wurde wirken viele Mitglieder der Republikaner mit anderen Rechtsextremisten zusammen:

- Im Januar 2000 teilte der damalige NPD – Landesvorsitzende von Schleswig – Holstein Ingo Stawitz mit, daß die NPD für den Wahlkampf 2000 insbesondere Spenden und Hilfe von den Republikanern erhalten habe.

¹²⁴ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 79 - 80

- Nach einer Pressemitteilung der NPD sprach der damalige stellvertretende REP – Landesvorsitzende von Schleswig – Holstein am 23. Januar 2000 anlässlich einer NPD Wahlveranstaltung ein Grußwort, das mit großem Beifall aufgenommen worden sei. Weiters heißt es in der Pressemitteilung, die entscheidenden REP – Funktionäre in Schleswig – Holstein ermunterten ihre Mitglieder die NPD zu wählen.

- Laut dem Republikanischen Parteiorgan „Der Republikaner“ bestehen freundschaftliche Kontakte zwischen der „Republikanischen Jugend“ (RJ) und dem belgischen „Vlaams Blok Jongeren“ (VBJ), der Jugendorganisation des rechtsextremistischen „Vlaams Block“ (VB). Drei Vorstandsmitglieder der VBJ hätten den Deutschlandtag der „Republikanischen Jugend“ besucht.

- Die NPD – Publikation „Sachsen Stimme“ berichtet in ihrer Ausgabe vom Mai / Juni 2000, daß anlässlich einer Gedenkveranstaltung der NPD am 13. Februar 2000 in Dresden unter anderem ein Republikanischer Kreisvorsitzender als Redner Aufgetreten sei.

- Der Republikanische Kreisverband Mettmann hat den früheren Republikanischen Bundesvorsitzenden und Protagonisten einer „Vereinigten Rechten“ Franz Schönhuber zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

- Das NPD – Parteiorgan „Deutsche Stimme“ berichtet in seiner Juni – Ausgabe, daß Schönhuber am 7. Mai in Mainz – Kastel als Gastredner beim Landesjugendkongreß der „Republikanischen Jugend“ Hessen aufgetreten sei. Der Hessische Republikanische Jugend – Landesvorsitzende Andreas Lehmann habe geäußert, ohne die Zusammenarbeit mit den „Jungen Nationaldemokraten“ und den „Freien Nationalisten“, wäre ein wirksamer Protest gegen die Anti – Wehrmachtsausstellung Kampagne in Kassel nicht zustande gekommen.

- Die rechtsextremistische Zeitschrift „Nation & Europa“ berichtete in ihrer Ausgabe vom Juni 2000, in Darmstadt – Dieburg wie auch anderswo gebe es zwischen Republikanern und NPD konstruktive Kontakte zur Bildung einer gemeinsamen Liste für die Kommunalwahlen in Hessen im Frühjahr 2001. Auch im Republikanischen

Landesverband Rheinland – Pfalz würden sich derzeit ähnliche Einigungstendenzen entwickeln.

- Der hessische Republikanische Landesjugendvorsitzende Andreas Lehmann ist seit Juli 2000 Redaktionsmitglied des rechtsextremistischen Strategie- und Theorieorgans „Nation & Europa“, das unter anderem ein Zusammenwirken des Zersplitterten rechtsextremistischen Parteienlagers fordert.
- Das seit dem 9. Mai 1999 von der Republikanischen Bundesführung verhängte Auftrittsverbot für den Mitherausgeber von „Nation & Europa“ und früheren REP – Generalsekretär Harald Neubauer wurde unterlaufen. So nahm Neubauer am 23. Oktober 2000 auf Einladung der REP – Stadtverordnetenfraktion Mainz an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Tollhaus EU! – Österreich raus, Türkei rein? Wie demokratisch ist das sozialistische Europa?“ teil. Eingeladen waren außerdem REP – Funktionär Burischek und der Fraktionsvorsitzende des belgischen „Vlaams Block“ Wim Verreycken.¹²⁵

Die Republikaner beteiligten sich im Jahr 2000 lediglich an den Landtagswahlen in Nordrhein – Westfalen am 14. Mai. Sie erzielten lediglich 1,1% der Zweitstimmen (1995: 0,8%) und blieben damit ohne Bedeutung

¹²⁵ Aufzählung übernommen aus Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 80 - 82

3.2.4. Rechtsextremistische Kleinparteien und Wählervereinigungen

3.2.4.1. Freiheitliche Deutsche Volkspartei

Am 15. Februar 2000 gegründeten überwiegend frühere Funktionäre der DVU in Oschersleben die „Freiheitliche Deutsche Volkspartei“ (FDVP). Sie hat lediglich Landesverbände in Sachsen – Anhalt und Thüringen. Die Mitgliederzahl liegt deutlich unter 200. Den Bundesvorsitz hat Claudia Weichmann inne.¹²⁶

3.2.4.2. Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland

Die Partei wurde 1997 gegründet und wird von Dr. Helmut Fleck geleitet und hat circa 150 Mitglieder und einen Unterbau von 10 Landesverbänden und diversen Kreisverbänden. Einzige Aktion war am 2. September 2000 in Siegburg (Nordrhein – Westfalen) gegen „Bildungsnotstand, Ausländerkriminalität und Drogen an deutschen Schulen“.¹²⁷

3.2.4.3. Vereinigte Rechte

Die Partei entstand 1997 und hat circa 50 Mitglieder. Viele Funktionsträger der Vereinigten Rechten stammen aus dem rechtsextremen Lager. Das Programm der Vereinigten Rechten enthält nationalistische, völkisch – kollektivistische, fremdenfeindliche und revisionistische Zielsetzungen.¹²⁸

3.2.4.4 Bund für Gesamtdeutschland

Der Bund für Gesamtdeutschland wurde 1990 gegründet und steht unter der Führung von Horst Zabovski. Die Partei hat circa 150 Mitglieder. Ein Agitationsschwerpunkt des Bund für Gesamtdeutschland war die Forderung nach Entschädigung in Höhe von 2.500 Milliarden DM für die Vertreibung von Deutschen aus ihrer Heimat.¹²⁹

¹²⁶ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 83

¹²⁷ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 83

¹²⁸ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 84

¹²⁹ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 84

Rechtsextreme Parteien versuchen nicht durch Gewalt auf sich aufmerksam zu machen, da sich dies auf die Verwirklichung ihrer Ziele kontraproduktiv auswirken würde. Allein die NPD propagiert den „Kampf um die Straße“, wobei sie vermehrt auf Jugendliche setzt. Jedoch ist Kampf hier ein Wort für Demonstrationen bei denen man versucht Gewalt außen vor zu lassen da sich durch die Anwendung von Gewalt die Öffentliche Meinung noch mehr gegen die Partei richten würde. Jedoch ist hier anzumerken, daß sich die Parteien offiziell von Gewalt distanzieren, intern jedoch wird Gewalt toleriert und im Extremfall auch propagiert. Rechtsextreme Parteien sind für Jugendliche insofern eine Gefahr, da sie mit den immer gleichen Parolen versuchen Jugendliche in ihr Spektrum zu ziehen. Jugendliche sehen oft in den rechten Parteien die Lösung ihrer Probleme wie Arbeitslosigkeit und das Fehlen an Aufstiegschancen.

Da die Parteien öffentlicher arbeiten als andere Rechtsextreme Gruppierungen bieten sie eine bessere Einstiegsmöglichkeit, besser gesagt machen Parteien besser auf sich aufmerksam und dadurch werden Jugendlichen rechtsextreme Inhalte vermittelt, die sie in die Szene treiben können. Rechtsextreme Gruppierungen, wie die vormals genannten, agieren weit mehr im Untergrund und rekrutieren Mitglieder, denen sich die rechte Gesinnung erst eintrichtern. In diesen Gruppierungen ist die Gewaltbereitschaft bereits sehr hoch und Gruppentreffen und andere Veranstaltungen an denen die Gruppe teilnimmt dienen oftmals als Ausgangspunkt für Streifzüge, bei denen es oftmals zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt.

Diese Gruppierungen bewegen sich meist am Rande der Legalität und meiden dadurch die Öffentlichkeitsarbeit, im Gegensatz zu den rechtsextremen Parteien. Die Nutzung der Medien werde ich im folgenden erläutern und versuchen deren Bedeutung für die Szene offenzulegen.

4. Agitations- und Kommunikationsmedien

Die Zahl der periodischen rechtsextremistischen Publikationen erhöhte sich im Jahr 2000 von 116 auf 122. Sie hatten eine Gesamtauflage von rund 5,3 Millionen (1999: 6,5 Millionen). 50 Publikationen erschienen mindesten vier mal im Jahr.¹³⁰

4.1. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste

Im rechtsextremen Lager bestehen neben den an Parteien und Organisationen gebundenen Verlagen und Vertriebsdiensten auch 45 (1999: 44) eigenständige und organisationsunabhängige Unternehmen. Sie vertreiben Bücher, Publikationsorgane, Tonträger und Videos, die die rechtsextreme Ideologie propagieren. In den letzten Jahren wurden vermehrt auch Gemälde, Kalender, Kleidung und Schmuck mit einschlägiger Symbolik in das Verkaufsprogramm aufgenommen. Alle Produkte in diesem Angebot dienen der Entwicklung einer politischen Gegenkultur, aber auch finanziellen Interessen der Anbieter.

Diese organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste verfügen über keine einheitliche Struktur: Neben wenigen größeren Unternehmen mit einem breiten Buch- und Zeitschriftenprogramm gibt es kleinere Unternehmen mit einem eingeschränkten oder spezialisierten Angebot. Zwischen den Verlagen und Vertriebsdiensten besteht gleichermaßen ein Konkurrenz- wie ein Kooperationsverhältnis: Einerseits wird mit ähnlichen oder gleichen Produkten um eine bestimmte Kundschaft geworben, andererseits gibt es einen gegenseitigen Austausch von Prospektmaterial. Dieses wird den Sendungen beigelegt und ermöglicht es, die Angebote anderer Verlage über den eigenen Versand zu vertreiben. Eine solche Zusammenarbeit ist primär wirtschaftlich bedingt.

Zu den größeren organisationsunabhängigen Verlagen, die seit Jahrzehnten einen festen Platz im rechtsextremen Bereich haben gehören der „Arndt – Verlag“ (Kiel), der „Grabert – Verlag“ (Tübingen) und die „Verlagsgesellschaft Berg“ (Berg am Starnberger See).¹³¹

¹³⁰ Daten entnommen aus Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 98

¹³¹ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 98

4.1.1. Der Arndt – Verlag:

Er veröffentlicht als eigene Bücher insbesondere kulturkritische Schriften und revisionistische Werke. Beispiele dafür sind die Bücher „Tollhaus Deutschland“ des verstorbenen Publizisten Gustav Sichelschmid und „Göring. Eine Biographie“ des britischen Revisionisten David Irving. Der Verlag zielt insbesondere auf das Interesse von Vertriebenen, das er mit den Schwerpunkten „Heimat im Bild und Buch“ und „Flucht und Vertreibung“ zu wecken versucht. Dem Unternehmen zugeordnet wird auch der Verlag „Pour le Merite“, der auch Bücher von nicht rechtsextremistischen Autoren veröffentlicht, welche aber einem rechtsextremistischen Diskurs dienen sollen. Neben Büchern gehören auch Gemälde, Schmuck und Waffen – Repliken zum Angebot des Verlags.¹³²

4.1.2. Der Grabert – Verlag:

Dieser Verlag beschränkt sich auf das Vertreiben von Büchern und Publikationsorganen. Hierzu gehören die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ mit Grundsatzbeiträgen zu tagespolitischen und zeitgeschichtlichen Themen und das zweimonatlich erscheinende Infoblatt „Euro Kurier“ mit Kurzkomentaren und Verlagsmitteilungen. Das Buchprogramm umfaßt insbesondere revisionistische Titel zur Leugnung der Kriegsschuld, wie zum Beispiel den Band „Der erzwungene Krieg“ des verstorbenen US – Revisionisten David L. Hoggan oder als neueres Werk „Die Wurzeln des Unheils“ von Hans – Henning Bieg. In Schwester – Unternehmen, wie dem „Hohenrain – Verlag“, erscheinen Bücher zu aktuellen Themen wie zur Einführung des Euro, den Folgen der Globalisierung, den Gefahren einer multikulturellen Gesellschaft oder den Hintergründen des Kosovo – Krieges. Damit sollen auch nicht – rechtsextreme Leser angesprochen und so der Wirkungs- und Kundenkreis des Verlags erweitert werden.¹³³

4.1.3. Verlagsgesellschaft Berg (VGB):

Diese Verlagsgesellschaft ist ein Zusammenschluß der früheren Unternehmen „Druffel“, „Türmer“ und „Vowinckel“. In ihr erschien ein Buch des ehemaligen Republikaner Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber mit dem Titel „Schluß mit dem deutschen Selbsthaß“, in dem ein Gespräch Schönhubers mit dem ehemaligen Linksterroristen und jetzigen NPD –

¹³² vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 99

Mitglied Horst Mahler dokumentiert wird. Darin wird eine klare Ablehnung des Demokratieprinzips, der Menschenrechte, der Parteidemokratie und des Pluralismus deutlich. Durch die Kombination der beiden Personen als Autoren erlangte das Buch Aufmerksamkeit über das rechtsextreme Lager hinaus. Das Verlagsprogramm der Verlagsgesellschaft Berg beschränkte sich ansonsten auf wenige revisionistisch ausgerichtete Bücher und mehrere militärhistorisch ausgerichtete Werke über Armeen und Uniformen seit dem 19. Jahrhundert. Weiters wird zweimonatlich die Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ herausgegeben, die mit populär aufgemachten Beiträgen zu historischen Themen auffällt. Insgesamt geht der Anteil an dezidiert politisch ausgerichteten Angeboten zurück. Die ebenfalls zweimonatlich in der Verlagsgemeinschaft Berg erscheinende Zeitschrift „Opposition. Magazin für Deutschland“ konnte sich als Publikationsorgan etablieren. Sie erscheint bereits im dritten Jahrgang mit einer Auflage von circa 1.300 Exemplaren. Die Zeitschrift enthält Grundsatzbeiträge und kürzere Kommentare zu tagespolitischen Fragen. Der Chefredakteur Karl Richter gehört auch der Redaktion der Zeitschrift „Nation & Europa“ an. „Opposition“ ist inhaltlich und konzeptionell eine Art Parallel – Produkt zu „Nation & Europa“, wobei zu sagen ist, daß die „Opposition“ inhaltlich weder ideologisch noch strategisch und thematisch Neues liefert.¹³⁴

4.1.4. Nation Europa Verlag (Coburg)

In diesem Verlag erscheint die Zeitschrift „Nation & Europa – Deutsche Monatshefte“ mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren. Diese Zeitschrift erscheint im 50. Jahrgang und verfügt über eine gewachsene Leserschaft, sowie über ein entsprechendes Ansehen im rechtsextremen Lager. Man sieht die Zeitschrift als bedeutsamstes rechtsextremes Strategie- und Theorieorgan an. Neben Grundsatzbeiträgen zum Tagesgeschehen enthält die Zeitschrift unter Rubriken wie „Aktuelles aus Multikultopia“ selektiv ausgewählte Nachrichten mit fremdenfeindlichen Unterton. In der Rubrik „Eurorechte im Blickpunkt“ wird über politisch Verwandte Strömungen im europäischen Ausland berichtet. In den Beiträgen werden häufig auch strategische Ratschläge gegeben, die insbesondere auf die Bündelung des zersplitterten rechtsextremen Parteienlagers abzielen. Es wird immer wieder versucht neue Handlungsoptionen für das rechtsextreme Lager aufzuzeigen. Als Stichwortgeber zu aktuellen Debatten dient auch das Buchprogramm des Verlags. Neben militärhistorischen Werken mit revisionistischen Einschlag veröffentlichte er mit dem Werk „Zwangsarbeiter. Lüge und

¹³³ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 99

¹³⁴ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 99 - 100

Wahrheit“ des früheren langjährigen Chefredakteurs Peter Dehaust ein im rechtsextremen Lager viel beachtetes Werk.¹³⁵

4.1.5. Verlag und Agentur Werner Symanek (VAWS):

Dieses Unternehmen hat sich auf den Vertrieb von Tonträgern aus dem Bereich der „Dark Wave“ Musik spezialisiert, wozu auch einige Bands mit rechtsextremistischen Hintergrund gehören. Daneben produzierte die VAWS eigene Tonträger, wie die CD´s des zeitweiligen Mitarbeiters Josef M. Klumb. Dieser spielte nach der Trennung von der Band „Weißglut“ (1999) mit der Band „Thronstahl“. Deren CD „Imperium Internum“ wird von der VAWS vertrieben. In den Liedtexten wird nicht nur ein neues Reich heraufbeschworen, sondern es werden auch zwei Divisionen der Waffen – SS verherrlicht. VAWS veröffentlichte auch Klumbs Buch „Leicht entflammbares Material“, das nicht nur Äußerungen gegen das Ethos menschlicher Fundamentalgleichheit enthält, sondern in dem auch eine antisemitische Verschwörungstheorie propagiert wird. Mit derartigen Veröffentlichungen beabsichtigt der VAWS politisierend auf die „Dark Wave“ Szene einzuwirken.¹³⁶

4.1.6. Kleinere Verlage und Vertriebsdienste:

Diese haben sich auf besondere Angebote spezialisiert. Einige Unternehmen bieten etwa Originale oder Nachdrucke von Schriften aus dem nationalsozialistischen und völkischen Lager zwischen 1918 und 1945 an. Hierzu gehören: „Uwe Berg Verlag“ (Toppenstedt), die „Roland Faksimile – Roland Versandt KG“ (Bremen) mit dem Buchdienst „Roland Antiquariat“ (früher: „Faksimile Verlag – Versandbuchhandlung“) und der „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur“. Es wird behauptet, daß damit nur selten greifbare Werke wieder der wissenschaftlichen Forschung zugänglich gemacht werden. Angesichts der politischen Ausrichtung der Unternehmen handelt es sich aber lediglich um eine Schutzbehauptung.¹³⁷

¹³⁵ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 100 - 101

¹³⁶ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 101

¹³⁷ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 101

4.1.7 Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP):

Diese 1960 gegründete Gesellschaft ist mit circa 450 Mitgliedern die größte rechtsextreme Kulturvereinigung. Ihr gehören verschiedene Verleger, Redakteure und Buchhändler sowie Autoren aus dem Rechtsextremistischen Lager an. Über diese unterhält die Gesellschaft für Freie Publizistik Kontakte zu verschiedenen rechtsextremen Organisationen und Verlagen. Die GFP gibt vor, sich für die Freiheit und Wahrheit des Wortes einzusetzen – Werte, die der freiheitliche Rechtsstaat angeblich seinen Bürgern verweigere – und vermeintlich einseitige Verzerrung der Zeitgeschichte richtigzustellen. Ihr Vorsitzender Dr. Rolf Kosiek, selbst Mitarbeiter des „Grabert – Verlags“, würdigte in seiner Eröffnungsrede zu „Deutschen Kongreß“ der GFP von 14. bis 16. April 2000 in Regensburg (Bayern) das 40 –jährige bestehen der Organisation. Auf der Veranstaltung mit dem Motto „National 2000 – Freie Völker statt Globalismus“ traten verschiedene publizistisch tätige Rechtsextremisten auf, so auch Dr. Alfred Mechttersheimer, Dr. Gert Sudhold, Karl Richter, Jürgen Schwab und Harald Neubauer.¹³⁸

4.2. Neue Kommunikationsmedien

Die Bedeutung der neuen Kommunikationsmedien für die rechtsextreme Szene zur Selbstdarstellung, Mobilisierung und Agitation hat weiter zugenommen. Während allerdings die Nutzung von Mailboxnetzen stark zurückging, gab es insbesondere im World Wide Web hohe Zuwachsraten.

4.2.1. Das Internet:

Die Rechtsextremisten suchen aufgrund einer konsequenten Verbotspraxis, bezogen auf gemeinsame Veranstaltungen, nach Ausweichmöglichkeiten. Auch wenn das Internet keinen gleichwertigen Ersatz für Demonstrationen, Konzerte und andere Veranstaltungen mit Erlebniswert darstellt, wird es verstärkt als alternative Form der Artikulation und Kommunikation genutzt.

Auch aus diesem Grund stieg die Zahl der von deutschen Rechtsextremisten betriebenen Homepages weiter von 330 (1999) auf etwa 800 (2000) an. Solche Zahlen sind jedoch starken

¹³⁸ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 101 - 102

Schwankungen ausgesetzt: Häufig wechseln die Betreiber der Homepages ihren Speicherplatz – teilweise auch unfreiwillig, wegen einer vom Provider vorgenommenen Sperrung. Neue Seiten erscheinen und verschwinden wieder nach einigen Wochen oder Monaten. Darüber hinaus ist es oft schwierig festzustellen, ob eine in deutscher Sprache verfaßte Homepage auch aus Deutschland heraus betrieben wird. Eine ganze Reihe dieser Seiten ist mit Paß- und Kennwörtern geschützt, damit nur ein vom Betreiber ausgewählter Personenkreis Einsicht in die Seiten erlangen kann. Homepages mit strafbaren Inhalten werden überwiegend über Provider, die in den USA ansässig sind, verbreitet. Deutsche Rechtsextremisten nutzen so das nahezu schrankenlose Recht auf Meinungsfreiheit, das durch das First Amendment der amerikanischen Verfassung gewährleistet wird.¹³⁹

Die bereits seit 1999 verstärkt geführte Diskussion über den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele fand auch im Internet ihren Widerhall. Einzelne rechtsextreme Internetnutzer radikalisierten ihre Aussagen. So forderte beispielsweise eine anonym Teilnehmer im Gemeinschaftsforum mehrerer rechtsextremer Internet – Homepages Ende Oktober 2000 wiederholt zum Kampf gegen die Bundesrepublik Deutschland auf. Er bemängelte, die Bewegung sei nicht radikal genug. Es bedürfe konspirativ agierender kampfbereiter Kameraden, die in der Lage seien, gezielte Anschläge durchzuführen. So heißt es in seinem Beitrag: *„In der derzeitigen Situation können wir nur mit Terror handeln. Macht kaputt, was dich kaputt macht! Der Bürgerkrieg wird kommen. Wenn wir ihn nicht beginnen, dann beginnt ihn der Staat. Doch bedenkt: Angriff ist die beste Verteidigung! Wir müssen diejenigen sein, die zuerst zuschlagen!“*¹⁴⁰

In weiteren Beiträgen forderte der Teilnehmer dazu auf, aus dem Untergrund heraus zu operieren und sich mit Waffen und Sprengstoff zu versorgen.

Ein weiteres Zeichen für die zunehmende Gewaltbefürwortung im Internet ist die Verbreitung von „Todeslisten“ mit den persönlichen Daten Andersdenkender, teilweise in Kombination mit Bombenbauanleitungen. Oder es wird auch versucht auf speziellen „Anti – Antifa – Seiten“ die Arbeit gegen politische Gegner zu koordinieren. Rechtsextremisten boten über ihre Homepages nicht nur Propaganda an, sondern versuchten auch mit Hilfe weiterer Dienste des Internets aktiv auf die politische Willensbildung Einfluß zu nehmen, indem sie andere Internetnutzer mit ihrer Ideologie konfrontierten. So feierten sie im Juli 2000 die eigene starke

¹³⁹ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 102 - 103

Präsenz in den Internetdiskussionsforen demokratischer Parteien und Zeitschriften als erfolgreiche „Übernahme“. Es sei gelungen, in verschiedenen Foren Zwietracht unter den Leuten zu säen, so daß „sie sich selbst nicht mehr trauten.“ Auf verschiedenen rechtsextremen Internetseiten fanden sich textidentische Aufrufe mit dem Wortlaut: *„Es läuft zur Zeit ein Angriff auf das Forum XXX. Ziel ist die Übernahme des Forums durch nationale deutsche Patrioten. Auch du kannst deinen Anteil leisten. Jetzt!“*¹⁴¹ Weiters wurde vorgeschlagen, die Leser in anderen Foren über einen Link zu rechtsextremen Seiten zu leiten.¹⁴²

Einen anderen Weg der aktiven Verbreitung rechtsextremer Positionen ging Horst Mahler im August 2000, indem er via Internet eine E – Mail an alle Mitglieder des Deutschen Bundestages versandte. In diesem mehrseitigen „Appell an die Bürger des Deutschen Reiches“ betonte er sein Festhalten an der Reichsidee, wandte sich gegen angebliche Überfremdung und Umvolkung und behauptete eine Ausgrenzung derjenigen, die noch Deutsche sein wollten. Weiters wurde der Text noch an unzählige anscheinend zufällig ausgewählte Bürger versandt. Den ideologischen Hintergrund für diese Aktion verdeutlicht ein in der Szene verbreiteter Rundbrief, in dem heißt es, der Einzelne sei gefordert, den Aufruhr in die Köpfe zu tragen. So könne in der Bevölkerung das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Systemalternative geschaffen werden. Solche Rundbriefe werden auf der Basis sogenannter Mailinglists versandt. Sie sind ebenso wie die über SMS verbreiteten Nachrichten zu einem festen Bestandteil rechtsextremer Kommunikation geworden.¹⁴³

Die NPD hat ihr Internetangebot in den letzten Jahren kontinuierlich erweitert und zu einem vom Bundesvorsitzenden Udo Voigt angestrebten elektronischen Sprachrohr der Partei ausgebaut. Über die Homepage des NPD – Bundesverbandes können über Links die gesamten Unterverbände erreicht werden. Auch einige NPD – Publikationen wie die „Deutsche Stimme“ oder die „Sachsen Stimme“ können über die Homepage eingesehen werden. Die Internetseiten der NPD enthalten meist Berichte und Kommentare zu aktuellen Ereignissen sowie Flugblätter, Demonstrationsaufrufe, Pressemitteilungen und andere Informationen über die Parteiverbände.

¹⁴⁰ zitiert aus Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 103

¹⁴¹ zitiert aus Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 104

¹⁴² vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 103 - 104

¹⁴³ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 104

Im Laufe des Jahres wurden zahlreiche Homepages der NPD und der JN wegen ihrer Inhalte von den Providern gesperrt oder gelöscht. In den meisten Fällen erschienen diese Homepages nach kurzer Zeit unter einer neuen Internetadresse. NPD und JN – Untergliederungen verweisen über Links auf mitunter als „Partnerseiten“ bezeichnete Homepages, die neonazistische Inhalte verbreiten. Darunter befinden sich zum Beispiel die HNG, die „Kameradschaft Gera“ und der neonazistische Informationsdienst „Nachrichten – Informationen – Theorie“ (NIT).¹⁴⁴

Auch die Republikaner nutzen verstärkt das Internet als Agitationsmittel und zur Mitgliederwerbung und Mitgliederunterrichtung. Die Homepage des Bundesverbandes enthält unter anderem aktuelle Nachrichten, Pressemitteilungen, sowie die Internetausgabe des Parteiorgans der „Republikaner“. Über automatisierte Verknüpfungen wird der Internet Nutzer auf die Homepage des Bundesvorsitzenden Schlierer und die anderer Funktionsträger weitergeleitet. Auch bieten die Republikaner Verbindungen zu ihren Landes-, Kreis- und Ortsverbänden an.¹⁴⁵

Die DVU ist ebenfalls mit einer Homepage im Internet präsent, um Mitglieder und Sympathisanten über ihre Aktivitäten zu informieren. Neben Veranstaltungshinweisen und Pressemitteilungen kann Propagandamaterial angefordert werden. Über die Unterseite „Anschriften und Links“ werden Adressen der Landes- und Kreisverbände mitgeteilt und Links zu den Landtagsfraktionen in Brandenburg, Bremen und Sachsen – Anhalt angeboten.¹⁴⁶

4.2.2. Parteiunabhängige rechtsextreme Infotelefone

Den derzeit 13 aktiven parteiunabhängigen rechtsextremen Info – Telefonen (1999: 16) kommt im Rahmen der Bemühungen der Szene, ein umfassendes Kommunikationsnetzwerk aufzubauen, weiterhin eine zentrale Bedeutung zu. Insbesondere für diejenigen die nicht über einen Internetzugang verfügen, stellen sie ein unverzichtbares Mittel zur Information dar. Vor allem zur Koordinierung von Veranstaltungen spielen die Info – Telefone eine wichtige Rolle, da sie mit einem Mobiltelefon auch während der Anreise abgerufen werden können. Nur wenige Infotelefone, wie zum Beispiel das „Nationale Info – Telefon“ (NIT) Hamburg,

¹⁴⁴ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 104 – 105

¹⁴⁵ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 105

¹⁴⁶ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 105

verbreiten darüber hinaus regelmäßig und ausführlich in ihren Ansagetexten Kommentare zu tagespolitischen Ereignissen.¹⁴⁷

4.2.3. Übersicht über wesentliche Verlage und Presseerzeugnisse

Verlag (einschließlich Sitz)	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise und Auflage)
„Arndt – Verlag“ - Martensrade Kreis Plön	
„Castel del Monte – Verlag“ - München -	„Staatsbriefe“ 5. monatlich - 6. 900 -
„Europa vorn Verlag“ „Verlag Manfred Rouhs“ - Köln -	„Signal“ (früher . „Europa vorn“) - 5.000 -
„Grabert – Verlag“ - Tübingen -	„Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ 7. Vierteljährlich - 8. 3.000 -
„Nation Europa Verlag GmbH“ - Coburg -	„Nation & Europa – Deutsche Monatshefte“ 9. monatlich - 10. 14.500 – (Eigenangabe)
„VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH“ - Berg am Starnberger See -	„Deutsche Geschichte „ 11. zweimonatlich - 12. 10.000 – „Opposition“ 13. zweimonatlich - 14. 1.400 – (Eigenangabe)

¹⁴⁸

¹⁴⁷ vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 106

¹⁴⁸ Tabelle entnommen aus Bundesverfassungsschutzbericht 2000, Seite 107

5. CHRONOLOGIE DER GEWALT

Im folgenden möchte ich einen Überblick über die rechtsextremen Angriffe aus Brandenburg über den Zeitraum von 01.01.2000 bis 30.08.2001 geben. Ich beschränke mich auf Brandenburg, da eine derartige Auflistung sonst den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Zusätzlich werde ich aber auch einige Übergriffe aus dem gesamten deutschen Bundesgebiet mit einbringen bei denen der Übergriff Tote zur Folge hatte. Ich schränke diese Liste auch bezüglich des Alters der Straftäter ein und habe die Altersobergrenze auf 25 Jahren festgelegt.

Folgende Chronologie beruht auf Meldungen in Überregionalen Zeitungen, Tickermeldungen und Informationen der Opferperspektive und der anderen Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt in Bernau, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Strausberg. Aus verschiedenen Gründen kann eine solche Liste nicht vollständig sein. Manche Angriffe werden von der Polizei nicht als rechtsextrem oder fremdenfeindlich motiviert angesehen, obwohl die objektiven Hintergründe und Folgen der Tat dafür sprechen würden, andere Angriffe werden von den Opfern nicht angezeigt, insbesondere diejenigen mit geringen körperlichen Verletzungen. Die Grauzone nicht angezeigter gewalttätiger Angriffe wird auf 50 – 70% geschätzt.¹⁴⁹

5.1. Auflistung der Übergriffe:

- 01.01.2000 Guben (SPN): In der Neujahrsnacht marschieren etwa 30 Gubener Rechtsextremisten mit Reichskriegsfahne und „Sieg Heil“ rufend durch die Stadt. Ein Polizist wird durch Flaschenwürfe verletzt. Die Polizei nimmt elf Beteiligte vorläufig fest, darunter auch drei Angeklagte im Prozeß um den Tod Farid Guendouls. (TSP, 07.01.2000; BerZ, 08.01.2000)
- 01.01.2000 Rathenow (HVL): Der pakistanische Asylbewerber Khalid M. wurde 40 Minuten nach Mitternacht inmitten einer feiernden Menschenmenge von mehreren Skinheads zusammengeschlagen. Er wird mehrere Tage stationär behandelt (OP). Vier nicht rechte Jugendliche werden in der Nähe der Nazi – Kneipe „Kiste“ von einer 20 bis

¹⁴⁹ vgl. [www.brandenburg.land.de/file:///A/I/chrono 2000.html](http://www.brandenburg.land.de/file:///A/I/chrono%2000.html)

25 köpfigen Gruppe von rechtsextremen Jugendlichen angegriffen. Die anwesende Polizei schreitet nicht ein (Jungle World, 12.01.2000)

- 01.01.2000 Frankfurt (Oder): Ein 20 –jähriger polnischer Student aus Slubice wurde von einem 17 –jährigen Rechtsextremisten zwei mal gefragt, ob er Pole sei. Dann wurden ihm fünf Faustschläge ins Gesicht und ein Fußtritt versetzt. (Welt, 10.01.2000)
- 08.01.2000 Rathenow (HVL): Der 32 –jährige Asylbewerber Andy J. aus dem Tschad wurde von fünf jungen Männern in der Nähe des Heims getreten und geschlagen. (OP; FR, 10.01.2000)
- 21. / 22. 01. 2000 Strausberg (MOL): Eine Gruppe von sechs nicht rechten Jugendlichen wird von einer Gruppe von mehr als 15 Rechtsextremen aus dem „Sietch – Club“ heraus angegriffen. Die Opfer wurden mit „Haut ab ihr scheiß Zecken! Verpißt euch!“ beschimpft. Ein Opfer wurde von einer Flasche am Bein getroffen, ein anderes wurde mit einem Knüppel auf den Kopf geschlagen und am Boden liegend von mehreren Rechtsextremen getreten. Ein weiteres Opfer wird zusammengeschlagen und mit Fäusten im Gesicht traktiert, wobei Brille und Uhr zerbrechen. Die Opfer trugen Prellungen am ganzen Körper und einen Kieferbruch davon. (BORG SRB)
- 06.02.2000 Bernau (BAR); Der 24 –jährige Kay Sch. wurde von zwei bis drei Tätern vor dem Bahnhof von einem Imbißstand weggezogen und mehrfach ins Gesicht geschlagen. Nach Angaben eines Zeugen hatten die Schläger vermutet, daß ihr Opfer Ausländer sei. Erst als sich der Zeuge einmischte und glaubhaft machte, daß der Mann Deutscher sei, ließen die Täter von ihm ab. Der 24 –jährige wurde mit einem Kieferbruch ins Krankenhaus gebracht und dort stationär behandelt. (FR, 09.02.2000)
- 10.02.2000 Perlberg (PR): Ein dunkelhäutiger Mann wurde von sieben rechtsextremen Jugendlichen mit Steinen beworfen. Das Opfer flüchtete und blieb unverletzt. (BerlZ., 12.02.2000)
- 03.03.2000 Potsdam: In einer Straßenbahn wurde ein 40 –jähriger Türke von sechs jungen Deutschen als „Kanake“ beschimpft und durch Tritte und Schläge verletzt. (ADN, 07.03.2000)

- 05.03.2000 Cottbus: Ein 24 –jähriger indischer Asylbewerber wurde auf den Cottbusser Bahnhof von fünf Jugendlichen zusammengeschlagen. Das Opfer erlitt einen Kieferbruch. (ADN, 07.03.2000)

- 10.03.2000 Wierzen (MOL): Der 14 –jährige Oliver S. wurde von einer 15 –köpfigen Gruppe von Rechtsextremisten mit Baseballschlägern lebensgefährlich verletzt. Die Rechten waren auf der Jagd nach „Zecken“. Oliver erlitt einen Lungenriß und wurde mit einer Notoperation gerettet. (OP)

- 13.03.2000 Bernau (BAR): Ein 14 –jähriger wurde von älteren Jugendlichen mit einer Kette gewürgt, da er trotz mehrmaliger Aufforderung und Drohungen gegen seine Person eine „Gegen Nazis“ Aufnäher nicht von seiner Jacke entfernen wollte. (Kontakt- und Beratungsstelle für Opfer Rechter Gewalt Bernau)

- 20. / 21.03.2000 Eberswalde: Auf das Gebäude des afrikanischen Kulturvereins „Palanca“ wurde ein Brandanschlag verübt. Zwei 23 –jährige Deutsche wurden als Tatverdächtige festgenommen. Sie gaben an, daß „Vertreibung der Ausländer“ als Tatmotiv eine Rolle gespielt hat. (FR, 24.03.2000)

- 21.03.2000 Rathenow (HVL): Etwa 70 rechte Jugendliche greifen die Teilnehmer einer antirassistischen Demonstration an, bewerfen sie mit Flaschen und vertreiben sie vom Marktplatz. (Berliner Morgenpost, 23.03.2000)

- 31.03.2000 Falkenhagen (PR): Ein nicht rechter Jugendclub wird von einer Gruppe von zehn bis 15 rechtsextremen Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 21 Jahren überfallen. Drei Jugendliche werden leicht verletzt. (BerlZ., 03.04.2000)

- 11.04.2000 Strausberg (MOL): Zwei Asylbewerber aus Sierra Leone wurden von zwei 17 und 21 Jahre alten Skinheads auf den S – Bahnhof Strausberg bedroht und mit einem abgebrochenen Schrubberstiel geschlagen und mit Springerstiefeln traktiert. Der Überfall konnte durch das Eingreifen von Mitarbeitern einer Sicherheitsfirma gestoppt werden. (BerlZ. Ticker, 13.04.2000)

- 14.04.2000 Neuruppin (OPR): Ein 20 –jähriger Linker wurde von 3 rechtsextremen Jugendlichen am späten Abend auf der Straße zusammengeschlagen und mit Bierflaschen beworfen. Als er fiel, traten die Angreifer auf ihr am Boden liegendes Opfer ein. Ein 21 –jähriger wurde beim Versuch zu schlichten ebenfalls attackiert. Das Opfer klagte über starke Schmerzen im Kopf und Brustbereich und wurde zur stationären Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert. (Ruppiner Anzeiger, 17.04.00)
- 20.04.2000 Dessow (OPR): Als die Polizei in einem Jugendclub in Dessow eine Hitler – „Geburtstagsfeier“ auflöst, greift ein 18 –jähriger einen Polizisten an. (BerlZ., 22.04.2000)
- 23.04.2000 Neugrimmitz (BAR): Rodriguez S., ein 16 –jähriger Kolumbianer, wurde von deutschen Jugendlichen angegriffen und gewürgt. Der Jugendliche konnte zunächst mit seinen Begleitern ins Auto flüchten. Dort schlugen die Rechtsradikalen allerdings wieder auf die drei Insassen ein, riefen rassistische Parolen und bewarfen das wegführende Fahrzeug mit Flaschen. (Jungle World, 03.05.2000, BORG Bernau)
- 07.05.2000 Frankfurt (Oder): Zwei afghanische Asylbewerber wurden auf offener Straße brutal verprügelt und mit Stuhlbeinen niedergeschlagen. Die Opfer sind 40 und 34 Jahre alt. Bei dem Überfall erlitten sie eine Schürfwunde am Arm und Prellungen am Handgelenk beziehungsweise eine Platzwunde am Kopf und Blutergüsse. Sie wurden ambulant behandelt. Zwei Tatverdächtige wurden festgenommen, die wenige Stunden vorher einen polnischen Studenten angegriffen hatten. (BerlZ. Ticker, 08.05.2000; taz, 09.05.2000)
- 07.05.2000 Belzig (PM): Auf die Wohnung der vietnamesischen Familie Nguyen wurde ein Brandanschlag verübt. Die Opfer entgingen dem Flammentod. Sechs Tatverdächtige aus der rechten Szene wurden festgenommen. (BerlZ. 09.05.2000;OP)
- 31.05.2000 Eberswalde (BAR): Während einer Busfahrt geriet der 22 –jährige Punk Falko Lüdke und der Rechtsextremist Mike B. über ein Nazi – Tatoo in Streit. Nachdem die beiden an einer Bushaltestelle ausgestiegen waren, schlug Mike B. den Punk zusammen und stieß ihn vor ein fahrendes Taxi. Falko starb wenige Stunden später im Krankenhaus. (Quelle: AN, dpa)

- 01.06.2000 Strausberg (MOL): Zwei alternative Jugendliche wurden am Nachmittag an der Straßenbahnhaltestelle „Lustgarten“ von einer Vierergruppe rechtsextremer Jugendlicher angegriffen. Die Opfer wurden mit „Du Zecke!“, „Verpißt euch!“ und „Zecke du Sau! Rennt doch!“ beschimpft und von zwei Rechtsextremen zu Boden gerissen und geschlagen. Die Opfer trugen Prellungen am ganzen Körper und eine geplatzte Lippe davon. Am selben Tag gegen 16 Uhr wurde ein anderer alternativer Jugendlicher aus einer Gruppe von zehn bis zwölf männlichen Personen heraus angegriffen. Ein Rechtsextremer schlug dem Opfer im Vorbeifahren auf dem Fahrrad ins Gesicht. Das Opfer trug eine Jochbeinprellung davon. Am frühen Abend wurde eine junge Frau in der S – Bahn am Bahnhof Strausberg – Vorstadt von einem rechtsextremen Jugendlichen als Zecke beschimpft und herumgestoßen. (BORG SRB)

- 09.06.2000 Cottbus: Im Cottbusser Freibad beschimpften und schlugen fünf rechte Jugendliche einen 13 –jährigen und einen 14 –jährigen Asylbewerber. Als die beiden zusammen mit sechs kosovo – albanischen Kindern und zwei Betreuerinnen das Bad verlassen wollten, wurden sie wiederum angegriffen. Der Bademeister war trotz mehrmaliger Bitten weder bereit den Opfern zu helfen, noch die Polizei zu rufen. (LR 14.06.2000)

- 25.06.2000 Ludwigsfelde (TF): Ein 25 –jähriger Asylbewerber aus Sierra Leone wurde von einem 18 –jährigen Mädchen rassistisch beleidigt und gehohlet. Dann traten vier etwa gleichaltrige Jungen auf den Afrikaner ein. (Opferperspektive, eigener Bericht)

- 07.07.2000 Rathenow (HVL): Gegen 22.30 Uhr wurde eine zehnköpfige Gruppe linksalternativer Jugendlicher von einer 30 Mann starken Gruppe aus der rechtsextremen Szene wegen ihrer bunten Haare angepöbelt und mit Bierflaschen beworfen. Einer der linksalternativen Jugendlichen wurde am Rücken, ein anderer am Kopf getroffen. Die Polizei erteilte den attackierten Jugendlichen einen Platzverweis. Auf Anfrage wurde den Jugendlichen erläutert, daß die Polizisten Anweisung hätten, im Falle von Ausschreitungen zwischen „linken“ und „rechten“ Jugendlichen, der zahlenmäßig kleineren Gruppe einen Platzverweis zu erteilen und sie bei Zuwiderhandlung in „Schutzhaft“ zu nehmen. (Rote Hilfe Rathenow, 11.07.2000 und 25.07.2000)

- 21. / 22. 07.2000 Eisenhüttenstadt (EH): Das internationale Jugendlager „Euro – Camp 2000) wurde von einer Gruppe rechtsextrem orientierter Jugendlicher Überfallen. Ein junger Deutscher, der dort ebenfalls kampiert hatte, wurde von zwei der Skinheads brutal zusammengeschlagen und erlitt bei der Attacke eine Jochbeinprellung, Prellungen am Oberkörper und Schürfwunden. Er hatte versucht, die grölenden und randalierenden Rechten zu beschwichtigen. Die Angreifer waren über den Zaun des Camps gestiegen und mit Rufen wie „Sieg Heil“, „Heil Hitler“ und „Negerschweine“ durch das Camp gezogen. Unter den 20 französischen und polnischen Gästen verbreitete sich Angst und Schrecken. (Berliner Morgenpost, 24.07.2000)
- 24.07.2000 Oderin (LDS): Der 16 –jährige Horun R. wurde von drei Jugendlichen im Alter von 16, 17 und 20 Jahren als „Zecke“ und „Kanakenschwein“ beschimpft, geschlagen und getreten, mit den Worten „So was wie du hätte früher einen Judenstern am Ärmel getragen“. Dann mußte er sich vor einen Täter hinknien, der auf seinen Kopf urinierte. Anschließend drohten sie ihm damit, ihn in den See zu schmeißen. Horun konnte weglaufen. (TSP, 26. 07.2000; BerlZ 23.03.01)
- 25.07.2000 Frankfurt (Oder): Eine jugoslawische Familie wurde in Neuberensinchen angegriffen. Die Jugoslawen hatten Möbel aus dem Sperrmüll gesucht, als ein Anwohner ausländerfeindliche Parolen rief. Der 19 –jährige schlug ein Kind, trat die Mutter in den Unterleib und griff auch den Vater an. (TSP, 28.07.2000)
- 25.07.2000 Potsdam: Zwei Kinder von Asylbewerbern wurden in der Straßenbahn angegriffen. Fünf Deutsche hatten die beiden 13 und 14 –jährigen Jungen aus dem Kongo und aus Kenia als „Scheiß Neger“ beschimpft und ein Kind aus der Bahn geschubst. Fahrgäste gingen dazwischen und verhinderten Schlimmeres. Der 13 –jährige und ein eingreifender Straßenbahnfahrer wurden durch Schläge und Tritte leicht verletzt. (TSP, 27.07.2000).
- 06.08.2000 Zug Wien – Hamburg: Im Zug Wien – Hamburg wurden ein dunkelhäutiger Mann und ein Italiener von einem 24 –jährigen Deutschen aus Nauen (HVL) mit rassistischen Parolen beschimpft und ins Gesicht geschlagen. (Berliner Morgenpost, 08.08.2000)

- 12.08.2000 Guben (SPN): Auf einem Dorffest in Reichenbach wurde ein 15 –jähriger Skater von einer etwa 10 –köpfigen Gruppe rechtsextremer Jugendlicher beschimpft und geschlagen. (AfOrG, OP, Antifa Guben)
- 17.08.2000 Maklow / Blankenfelde (TF): Ein 28 –jähriger Angolaner, der bei der Deutschen Bahn AG als Reinigungskraft arbeitet, wurde um 4 Uhr nachts am S – Bahnhof Maklow von sieben rechten Jugendlichen mit den Worten „Du hast keinen Platz in Deutschland“ beschimpft. Danach schlug ihn einer der Täter mit der Faust auf den Kopf und trat ihm gegen die Arme und Beine. Sechs andere, darunter ein Mädchen, standen dabei und beschimpften ihn. Dieser wehrte sich, wobei ihm ein Ring aus dem Ohr gerissen wurde. Danach konnte er flüchten und sich verstecken, bis die Täter mit der S – Bahn abgefahren waren. Kurze Zeit später wurde er in Blankenfelde von zwei der rechten Jugendlichen erneut angegriffen. (BerlZ, 18.08.2000)
- 29. / 30. 08.2000 Cottbus: Auf ein Jugendzentrum, das vom Verein für ein multikulturelles Europa e. V. betrieben wird, wurde von zehn offenbar Rechtsextremen ein Brandanschlag verübt. Die Angreifer warfen zwei Brandsätze in Richtung des Gebäudes, riefen „Sieg Heil“, zeigten den Hitlergruß und zogen sich dann zurück. Das entstandene Feuer konnte von den im Haus Anwesenden gelöscht werden. (AfOrG, 30.08.2000)
- 14.09.2000 Oranienburg (OHV): Zwei Vietnamesen im Alter von 24 und 28 Jahren wurden von zwei deutschen Jugendlichen beraubt und zusammengeschlagen, nachdem sie sich geweigert hatten Zigaretten herauszugeben. Die Opfer mussten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. (TSP, 15.09.2000)
- 21.09.2000 Prenzlau (UM): Eine Frau aus Afghanistan und ihre beiden Kinder wurden von zwei 17 –jährigen Deutschen angegriffen. Die Jugendlichen drückten den Kopf der elfjährigen Tochter mehrmals gegen eine Mauer. Zudem schlugen sie dem Kind in den Magen und gegen den Kopf und würgten es. Das Mädchen wurde leicht verletzt. Die Jugendlichen beschimpften außerdem die 46 –jährige Frau und die Kinder mit ausländerfeindlichen Parolen. (ddp, 21.09.2000)

- 03.10.2000 Potsdam: Ein 20 –jähriger Deutscher wurde von einer Gruppe von etwa 20 Skinheads zusammengeschlagen. Das dunkelhäutige Opfer war als „Nigger“ und „Afro“ beschimpft worden. Als er erwiderte: „Ich bin Deutscher“ antwortete der Neonazi: „Ich habe einen Ruf zu verlieren.“ Dann fielen die Skins über ihn her, traten und prügelten ihn. Der junge Mann mußte mit Schädeltrauma und Prellungen ins Krankenhaus. (Berliner Kurier, 06.10.2000)
- 17.10.2000 Neustadt / Dosse (OPR): Ein 54 – jähriger Wachmann eines Asylbewerberheimes wurde von drei 18 bis 24 –jährigen Männern angegriffen. Sie hatten ihn gefragt, wo er stehe, ob rechts oder links. Als er antwortete, in der Mitte, schlugen sie ihm ins Gesicht. Er erlitt einen Kieferbruch und musste stationär behandelt werden. (Kyritzer Tageblatt, 20.10.2000)
- 20.10.2000 Angermünde (BAR): Auf dem Oktoberfest wurden 10 nicht rechte junge Leute von einer großen Gruppe Nazis angegriffen. Mindestens fünf von ihnen erlitten zum Teil schwere Verletzungen, die auch im Krankenhaus behandelt werden mußten. Nach dem Angriff im Bierzelt wurden sie an der Kreuzung Schwedter Tor erneut gejagt, geschlagen und getreten. (Pfeffer und Salz, 24.10.2000)
- 26.10.2000 Eberswalde (BAR): In Eberswalde schlug ein Dreizehnjähriger einem Gehörlosen mit der Faust ins Gesicht und auf den Rücken. Die siebzehnjährige Begleiterin des Schlägers reif dazu „Sieg Heil“, und ein weiterer Jugendlicher schaute zu. Das Opfer mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Täter sind wieder auf freiem Fuß. „Der Dreizehnjährige ist nicht strafmündig und wurde seinen Eltern übergeben, gegen die anderen besteht kein dringender Tatverdacht“, so die Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder). (taz, 28.10.2000)
- 28.10.2000 Finsterwalde (EE): Eine Wohngemeinschaft links orientierter Jugendlicher wurde von 20 rechten Schlägern überfallen. Die Rechten zerschlugen die Fensterscheiben und zertrümmerten die komplette Wohnungseinrichtung. Zwei der Mieter im Alter von 18 und 22 Jahren konnten sich in einem Zimmer verbarrikadieren und über Handy die Polizei alarmieren. (AP, 30.10.2000)

- 16.11.2000 Luckenwalde (TF): Ein 17 –jähriger Asylbewerber aus Sierra Leone wurde angegriffen und verletzt. Er war aus einer Gruppe von rund sechs deutschen Jugendlichen heraus zunächst wegen seiner Hautfarbe beleidigt worden. Anschließend wurde er mit Schlägen und Tritten angegriffen. (Berliner Zeitung, Ticker, 17.11.2000)
- 18.11.2000 Zossen(TF): Im Regionalzug von Zossen nach Berlin wurde gegen 23 Uhr ein Fahrgast aus einer Gruppe von etwa zehn rechtsgerichteten Jugendlichen heraus geschlagen. Der dunkelhäutige Ehemann einer Berlinerin wurde beleidigt, dem 30 –jährigen wurde das Basecap vom Kopf gerissen. Anschließend randalierten die Täter weiter, schlugen grölend gegen Fensterscheiben und warfen mit Colaflaschen um sich. (MoPo, 21.11.2000)
- 21.11.2000 Strausberg (MOL): Ein Asylbewerber aus Kamerun wurde von fünf Jugendlichen im Bahnhof Strausberg – Vorstadt attackiert. Zunächst wurde er mit Sprüchen wie „Was suchst du hier?“, „Deutschland ist für Deutsche“ und „Hau ab aus Deutschland“ angepöbelt, dann wurde er gestoßen, ins Gesicht geschlagen und gegen Hüfte und Oberschenkel getreten. (Caritas Strausberg, 23.11.2000)
- 04.12.2000 Neuenhagen (MOL): Ein 17 –jähriger aus Fredersdorf wurde von vier Jugendlichen attackiert. Während sie „Sieg Heil“ riefen, schlugen sie mit Fäusten auf ihn ein. Als das Opfer flüchtete warfen ihm die Täter eine Bierflasche hinterher, die ihm am Kopf verletzte. (MoPo, 23.12.00)
- 26.12.2000 Guben (SPN): Ein 20 –jähriger, asiatisch aussehender Deutscher erlitt eine Stichverletzung. Er war Teil einer siebenköpfigen Gruppe, die nachts um 3 Uhr auf vier Rechtsextreme traf. Als diese Rechtsextreme Parolen grölten, entstand ein Handgemenge. Dabei wurde dem 20 –jährigen mit einem Messer in den Rücken gestochen. Ein weiteres Gruppenmitglied wurde durch Faustschläge im Gesicht verletzt. Einer der Täter war der 19 –jährige David B., der im November 2000 zu 200 Arbeitsstunden wegen Beteiligung an der tödlichen Hetzjagd auf Farid Guendoul „verwarnt“ worden war. (web. de Ticker, 28.12.2000)
- 03.01.2001 Cottbus: Vier Menschen wurden von vier Rechtsextremen im Alter von 17 bis 24 Jahren verletzt. Unter den Opfern waren zwei 16 – Jährige , ein libanesischer

Asylbewerber und ein 44 Jahre alter Mann. Alle vier mußten ambulant behandelt werden. Vor der Schlägerei hatten die Rechtsextremen an einer Straßenbahnhaltestelle „Sieg Heil“ und „Ausländer raus“ gerufen. (ORB – Videotext, 04.01.2001)

- 06.01.2001 Potsdam: Eine dunkelhäutige Schülerin wurde verprügelt. Die 14 –Jährige war in Begleitung einer Gruppe von Jugendlichen aus Kenia und der Türkei, als sie von zwei Rechtsextremen mit rassistischen Äußerungen beleidigt, verfolgt und dann mit der Faust ins Gesicht geschlagen wurde. (Berliner Kurier, ORB – Videotext, 08.01.2001)
- 11.01.2001 Nauen (HVL): Zwei Vietnamesen wurden von drei 15, 16 und 17 Jahre alten Jugendlichen überfallen. (taz, 13.01.2001)
- 16.01.2001 Bernau (BAR): Der 22 –jährige Thilo R. wurde von fünf rechtsextremen Männern vier Stunden lang gequält und dann mit Benzin überschüttet und angezündet. Thilo R. überlebte schwer verletzt. (Pressemitteilung der Kontakt und Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Bernau, 26.01.2001)
- 27.01.2001 Eisenhüttenstadt (LOS): Ein 17 –jähriger linksorientierter Jugendlicher wurde von zwei rechtsextremen Jugendlichen gegen Hüfte und Arm getreten. Das Opfer wurde mehrere Tage lang mit einem zersplitterten Ellenbogen im Krankenhaus behandelt. (BORG FFO)
- 24.02.2001 Cottbus: Ein linksorientierter Punk wurde auf dem Weg zu einem Konzert im Klub „Südstadt“ auf dem Brandenburger Platz angegriffen. Aus einer Gruppe von acht einheitlich gekleideten Jugendlichen heraus wurde der Punk und sein Freund verfolgt. Dann trat einer der Jugendlichen ihn in den Rücken, so daß er stürzte. Als er am Boden lag, wurde er ins Gesicht getreten, so daß seine Brille wegflog und er Prellungen an der Stirn, Augenbraue und Jochbein erlitt. Anschließend wurde seine Brille zertreten, so daß sie unbrauchbar wurde. (LR, 01.03.2001)
- 03.03.2001 Rüdnitz (BAR): Ein linker Jugendlicher wurde nach einem Streit mit einem Neonazi mit einer Eisenstange niedergeschlagen. Das Opfer mußte zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus – die Platzwunde wurde genäht. (Eberswalder Info – System, 04.03.2001)

- 15.03.2001 Henningsdorf (OHV): Eine türkische Familie wurde von rechten Jugendlichen attackiert. Unter anderem wurde der zehnjährige Sohn von einer fünfköpfigen Gruppe mit Steinen beworfen und die Familie rassistisch beleidigt. (ORB – Videotext, 15.03.2001)
- 16.03.2001 Strausberg (MOL): Ein Förderschüler wurde von rechten Schlägern mißhandelt und ein Kampfhund wurde auf ihn gehetzt. (ORB – Videotext, 16.03.2001)
- 26.04.2001 Potsdam: Ein 28 –jähriger Nigerianer wurde im Bahnhofscener von 17 bis 24 –jährigen Deutschen überfallen. Das Opfer wurde umstellt, die Täter versuchten seinen Rucksack zu entreißen, dann wurde er geschlagen und beschimpft. (BerlZ., 28.04.2001)
- 24.05.2001 Angermünde (UM): Ein etwa 30 –jähriger Mann, der drei Rechtsextreme zur Rede stellen wollte, die einem Punk ein Handy geraubt hatten, wurde von diesen zusammengeschlagen und als er am Boden liegt zusammengetreten. Er erlitt Platzwunden an der Stirn und Prellungen am Körper. (OP, eigener Bericht)
- 25.05.2001 Premnitz (HVL): Ein 31 –jähriger Mann aus Sierra Leone wurde auf dem Heimweg von fünf Jugendlichen mit rassistischen Sprüchen angepöbelt. Einer von ihnen schlug dem Mann mit der Faust ins Gesicht. Das Opfer erlitt einen Unterkieferbruch. (ORB – Videotext, 26.05.2001)
- 28.05.2001 Basdorf (BAR): Ein 13 –jähriger russischer Übersiedler wurde von zwei 14 –Jährigen in einer Schule zusammengeschlagen und rassistisch beschimpft. Das Opfer mußte mit Prellungen und Blutergüssen zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus gebracht werden. (ORB – Videotext, 29.05.2001)
- 01.06.2001 Wittstock (OPR): Ein 29 –jähriger Russlanddeutscher wurde von einem 14 –Jährigen ins Gesicht geschlagen. Anschließend bewarf der Jugendliche den Mann mit einer Bierflasche, verfehlte jedoch sein Ziel. Ein 16 –jähriges Mädchen, das dabei stand, rief „Deutschland den Deutschen, Russen raus!“ (Ruppiner Anzeiger, 02.06.2001)
- 15.06.2001 Eisenhüttenstadt (LOS): Vier alternative Jugendliche wurden gegen 22.30 Uhr von rechtsextremen Jugendlichen an der Kanalbrücke ohne Vorwarnung angegriffen. Zwei Jugendliche konnten sofort fliehen, ein weiterer kurze Zeit später. Das vierte Opfer

wurde über einen Zeitraum von mehr als ein einhalb Stunden festgehalten und immer wieder mit Schlägen und Tritten traktiert. (BORG FFO, 11.07.2001, Pressemitteilung)

- 20.06.2001 Jüterborg (TF): Ein 41 –jähriger schlafender Obdachloser wurde von zwei Jungen und einem Mädchen überfallen, ins Gesicht getreten und seine Wertgegenstände geraubt. Das Opfer wurde ins Krankenhaus gebracht. (ORB – Videotext, 21.06.2001)
- 23.06.2001 Fürstenwalde (LOS): Eine Gruppe von fünf linksorientierten Jugendlichen wurde am frühen Abend in der Nähe der Spreebrücke von drei Rechtsextremen überfallen. Ein 15 –Jähriger wurde mit vorgehaltener Pistole in einen Hof geschleppt, wo die Rechtsextremen eine Scheinhinrichtung inszenierten. (OP, eigener Bericht)
- 18.07.2001 Dennwitz (TF): Ein 16 –Jähriger wurde vor einer Gaststätte aus einer Gruppe von sechs bis acht rechten Schlägern heraus als „Zeckenschwein“ beschimpft und ins Gesicht geschlagen. Sein zur Hilfe kommender Vater wurde zu Boden gestoßen und erlitt Fußtritte ins Gesicht. (BerlZ., 20.07.2001)
- 19.07.2001 Neuruppin (ORP): Vor dem Jugendclub JFZ pöbelten sechs Rechtsextreme eine zehnköpfige Gruppe von Linken an. Einer der Linken wurde mit der Faust ins Gesicht geschlagen und erlitt einen Nasenbeinbruch. (Mail der Jugendantifa Neuruppin und Ruppiner Anzeiger vom 20.07.2001)
- 30.07.2001 Wildau (LDS): Auf eine Wohnwagensiedlung von Sinti und Roma ist ein Brandanschlag verübt worden. Auf die Wohnwagen wurden Molotovcocktails geworfen, die jedoch nicht zündeten. (ORB – Videotext, 30.07.2001)
- 08.08.2001 Rathenow (HVL): Zwei linksorientierte Jugendliche wurden angegriffen. Gegen zwei Uhr in der Nacht wurden sie von zwei mit Rechtsextremisten besetzten Autos verfolgt und vor der Hauptsparkasse zusammengeschlagen und getreten. Dabei wurden unter anderem Fahrradständer als Schlagwerkzeuge benutzt. Eines der Opfer wurde mit einer Kopfplatzwunde ins Krankenhaus eingeliefert, das andere erlitt leichte Prellungen und eine zerfetzte Jacke. (Rote Hilfe Rathenow, 08.08.2001)

- 09.008.2001 Dahlewitz (TF): Der 61 –jährige Obdachlose Dieter Manzke wurde von fünf jungen Männern zu Tode geprügelt und getreten. Laut Staatsanwaltschaft sie das Tatmotiv gewesen, ihn aus einem Bungalow, in dem er seit einiger Zeit übernachtete, zu vertreiben. Zumindest einer der Täter soll Kontakte zur rechten Szene gehabt haben. (BerlZ. 23.08.2001; taz 01.09.2001)
- 17.08.2001 Cottbus: Eine iranische Familie wurde verfolgt und verprügelt. Als die dreiköpfige Familie an einer Gaststätte vorbeiging wurde sie von rassistischen Jugendlichen angepöbelt und beleidigt. Die Familie fühlte sich bedroht und flüchtete. Sie wurde von etwa einem halben Dutzend Jugendlicher verfolgt, gestoßen und zusammengeschlagen. Der 42 –jährige Familienvater erlitt einen Nasenbeinbruch, die 31 –jährige Ehefrau einen Milzriß und die 15 –jährige Tochter erlitt Blutergüsse. (Ruppiner Anzeiger, 20.08.2001)
- 23.08.01 Falkensee (HVL): Ein 20 –jähriger Chinese wurde von fünf deutschen Jugendlichen ins Gesicht geschlagen und beraubt. (MAZ, 25.08.2001)
- 25.08.2001 Potsdam: Nach dem Fußballspiel des SV Babelsberg 03 gegen Hertha BSC Berlin zog ein Mob von etwa 200 rechtsradikalen Hooligans zu einem besetzten Haus in der Rudolf – Breitscheid – Straße Nummer 6. Dort grölten sie Parolen wie „Wir kriegen euch alle!“, „Hier marschiert der nationale Widerstand“ und „Zecke verrecke!“. Dann warfen sie mit Steinen und Flaschen auf das Gebäude und versuchten die Tür aufzubrechen. Die Bewohner des Hauses wehrten sich ihrerseits mit Steinwürfen, so daß die Angreifer abzogen. Eine Stunde später räumte die Polizei das Haus und zerstörte Einrichtungsgegenstände. (Antifa Aktion Potsdam, Rote Hilfe Potsdam / indymedia)
- 30.08.2001 Wandlitz (BAR): Mitglieder der Kinder und Jugend Fußballmannschaft NK Bosna aus Bosnien – Herzegowina wurden von drei deutschen Jugendlichen im Alter von 15 und 17 Jahren rassistisch angepöbelt und mit Flaschen beworfen. einer der bosnischen Jugendlichen wurde am Rücken getroffen. (Berliner Kurier, 01.09.2001)¹⁵⁰

¹⁵⁰ Chronologie entnommen aus www.brandenburg.de 2000.html

Abkürzungsverzeichnis der Landkreise:

BAR	Barnim
EE	Elbe – Elster
HVL	Havelland
LDS	Landkreis Dahme – Spreewald
LOS	Landkreis Oder – Spree
MOL	Märkisch – Oderland
OHV	Oberhavel
OPR	Ostprignitz – Ruppin
OSL	Oberspreewald – Lausitz
PM	Potsdam – Mittelmark
PR	Prignitz
SPN	Spree – Neiße
TF	Teltow – Fläming
UM	Uckermark

Verzeichnis der Quellen der obigen Chronologie

ArOrG	Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Cottbus
AN	Aktion Noteingang: „Zivilcourage gegen Rassismus? - Ein Jahr Noteingang- Erfahrungen eines antirassistischen Jugendbündnisses“ 1999
BORG BER	Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Bernau
BORG SRB	Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt Strausberg
OP	Opferperspektive: „...ein rechtsextremistisches Motiv wird nicht ausgeschlossen...“ – Dokumentation 1998
HdK	Hinter den Kulissen... – Faschistische Aktivitäten in Brandenburg – Update `99
ADN	Nachrichten – Ticker der Berliner Zeitung
BerlZ	Berliner Zeitung
dpa	

FR	Frankfurter Rundschau
jw	Junge Welt
JW	Jungle World
MAZ	Märkische Allgemeine Zeitung
MoPo	Berliner Morgenpost
MOZ	Märkische Oderzeitung
LR	Lausitzer Rundschau
Rathenow 2000	Antifaschistisches Autorenkollektiv: Zusammenfassende Dokumentation der rechtsextremen Aktivitäten im westlichen Teil des Landkreises Havelland für 2000. o. O.: Januar 2001
Rote Hilfe Rahthenow	
taz	die Tageszeitung
Pfeffer & Salz	Recherchebroschüre Rechtsextremismus. Denn wir wissen, was sie tun. Uckermark im Jahr 2000. Hg. v. AutorInnenkollektiv „Pfeffer & Salz“ Angermünde
TSP	Der Tagesspiegel

Zur Ergänzung möchte ich nun noch die Übergriffe mit Todesfolge von 1998 bis August 2000 auf dem ganzen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland auflisten. Auch hier schränke ich die Auflistung auf jene Gewalttaten ein, bei denen der oder die Täter nicht älter als 25 Jahre sind oder waren.

- 22.03.1998: Der 14 –jährige Jana Georgi aus der thüringischen Kleinstadt Saalfeld wird auf offener Straße von einem 15 –Jährigen erstochen, der kurz zuvor aus einer psychiatrischen Einrichtung entlassen worden ist. Als Motiv gibt der Jugendliche Rache für die Beschimpfung als „Fascho“ an. Die Staatsanwaltschaft verneint einen politischen Hintergrund. Der Junge sei ein „Einzelgängertyp“, der zwar gern Mitglied in der rechten Szene wäre, dort aber nicht akzeptiert würde.
- Juli 1998: Der portugiesische Zimmermann Nuno Lourenco wird in Leipzig brutal niedergeschlagen; er stirbt am 29. Dezember in Portugal. Die Täter: acht junge Männer zwischen 15 und 20 Jahren, die nach der WM – Niederlage deutscher Fußballer gegen

Kroatien „Ausländer Klatschen“ wollten. Das Landgericht Leipzig erkennt im September 1999 auf „Körperverletzung mit Todesfolge“ und verurteilt den Haupttäter, einen Elektro – Lehrling, zu vier Jahren Haft, die Mitangeklagten erhalten Bewährungsstrafen.

- 13.02.1999: Der 28 –jährige Asylbewerber Farid Guendoul (alias Omar Ben Noui) wird in Guben (Brandenburg) von Rechtsextremisten gejagt. In seiner Panik tritt der Algerier in eine Glastür und zieht sich tödliche Schnittverletzungen zu. Im Juni 1999 beginnt am Landgericht der Prozeß gegen elf Tatverdächtige. Das Urteil stand bis Oktober 2001 noch aus. Einige Angeklagte beteiligten sich an der Schändung den in Guben aufgestellten Gedenksteins für Farid Guendoul.
- 17.03.1999: Drei rechtsradikale 17, 20 und 21 –jährige Hooligans greifen am 17. März 1999 aus Langeweile in der Duisburger Innenstadt den Frührentner Egon Effertz an und treten ihn tot. Im Prozeß vor einer Duisburger Jugendstrafkammer bekennen sie sich gemeinschaftlich zu ihren rechtsradikalen Ideen. Am 3. September wird Haupttäter Oliver P. wegen Mordes zu lebenslanger Haft, seine beiden Mittäter wegen gefährlicher Körperverletzung und Totschlags zu zehn und acht Jahren Haft verurteilt.
- 09.08.1999: Ein 44 –jähriger Mann, bekannt als „Dorforgingal“ und „Hippie“ aus dem niedersächsischen Eschede wird von einem 18 –jährigen Berufslosen und einem 17 –jährigen Gymnasiasten mit Springerstiefeln zu Tode getrampelt. Er hatte die beiden wiederholt aufgefordert, „den Scheiß mit dem Skinhead – Gehabe“ zu unterlassen. Das Lüneburger Landgericht, das im Januar 2000 fünfjährige Jugendstrafen verhängt, meint, die Tat sei nicht politisch motiviert gewesen.
- 06.10.1999: Der 38 Jahre Sozialhilfeempfänger Kurt Schneider wird von vier Skinheads in Berlin – Lichtenberg zu Tode gequält. Das Landgericht Berlin verurteilt im April 2000 zwei 23 –jährige, einschlägig vorbestrafte Täter zu lebenslangen Freiheitsstrafen. Die beiden anderen Angeklagten, 18 und 19 Jahre alt, werden nach Jugendstrafrecht zu acht und achteinhalb Jahren Haft verurteilt. Der Richter sagt zwar, es habe sich nicht um ein rechtsradikales Delikt gehandelt, verweist aber auf die Gesinnung der Skinheads.
- 01.11.1999: Der 16 –jährige Martin Peyerl erschießt in Bad Reichenhall (Bayern) vier Menschen: seine Schwester Daniela Peyerl (18), Karl – Heinz Lietz (54), Horst

Zillenbiller (60) und dessen Frau Ruth Zillenbiller (59). Anschließend tötet der Amokschütze sich selbst. Die Polizei entdeckt bei der Durchsuchung des Zimmers von Martin Peyerl aufgemalte Hakenkreuze, Hitlerbilder, Gewaltvideos, rechtsextreme CD's und ausländerfeindliche Parolen in einem Heft für Notizen. Laut Staatsanwaltschaft Traunstein ist das Motiv des Jugendlichen unklar, es liege eben „in der Persönlichkeit des Täters“. Von Rechtsextremismus könne keine Rede sein, denn Peyerl habe als „verschlossen und unauffällig“ gegolten

- 25.05.2000: Vier Rechtsextremisten überfallen im Berliner Bezirk Pankow den Sozialhilfeempfänger Dieter Eich. Der 60 –Jährige wird in seiner Wohnung zusammengeschlagen und erstochen. Als Motiv nennen die Täter „einen Assi klatschen“. Polizei und Staatsanwaltschaft teilen erst drei Monate nach dem Verbrechen mit, daß die Täter der rechten Szene zuzuordnen sind.
- 14.06.2000 Dessau: Der 39 –jährige Mosambikaner Alberto Adriano wird am 14. Juni 2000 in Dessau von drei Neonazis erschlagen. Das Oberlandesgericht Halle verurteilt den 24 –jährigen Enrico H. am 30. September zu lebenslanger Haft. Der 16 –jährige Christian M. sagt während der Verhandlung: „Ich hab den Neger getreten, weil ich ihn hasse.“
- 24.06.2000: Der Obdachlose Klaus – Dieter Gerecke wird in Greifswald erschlagen. Als Tatverdächtige nimmt die Polizei einen 20 –jährigen Mann und zwei 18 Jahre alte Frauen fest. Sie sollen von dem Obdachlosen Bier und Geld verlangt haben. Die drei Tatverdächtigen werden der rechten Szene zugeordnet.
- 09.07.2000: Fünf Rechtsextremisten überfallen in Wismar den Obdachlosen Jürgen S., um ihn zu berauben. Der 52 –Jährige wird mit Schlägen und Tritten so schwer mißhandelt, daß er kurze Zeit später seinen Verletzungen erliegt. Laut Polizei handelt es sich bei den geständigen Tätern um Rechtsextremisten. Dennoch kann die Tötung des Obdachlosen nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Schwerin nicht als rechtsextreme Tat gewertet werden.
- 27.07.2000: Der 51 Jahre alte Obdachlose Norbert Plath wird in Ahlbeck (Vorpommern) von vier jungen Rechtsextremisten zu Tode geprügelt. In den Vernehmungen bei der

Polizei nennen die Täter ihr Motiv: „Hass auf Obdachlose“. Einer sagt: „Asoziale und Landstreicher gehören nicht ins schöne Ahlbeck“.¹⁵¹

Im folgenden möchte ich noch eine Tabelle einfügen das eine Übersicht über Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremen Hintergrund der Jahre 1999 und 2000 auf dem gesamten Bundesgebiet gibt.

Daten:	1999	2000
Tötungsdelikte	1	2
Versuchte Tötungsdelikte	13	15
Körperverletzungen	630	874
Brandstiftungen	35	41
Sprengstoffexplosionen	2	7
Landfriedensbruch	65	59
Gesamt	746	998 ¹⁵²

¹⁵¹ Chronologie entnommen aus Frankfurter Rundschau online, Sie starben weil sie anders aussahen, anders dachten, anders lebten; Eine Bilanz rechtsextermistischer Gewalt in Deutschland der vergangenen zehn Jahre

¹⁵² Daten entnommen aus Bundesverfassungsschutzbericht 2000

6. Was tun gegen rechte Gewalt?

6.1 Handlungskonzept der Landesregierung von Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Tolerantes Brandenburg) vom 12.06.1998:

Das Leitbild der Landesregierung: Recht, Toleranz und Solidarität im Land Brandenburg
Wahrung der Würde und der Freiheit des Menschen:

„Die Verfassung des Landes Brandenburg beruht auf den Traditionen von Recht, Toleranz und Solidarität in der Mark Brandenburg. Sie stellt die Würde und die Freiheit des Menschen in den Mittelpunkt allen staatlichen Handelns und fordert die Gestaltung des Landes Brandenburg als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem sich einigenden Europa und in der einen Welt.“¹⁵³

Diese in der Verfassung formulierten Werte werden von einer großen Mehrheit der Bürger geteilt. Sie bilden weiters das Leitbild für eine große Anzahl von gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Verbänden. Der in diesen Grundwerten abgebildete Konsens wird durch das Engagement vieler Bürger getragen, dennoch gibt es in den Kommunen und auf Landesebene darüber Konflikte, wie diese Werte in der Praxis verwirklicht werden sollen. Diese Konflikte sind mit den Mitteln der demokratischen Gesellschaft und unter Beteiligung möglichst vieler zu lösen. Eine solche Vorgehensweise kennzeichnet die „Zivilgesellschaft“. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft und eines demokratischen Bewußtseins kann nicht durch Delegation auf öffentliche Institutionen ersetzt werden.¹⁵⁴

Eine moderne Zivilgesellschaft benötigt insbesondere lokale demokratische Strukturen und eine entsprechende kommunale Öffentlichkeit. Die Landesregierung will die Entwicklung solcher Strukturen weiterhin unterstützen und begleiten. Die Förderung von Toleranz und Solidarität, Internationalität und Begegnung genieße einen hervorragenden Stellenwert bei allen Bemühungen, das soziale Klima im Land Brandenburg zu verbessern. Die gesamte Gesellschaft müsse dafür gewonnen werden, entsprechende Ziele verfolgen, denn Gesetze und staatliches Handeln allein reichten nicht aus, entgegengesetzten Orientierungen und

¹⁵³ zitiert aus dem Konzept Tolerantes Brandenburg in www.brandenburg.de/land/mbjs/infothek. Seite 1.

¹⁵⁴ vgl. Tolerantes Brandenburg Seite 1.

Erscheinungen zu begegnen. Das Handlungskonzept der Landesregierung sei für Weiterentwicklung offen und lade zur Beteiligung ein. Dabei solle das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ ein wesentlicher Partner sein, um möglichst viele gesellschaftliche Kräfte zu beteiligen und einzubinden.¹⁵⁵

1.) Die Demokratie und der Innere Frieden müssen gefestigt, ihren Gegnern muß entschlossen begegnet werden:

Das friedliche Zusammenleben der Menschen ist auch in unserer Zeit durch Gewalt und Intoleranz in ihren verschiedenen Ausprägungen beeinträchtigt. Opfer von Gewalt und Ausgrenzung werden vor allem „Fremde“ und Ausländer. Fremdenfeindliche und rechtsextremistische Haltung sowie Gewaltbereitschaft überschneiden sich teilweise, sind jedoch nicht deckungsgleich. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind auch ohne gewaltförmige Ausprägung abzulehnen und zu bekämpfen, genauso ist jede Form von Gewalt verwerflich.

Ihre Ursachen sind zu bekämpfen und mit den Mitteln des Rechtsstaates zu verfolgen. Wenn Toleranz, Solidarität und Internationalität angestrebt werden, dann darf ein von Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit und ausgrenzendem Verhalten geprägtes Klima im Land nicht toleriert werden. Rechtsextreme Institutionen versuchen mit der immer gleichen Propaganda die Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen. Sie propagieren die schnelle und einfache Lösung aller sozialen Probleme, wobei sie Angst und Verdruß in der Bevölkerung ausnutzen. Damit diese Parolen nicht ihr Ziel erreichen, müssen die Demokraten immer wieder klarstellen: Gewalt, Haß und Intoleranz lösen kein einziges Problem!¹⁵⁶

Dies gilt ebenso für die Gewaltbereitschaft, die bei Jugendlichen verbreitet ist und die häufig mit einer diffusen rechtsextremistischen Orientierung verbunden ist. Die brutalen Übergriffe gegen „Fremde“, Schwächere und Wehrlose bedrohen das Zusammenleben der Menschen. Deshalb wird die Landesregierung weiterhin mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen diese Gewaltexzesse vorgehen. Ermutigt fühlen sich solche Gewalttäter wenn sie beobachten, daß auch Erwachsene im Alltag „Fremde“ und Minderheiten diskriminieren. Diese Erscheinungsformen der Intoleranz bilden mindestens den Nährboden für Rechtsextremismus.

¹⁵⁵ vgl. Tolerantes Brandenburg, Seite 2

Prävention darf deshalb nicht erst dann einsetzen wenn Rechtsextremismus klar zu Tage tritt, sondern muß bereits mit dem Abbau von Vorurteilen und Klischees beginnen.¹⁵⁷ Fremdenfeindlichkeit entsteht aus Fremdenangst und Zukunftsangst. Es gilt, diese Ängste ernst zu nehmen und ihnen zu begegnen. Daher soll über alle Formen von Intoleranz und Haß aufgeklärt werden und Berührungsängste im Umgang mit Fremden müssen beseitigt werden. Während Haß und Gewalt nachhaltig zu ächten sind, müssen deren Opfer Solidarität erfahren. Dabei gilt es das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung insgesamt zu stärken.¹⁵⁸

2.) Elemente des Handlungskonzept – Maßnahmen zur Erreichung der Ziele:

„Mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ unterstreicht die Landesregierung eine klare eindeutige Absage an jede Form der Gewalt. Es ist eine Zukunftsfrage für das Land Brandenburg, daß Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zurückgedrängt werden und alle politischen und gesellschaftlichen Mandatsträger und ihre Institutionen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Verbände, gesellschaftliche Gruppen, Firmen, Gemeinden und Kreise mit den Menschen im Land daran arbeiten.“¹⁵⁹

Um dieses Ziel zu erreichen hat die Landesregierung folgendes beschlossen:

a) Mobilisierung der Gesellschaft:

- Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit:

Das Aktionsbündnis hat seit seinem Bestehen Aufmerksamkeit gefunden, Signale gesetzt, wenn es auch nicht allen, manchmal eben auch unrealistisch hohen Erwartungen in dieser Zeit genügen konnte. In dieser bisherigen Arbeit hat sich der breite Konsens bestätigt, der in Brandenburg bei allen gesellschaftlichen Kräften zur Wahrung von Sicherheit und Frieden vorhanden ist. Das Aktionsbündnis hat eine gute Ausgangsposition, um sich zu einer zentralen, themenbezogenen Informations- und Clearingstelle zu entwickeln, die über Zuständigkeitsgrenzen hinweg Informationen sammelt, sinnvolle Aktivitäten und Projekte anregt, unterstützt und vernetzt und über sie informiert. Darüber hinaus sollen eigene Projekte

¹⁵⁶ vgl. Tolerantes Brandenburg, Seite 2

¹⁵⁷ vgl. Tolerantes Brandenburg, Seite 3

¹⁵⁸ vgl. Tolerantes Brandenburg, Seite 3

¹⁵⁹ zitiert aus Tolerantes Brandenburg, Seite 3

durchgeführt werden. Die Wirksamkeit des Aktionsbündnisses kann gesteigert werden, wenn ihm selbst Mittel zur Verwirklichung von Projekten zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund wurden dem Aktionsbündnis für das Jahr 1998 150.000 DM zur Verfügung gestellt und für das Jahr 1999 eine halbe Million DM.¹⁶⁰

b) Ächtung von Gewalt und Unterstützung für die Opfer:

- Ächtung von Gewalt:

Durch eine vermehrte verfolgte öffentliche Thematisierung von Gewalt erfolgt eine Ächtung dieser. Mitglieder der Landesregierung leisten hierzu einen Beitrag, in dem sie bei Besuchen im Land Brandenburg Gespräche mit Schülerinnen und Schülern, in Jugendeinrichtungen, Ausbildungseinrichtungen sowie Einrichtungen des Strafvollzugs führen. Wenn schwere Gewalttaten geschehen, zeigen Mitglieder der Landesregierung Präsenz und werden demonstrativ durch den Besuch der Opfer Solidarität beweisen. Durch ihre Anwesenheit unterstützen sie die Menschen die vor Ort gegen Gewalt und Rechtsextremismus auftreten. Dabei werden den Verantwortlichen Behörden vor Ort und anderen Helfern Hinweise auf weitere Unterstützungsmöglichkeiten gegeben.¹⁶¹

- Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Straftaten:

Es werden Projekte gefördert, die den Opfern rechter Straftaten schnellstmöglich beratend helfen, die Unterstützung der Opfer durch das politische und soziale Umfeld vor Ort organisieren und die Taten und ihre Folgen dokumentieren und veröffentlichen. Ein weiteres Signal für die Ächtung von Gewalt und zur Unterstützung der Opfer soll der Internetwettbewerb „Online gegen Gewalt“ sein. Der Wettbewerb richtet sich an junge Internetnutzer aus der Region Berlin – Brandenburg.¹⁶²

c) Entwicklung und Unterstützung von lokalen, demokratischen Strukturen und der kommunalen Öffentlichkeit:

¹⁶⁰ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 4

¹⁶¹ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 4

¹⁶² siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 4 – 5

- Kommunales Beratungsangebot:

Zur Unterstützung der Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder und vor allem der Menschen, die gegen Gewalt und Rechtsextremismus vorgehen wollen, wird vom Land Brandenburg ein von der örtlichen Ebene abrufbares Beratungsangebot zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe dieses Angebotes soll praktische Hilfe bei der Realisierung von Diskussionsprozessen, Projekten und Initiativen geleistet werden. Daneben wird für die aktiven Menschen vor Ort ein Fortbildungsangebot organisiert. Das Abrufangebot richtet sich an das gesamte Gemeinwesen. Es steht nicht nur den aktuell betroffenen Gemeinden zur Verfügung, sondern in einem präventiven Ansatz allen Gemeinden. Mit dem Aufbau des Projektes wurde im Herbst 1998 begonnen.¹⁶³

- Initiative zur Entwicklung kommunaler Integrationsstrukturen für Zuwanderer:

Bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt ist es sehr wichtig, die in den Gemeinden lebenden Zuwanderer sozial zu integrieren. Eine Beschäftigung mit den Problemen der Zuwanderer ist eine Grundvoraussetzung für eine Integration von Zuwanderern. Eine Projektinitiative wird daher die Entwicklung kommunaler Kooperationsstrukturen für die Integration von Spätaussiedlern, jüdischen Emigranten und anderen dauerhaft bleibeberechtigten Zuwanderern zu initiieren und zu begleiten. Parallel zum Aufbau der örtlichen Strukturen wird das Projekt konkrete Integrationsmaßnahmen und – Projekte anregen und unterstützen.¹⁶⁴

Nicht zuletzt durch die Fortschreibung der Kommunalen Kriminalitätsverhütung (KKV) soll das Sicherheitsgefühl auf lokaler Ebene gestärkt werden. Mit einer Bürgerbefragung wurden Befürchtungen und Erfahrungen der Bürger in Hinblick auf Unsicherheiten und Gefahren erfaßt. Die Ergebnisse ermöglichen so den bürgernahen Einsatz der Polizei an gemeinsam festgelegten Schwerpunkten. Neben diesen Projekten dient eine Vielzahl von Angeboten der Entwicklung und Unterstützung der lokalen Infrastruktur, so zum Beispiel die Förderung der politischen Bildung zur Unterstützung der lokalen Öffentlichkeit. Regelmäßig eine große Bedeutung hat die Hilfe zur Selbsthilfe, zum Beispiel bei der Förderung von Angeboten im Freizeitbereich für Jugendliche in den Dörfern. die vielfältigen positiven Ansätze sollen durch

¹⁶³ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 5

¹⁶⁴ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 5

die Vernetzung von Initiativen und Einzelprojekten sowie die Schaffung von Multiplikatoreffekten unterstützt werden.¹⁶⁵

d) Entwicklung von Toleranz, Solidarität und Abbau von Fremdenangst:

- Positive Aktivitäten unterstützen, Räume für Eigeninitiative und Mitbestimmung öffnen:

Die Landesregierung unterstützt die Bemühungen auf Bundesebene, Regelungen zum Abbau von Diskriminierungen im Alltag zu schaffen. Eine Vielzahl von Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens von In- und Ausländern wird durch Ausländerbeauftragte initiiert und gefördert. Die Landesregierung wird weiterhin die Institution einer Ausländerbeauftragten sicherstellen und diese ressortübergreifend in ihre Arbeit einbeziehen und unterstützen. Die regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e. V. (RAA) mit Sitz in Potsdam, sowie 9 weitere Niederlassungen im Land Brandenburg haben 55 hauptamtliche Mitarbeiter und beschäftigen pro Monat circa 150 Personen die für einzelne Projekte der RAA tätig sind. Sie setzen einen Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die RAA – Niederlassungen bieten außerschulische und schulbegleitende Projektarbeit unter anderem zu interkulturellen Themen, Fragen von Gewalt und Konflikten oder lokalhistorischen Studien an. Es wird dabei nicht nur mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet, sondern auch das Lehrpersonal und sozialpädagogische Fachkräfte mit einbezogen. Intensiviert wird vor allem die Fort- und Weiterbildung unter anderem für Lehrer und Sozialarbeiter zum Thema „Rechtsextremismus“.¹⁶⁶

- Entwicklung von Toleranz, Solidarität und Weltoffenheit in Schule und Jugendhilfe:

Es sollen Schüler- und Lehreraustausch sowie Schulpartnerschaften forciert werden. Es ist beabsichtigt, durch eine Ausweitung der Fördermöglichkeiten EU – Programme für den Schüleraustausch nutzbar zu machen. Derzeit laufende Vorhaben werden unter das Rahmenthema gestellt (Kinderfilmfeste, Wettbewerbe und der gleichen). Die Themenfelder Toleranz und Internationalität werden in den Schulen intensiver behandelt und internationale Jugendbegegnungen gefördert. Bei diesen Jugendbegegnungen stehen das Erlernen von

¹⁶⁵ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 6

Fakten über das Partnerland, das gemeinsame Gestalten einer Begegnung im Zusammensein und Zusammenarbeiten mit einer Partnergruppe im Vordergrund. In einer Vielzahl von Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildungsarbeit stehen die Problemfelder Rechtsextremismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Mittelpunkt.

Weiters unterstützt die Landesregierung den Aufbau der jüdischen Gemeinde im Land Brandenburg, mit dem Ziel, das jüdische Leben wieder zu einem selbstverständlichen Teil des öffentlichen Lebens zu machen. Geplant ist auch die Entwicklung von Trainingskursen und Weiterbildung zur Informationsvermittlung und Erhöhung der interkulturellen Kompetenz sowie von Konfliktfähigkeiten in Ämtern und Behörden. Mit dem Ziel des transnationalen Austauschs wurden in den letzten Jahren rund 400 jugendliche Praktikanten aus sieben Staaten Ost- und Mitteleuropas in brandenburgischen Agrarbetrieben aufgenommen.¹⁶⁷

- Internationalität und Toleranz an den Hochschulen und deren Wirksamkeit am Standort:

Die Integration der zahlreichen ausländischen Studierenden an den Hochschulen wird größte Bedeutung beigemessen. Neben speziellen Sprachkursen und Tutorien, Teamarbeit, wechselseitiger Hinführung an die verschiedenen Kulturen entwickeln sich die persönlichen Beziehungen zwischen den Studierenden. Die dadurch gegebene langfristige Ausstrahlung auf das regionale Umfeld ist verbunden mit gezielten Aktionen, insbesondere auf Initiative der Studierenden, in der Öffentlichkeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit agiert wird.¹⁶⁸

- Initiative Ausländer schaffen Arbeitsplätze:

Eine Initiative der Wirtschaft mit dem Ziel, Aufklärungsarbeit über die Vorteile wirtschaftlicher Beziehungen zum Ausland, das heißt ausländische Direktinvestitionen in Brandenburg, Außenhandel und ausländische Touristen zu Gast in Brandenburg, zu leisten, ist in Vorbereitung. Damit soll der Parole „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ entgegengetreten werden.¹⁶⁹

¹⁶⁶ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 6

¹⁶⁷ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 7

¹⁶⁸ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 7 – 8

¹⁶⁹ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 8

- Forschungsvorhaben:

Die sozialen, kulturellen und psychologischen Ursachen des Rechtsextremismus kann man gezielt bekämpfen, wenn man sie kennt. Deshalb unterstützt das Land Brandenburg Forschungen zu rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensstrukturen bei Jugendlichen und Erwachsenen.¹⁷⁰

e) Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte im Umgang mit Gewalt und Rechtsextremismus:

- Fortbildung und Beratung für Lehrpersonal im Umgang mit Gewalt und Rechtsextremismus:

Lehrerinnen und Lehrer sowie das gesamte Schulpersonal sollen rechtsextreme Tendenzen möglichst frühzeitig wahrnehmen und sich aktiv mit den entsprechenden Problemen auseinandersetzen. Zu diesem Thema werden Fortbildungsangebote vermehrt initiiert. Sie werden vermehrt in die schulinterne Fortbildung miteinbezogen. Ergänzend werden den Lehrkräften für den Unterricht verwertbare, didaktisch aufbereitete Handreichungen zur Verfügung gestellt. Schulen benötigen für ihre arbeitsfachliche Information über die vielfältigen konkreten Erscheinungsformen, Ursachen und Wirkung von Rechtsextremismus. Die Landesregierung wird ein Beratungssystem aufbauen, das den Schulen für die genannten Aufgaben zur Verfügung steht und Lehrerinnen und Lehrern in konkreten Problemstellungen Hilfeleistung gibt.

Neben dem Ausbau des thematischen Schwerpunkts sollen Lehrkräfte Verhaltenssicherheit im Umgang mit Jugendlichen sowie in der Zusammenarbeit mit den Eltern gewinnen. Dazu werden Möglichkeiten zum Verhaltenstraining und zum Erlernen von Konfliktbewältigungsstrategien angeboten. In Fort- und Weiterbildungsangeboten der Jugendhilfe wird verstärkt die Entwicklung von Diskussionsstrategien und die Konfliktschlichtungskompetenz thematisiert und trainiert.¹⁷¹

f) Jugendhilfe – Präventive Arbeit mit auffälligen Jugendlichen und Gruppen:

¹⁷⁰ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 8

¹⁷¹ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 8 - 9

Neben den sozialen Diensten der Justiz bieten seit 1999 fünf Projekte freier Träger der Jugendhilfe den Täter – Opfer – Ausgleich an. Die Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte werden aufgefordert, die zur Verfügung gestellten Beratungskapazitäten bei der Bewältigung von Krisen und bei der Weiterentwicklung und Qualifizierung der jeweiligen Angebote von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit einzusetzen und die vorhandenen Ressourcen vor Ort besser zu nutzen. Ein Schwerpunkt soll dabei die Betreuung von Straßencliquen durch Streetworker darstellen. Kinder- und Jugendkriminalität wird häufig auf Mängel in der häuslichen Erziehung zurückgeführt. Nach dem Kinder- und Jugendhilferecht haben Eltern Anspruch auf Hilfen, für die die örtlichen Jugendämter zuständig sind. Zur Verbesserung dieser ambulanten Hilfen werden die Jugendämter bei der Entwicklung flexibler Einzelhilfen unterstützt.¹⁷²

g) Das öffentliche Leben sichern, Bedrohungen entschlossen mit den Mitteln von Polizei und Justiz entgegentreten:

- Öffentliche Räume freihalten:

Öffentliche Straßen, Plätze und Einrichtungen sind für alle da und müssen für alle zugänglich gemacht werden. Wenn öffentliche Räume von gewaltbereiten Jugendcliquen besetzt werden, muß dem entschieden entgegentreten werden. Durch Polizeipräsenz wird dieser Bedrohung wirksam begegnet. Aber diese Cliquen sollten nicht nur an einen anderen Platz verdrängt werden, sondern auf sie muß nachhaltig eingewirkt werden und den einzelnen Jugendlichen müssen sinnvolle Betätigungen angeboten werden, mit denen sie aus den gewaltbereiten Cliquen herausgeholt werden können.¹⁷³

- Polizeiliche Schwerpunktsetzungen: Tätergruppenanalyse, MEGA, Arbeitsgruppen „Jugendliche Intensivtäter“:

Schwerpunkte präventiver polizeilicher Arbeit bilden die Bekämpfung von Gewaltkriminalität sowie rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten. Das Verhalten verschiedener jugendlicher Gruppen beeinträchtigt die öffentliche Sicherheit und Ordnung, sowie das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Mit der Erhebung und dem daraus resultierenden, halbjährlich fortgeschriebenen Lagebild „Polizeilich relevante jugendliche Gruppierungen“

¹⁷² siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 9

verschafft sich die Polizei einen kontinuierlichen Überblick über die Entwicklung solcher Jugendgruppen.

Die daraus resultierenden Ergebnisse werden mit den Verantwortlichen der Jugendarbeit besprochen und helfen denen bei ihrer Arbeit. In den Polizeipräsidien wurden „Mobile Einsatztrupps gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ (MEGA) gebildet. Durch diese Einsatztrupps sollen potentielle Täter an ihren Treffpunkten gezielt aufgespürt und öffentlichkeitswirksam kontrolliert, die Anonymität potentieller Täter beseitigt, die Szene verunsichert, geplante Straftaten verhindert und Voraussetzungen für die Aufklärung von Straftaten geschaffen werden. Die Behandlung von Jugendlichen Straftätern im polizeilichen Ermittlungsprozeß muß den Grad der Sozialisation junger Menschen berücksichtigen. Die Einrichtung von Arbeitsgruppen „Jugendliche Intensivtäter“ ist eine spezielle Form der täterorientierten Jugendsachbearbeitung, die nachhaltig dazu beitragen will, daß gefährdete junge Menschen vor einer kriminellen Karriere bewahrt werden.¹⁷⁴

- Schwerpunktsetzung der Justiz: Verfahrensbeschleunigung, schuldangemessene Sanktion, Ausbau der vorgerichtlichen Konflikterledigung durch Täter – Opfer – Ausgleich, Resozialisierungsbemühungen:

„Gewalt und rechtsextremistische Straftaten fordern von der Justiz eine klare und eindeutige Reaktion. Die Justiz muß für den Bürger glaubhaften Rechtsgüterschutz und für die Straftäter die Ernsthaftigkeit des staatlichen Willens zu diesem Rechtsgüterschutz verdeutlichen.“¹⁷⁵

Es gilt weiterhin alle Möglichkeiten einer raschen Verfahrenserledigung bei jugendlichen Straftätern auszuschöpfen. Nur schnelle staatliche Reaktion der Justiz entfaltet die gewünschte präventive Signalwirkung. Wo es die Straftat und die Persönlichkeit des Täters erfordern, sind Staatsanwaltschaft und Gerichte gefordert, den Strafraumen auszuschöpfen. Bei heranwachsenden und jugendlichen Straftätern muß der Erziehungsgedanke im Vordergrund stehen. Solche Maßnahmen sind aber nur dann anzuwenden, wo die Chance besteht, damit etwas zu bewirken. In geeigneten Fällen ist es anzustreben eine Aussöhnung zwischen Tätern und Opfer in die Wege zu leiten.

¹⁷³ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 9

¹⁷⁴ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 9 - 10

¹⁷⁵ zitiert aus Tolerantes Brandenburg, Seite 10

Dabei soll der von den sozialen Diensten der Justiz und den freien Trägern der Jugendhilfe durchgeführte Täter – Opfer – Ausgleich zur Anwendung kommen. Dieses Verfahren dient jedoch nicht dazu, in Fällen, in denen aufgrund der Schwere der Schuld eine harte und entschiedenen Reaktion der Strafverfolgungsbehörden erforderlich ist, Tätern die Strafe zu ersparen. Auch in Fällen von Gewaltdelinquenz soll das Bemühen um eine Resozialisierung eine Rolle spielen. Die Resozialisierung auch dieser Täter ist Zielvorstellung für eine dauerhafte Lösung des Problems.¹⁷⁶

Meines Erachtens hat das Land Brandenburg mit diesem Maßnahmenkatalog ein Brauchbares Konzept geliefert, um den Kampf gegen rechte Gewalt zu führen. Sehr wichtig erscheint mir, daß in diesem Konzept versucht wird die gesamte Bevölkerung mit einzubeziehen und für das Thema zu sensibilisieren. Ein großer Schritt in die richtige Richtung ist für mich, daß versucht wird, die versteckte Zustimmung für rechtsextreme Gewalttäter in der Bevölkerung zu bekämpfen. Weiters sehr wichtig ist, daß versucht wird die Zuwanderer ins soziale Leben zu integrieren, was dem Abbau von Ängsten und Vorurteilen dient. Nur wenn alle an einem Strang ziehen sind Erfolge in Sicht. Einen weiteren Punkt den ich nun noch in meiner Arbeit beleuchten möchte, sind die Aussteigerprogramme für in die rechte Szene involvierte Personen. Ich möchte nun auf einige von diesen eingehen.

¹⁷⁶ siehe Tolerantes Brandenburg, Seite 10 – 11

6.2 Aussteigerprogramme für Rechtsextreme:

6.2.1. EXIT:

Das Projekt EXIT wurde vom ehemaligen Staatsschutzchef Bernd Wagner und Ingo Hasselbach, einem früheren führenden Aktivist der Neonazi – Szene im Oktober 2000 gestartet. EXIT – Deutschland ist kein Pilotprojekt, da bereits 1998 in Schweden und Norwegen Projekte, die Neonazis in ein anderes Umfeld integrierten, starteten. Finanziert wird EXIT von der Zeitschrift „Stern“, die mit der Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ bereits 1,6 Millionen Mark sammelte und neben EXIT noch weitere Projekte unterstützt.¹⁷⁷

EXIT über sich:

„Die rechtsextreme Szene gibt niemanden frei. Sie übt Druck auf die Mitglieder der Szene ebenso aus wie auf deren Familienangehörige, droht mit Gewalt und greift zu Verunglimpfungen. Auch Gewaltakte und Terroranschläge sind zu befürchten, wenn ein Mitglied auszusteigen versucht. Jene, die erkennen, daß das Weltbild und das Engagement für rechtsextreme und rassistische Gruppen die gesellschaftlichen und eigenen persönlichen Probleme nicht lösen kann, die die Unsinnigkeit und Verderbtheit des eigenen Tuns sehen und begreifen, daß rechtsextreme Lösungen in Gewalt und Tötung enden, benötigen Signale und Hilfe von außen. Deshalb kann es wichtig sein, seine bisherige Lebenswelt zu verlassen und eine neue aufzubauen. Dabei versucht EXIT zu helfen. EXIT kann Kontakte vermitteln und praktische Hilfe leisten, kann neue Orientierungspunkte in der Unübersichtlichkeit der demokratischen Gesellschaft geben, kann Eltern von potentiellen Aussteigern zur Seite stehen, aber auch präventiv handeln.“¹⁷⁸

An wen richtet sich EXIT?

EXIT kann Jugendlichen und jungen Erwachsenen helfen, die aus der rechtsextremistischen Szene aussteigen möchten. EXIT richtet sich auch an Eltern von Kindern in rechtsextremen

¹⁷⁷ siehe Maßnahmen gegen rechte Gewalt in [www.Kunden.c-m-s.de / denktag/projekte/T7/sites/Maßnahmen/Maßnahmen.html](http://www.Kunden.c-m-s.de/denktag/projekte/T7/sites/Maßnahmen/Maßnahmen.html)

¹⁷⁸ zitiert aus www.EXIT-Deutschland.de

Gruppen, kann sie unterstützen und beraten. Ferner sollen Schulen, Verwaltung, die Polizei und die Jugendhilfe in das Projekt einbezogen werden.¹⁷⁹

Wie funktioniert EXIT?

Sicherheit:

Die Sicherheit potentieller Aussteiger hat aufgrund der möglichen Bedrohung aus der rechtsextremen Szene höchste Priorität. EXIT analysiert gründlich die Situation eines jeden Einzelnen und erstellt ein spezielles Sicherheitskonzept, um die Wahrscheinlichkeit rechtsextremer Übergriffe zu verringern. Mit einbegriffen sind Erarbeitung von Verhaltensweisen und Vorsichtsmaßnahmen, ebenso wie die Empfehlung zu materieller und persönlicher Absicherung.¹⁸⁰

Juristische Hilfe:

Ein Ausstieg aus der Szene kann mit vielfältigen rechtlichen Fragen verbunden sein. Arbeitsrecht, Straf- und Strafprozeßrecht, Zivilrechtsfragen und andere Rechtsprobleme, die in Zusammenhang mit einem Ausstieg auftreten können, bedürfen in ihrer Bewältigung professioneller juristischer Unterstützung und unter Umständen auch anwaltschaftlicher Vertretung. Diese Hilfe will EXIT vermitteln. Natürlich kann eine strafrechtliche Verantwortlichkeit im Falle der Strafverfolgung durch EXIT nicht abgewendet werden. Es besteht aber ein Vertrauensverhältnis, wie es in der Sozialarbeit zum Berufsethos gehört. Dazu gehört aber auch, daß der Aussteiger bereit ist rechtliche Verantwortlichkeit zu übernehmen.¹⁸¹

Reintegration von Aussteigern:

Wichtig ist es, daß Mitglieder der rechtsextremen Szene, die Aussteigen möchten, ihre alte Lebenswelt verlassen. EXIT bietet Aussteigern die Möglichkeit, neue Perspektiven zu entwickeln und Alternativen aufzubauen. Dies kann durch Einbindung in sportliche oder künstlerische Aktivitäten geschehen, besonders in Gruppenzusammenhängen mit „normalen“

¹⁷⁹ vgl. www.EXIT-Deutschland.de

¹⁸⁰ vgl. www.EXIT-Deutschland.de

¹⁸¹ vgl. www.EXIT-Deutschland.de

Jugendlichen und Erwachsenen. Wichtig dabei ist auch die Begleitung und Beratung von betroffenen Eltern, Lehrern und Sozialarbeitern. Dazu erprobt EXIT momentan Optionen und bündelt Erfahrungen der regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule und des Zentrums „Demokratische Kultur“ in Berlin.¹⁸²

Prävention:

Ein wichtiger Punkt bei EXIT ist die Prävention. In Schulen, in den Jugendclubs und den Familien soll eine Sensibilisierung für die rechtsextreme Gefahr, ihre Erscheinungsformen und ihre Mobilisierungsmechanismen erwirkt werden. Dazu werden Netzwerke von betroffenen Eltern aufgebaut und Lehrer und Sozialpädagogen geschult und fortgebildet. EXIT arbeitet dazu eng mit dem Zentrum „Demokratische Kultur“ in Berlin zusammen, welches seit Jahren Fortbildungen und Informationsveranstaltungen zu Thema durchführt.¹⁸³

Von Oktober 2000 bis Ende Juli 2001 hat EXIT 80 Rechtsextremen beim Ausstieg aus der Szene geholfen. Die 80 von EXIT betreuten Personen kommen mehrheitlich aus dem westlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland. Erst langsam zeichnet sich ein Gleichgewicht zwischen Ost und West ab. Die Betreuten stammen aus allen Ecken des rechten Lagers. Der jugendliche Mitläufer aus der Provinz, Mitglieder der freien Kameradschaften oder aus der extrem gewaltbereiten „Blood & Honour“ Szene finden sich genau so in der EXIT – Kartei wie Sascha Stange, ein ehemaliger NPD – Funktionär. Stange organisierte die Präsenz der Rechten im Internet und brachte mit diesem Insiderwissen große Unruhe in die Rechtsextreme Szene. Heute ist er Vorzeigaussteiger und begehrter Protagonist auf Veranstaltungen und bei Reportagen.

Wie schon gesagt finanziert der „Stern“ diese Initiative, doch wenn diese Gelder einmal nicht mehr fließen sollten, dann gibt es Probleme. Auf staatliche Finanzspritzen und die damit verbundene Abhängigkeit will man bewußt verzichten. Laut EXIT sei es auch eher unwahrscheinlich, daß Recht Hilfe bei staatlichen Stellen suchen, da der Staat der Feind der Rechten Szene sei und es ihn daher zu bekämpfen gelte.¹⁸⁴

¹⁸² vgl. www.EXIT-Deutschland.de

¹⁸³ vgl. www.EXIT-Deutschland.de

¹⁸⁴ vgl. www.freitag.de/2001/31/01310602.php

Ein weiteres Problem für EXIT ist, daß 20 % seiner Betreuten zur Zeit inhaftiert sind. In Freiheit lebenden Rechtsextremisten kann EXIT bei der Wohnungs- und Jobsuche helfen und am neuen Wohnort Kontakte zu lokalen Gruppen vermitteln. Innerhalb der Gefängnismauern wirken diese Hilfemaßnahmen nicht. Dort existieren gut organisierte Netzwerke, die die rechte Knastszene zusammenhalten und von der 1979 gegründeten HNG koordiniert werden. Sie vermittelt Rechtsanwälte, organisiert Brieffreundschaften und bietet sogar Schulungen an, die dazu dienen sollen, die Kameraden in der Szene zu halten.¹⁸⁵

Wer im Gefängnis aussteigen will ist sehr großen Gefahren ausgesetzt. Ein von EXIT betreuter Häftling musste verlegt werden, da er von seinen „Kameraden“ regelrecht gefoltert wurde. In diesen Fällen nimmt die Aussteigerinitiative Kontakt mit den Justizministerien der Länder auf. Meist ist die Zusammenarbeit mit diesen Stellen recht gut und erfolgreich.

Ein Kritikpunkt an solchen Aussteigerprogrammen ist oftmals, daß sie nur die Symptome bekämpfen, nicht aber die Ursachen. Laut EXIT kann das nicht so stehen gelassen werden. Es gehe der Initiative nicht allein um Resozialisierung sondern um die Re – Demokratisierung der Ratsuchenden. Wer gewaltlos bleibt, aber weiterhin die „Deutsche Stimme“ liest und NPD wählt, ist eben nur resozialisiert. Das sei nicht das Ziel von EXIT. Deshalb ist EXIT auch in das Gesamtkonzept der „Amadeu – Antonio – Stiftung“ eingebunden. Unter ihrer Führung werden unter anderem Opfer rechter Übergriffe betreut, das „Community Cooking“ hilft Bezirken und Kommunen im Umgang mit rechten und animiert Jugendliche, sich auf lokaler Ebene politisch zu engagieren.¹⁸⁶

6.2.2. Telefonhotline für rechtsextreme Aussteiger des Bundesamtes für Verfassungsschutz:

Das Bundesamt für Verfassungsschutz startete am 17. April 2001 ein Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten. Mit Hilfe dieses Programmes soll Rechtsextremisten der Ausstieg aus der Szene erleichtert werden. Sachkundige Mitarbeiter stehen zu einer vertraulichen Kontaktaufnahme zu Verfügung. Sie beraten Ausstiegswillige, die sich nicht allein aus der rechtsextremistischen Szene lösen können, vermitteln ihnen Kontakte und Hilfe staatlicher Stellen und unterstützen den Ausstiegsprozeß je nach der persönlichen Lage des

¹⁸⁵ www.freitag.de

¹⁸⁶ www.freitag.de

Hilfesuchenden.¹⁸⁷ Interessierte können sich unter der Telefonnummer 0221 / 79262 vertraulich an das Amt wenden.

Bereits im Februar hatte Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) das Programm angekündigt. Ziel sei es, die rechte Szene zu schwächen und zu verunsichern.

Zielgruppen:

Das Bundesamt will mit dem Programm Rechtsextreme direkt ansprechen. Führungspersonen sollen durch direkte Ansprachen aus der Szene herausgebrochen werden. Anderen, die stark in rechtsextreme Strukturen integriert seien, soll Hilfe bei der Jobsuche oder der Aus- und Weiterbildung geleistet werden. Anders ist die Lage bei denen, die erst an der Schwelle zum Einstieg in die Szene stehen. Ihnen soll der Kontakt mit Leuten anderer Herkunft, also anderer Ethnien ermöglicht werden, damit Fremde nicht mehr als Bedrohung, sondern als Bereicherung empfunden werden. Voraussetzung für den Erfolg des Programms ist die Bereitschaft zur Mitarbeit der Betroffenen. Jemanden der sich nicht helfen lassen will, dem kann man nicht helfen.¹⁸⁸

Der Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Michel Friedmann, forderte in diesem Zusammenhang, daß nicht nur Aussteigerprogramme forciert werden, sondern Aktionen in die Wege geleitet werden müssen, die den Einstieg in die Szene verhindern. Dazu sei eine Bildungsoffensive in Ethik-, Humanismus- und Demokratieunterricht nötig.¹⁸⁹

Bilanz des Aussteigerprogramms

Sechs Monate nach dem Beginn des Aussteigerprogramms haben sich rund 700 Anrufer bei der Telefonhotline des Bundesamts für Verfassungsschutz gemeldet. Unter den Interessenten befanden sich circa 145 ernsthafte Ausstiegskandidaten. Bisher wurden mit circa 70 ausstiegswilligen Rechtsextremisten intensive Gespräche geführt. Bei diesen Personenkreis handelt es sich vorwiegend um Männer zwischen 18 und 30 Jahren. Ein nicht näher bezifferter Teil hat bereits die rechtsextreme Szene verlassen. Neben der eigentlichen Zielgruppe hat sich unter anderem auch eine Vielzahl besorgter Bürger und Bürgerinnen ,

¹⁸⁷ vgl. www.verfassungsschutz.de/renetz/aussteiger/page.html

¹⁸⁸ vgl. www.berlin-online.de/wissen/berliner-Zeitung/archiv/2001

¹⁸⁹ vgl. www.berlin-online.de

darunter Eltern und Pädagogen, an die Hotline gewandt. Ihnen konnte mit weiterführenden Informationen und Hinweisen auf Unterstützung durch andere Einrichtungen geholfen werden.

Im Rahmen des Konzepts „Hilfe zur Selbsthilfe“ bietet das Bundesamt ausstiegswilligen Rechtsextremisten Beratung und konkrete Hilfeangebote an. Dies können Hinweise, wie sie sich aus ihrem sozialen Umfeld lösen können ebenso sein, wie konkrete Unterstützung bei der Arbeits- oder Wohnungssuche oder bei einem eventuellen Umzug.¹⁹⁰

Nach und nach bieten immer mehr Bundesländer Aussteigerprogramme an. Zum Beispiel in Baden – Württemberg und Rheinland – Pfalz gibt es Telefonhotlines und auch Nordrheinwestfalen kündigte ein Aussteigerprogramm an. Nach den Erfahrungen aus Baden – Württemberg liegt die Zahl der Anrufe im einstelligen Bereich. Die Anrufer wollen insbesondere Informationen über das Programm selbst bekommen.¹⁹¹

6.2.3 Kritik an Aussteigerprogrammen:

„Das Telefon ist geschaltet. Unter dem Anschluß (0221) 79262 warten seit dieser Woche freundliche Mitarbeiter des Verfassungsschutzes auf die vertrauliche Kontaktaufnahme durch ausstiegswillige Rechtsextreme. Die Telefonschleife ist das neueste Mittel im Kampf gegen Rechts. Bundesinnenminister Otto Schily hofft, daß sich vor allem verunsicherte Mitläufer bei dem Call – Center melden. Doch das Aussteigerprogramm ist nur eine Initiative in der langen, vor allem von Aktionismus geprägten Liste der Maßnahmen gegen den Rechtsradikalismus. Die kommunale Jugendarbeit dagegen, die Grundlage jeder einzelnen Initiative sein müßte, wird seit zehn Jahren vor allem im Osten ziemlich stiefmütterlich behandelt.“¹⁹²

Seit Sommer 2000 wurde ein weiteres dramatisches Ansteigen rechter Gewalttaten festgestellt. Seither reißen die Debatten nicht mehr ab: Sind neue Programme nötig? Muß mit mehr Zuwendung oder mit mehr Repression reagiert werden? Oder bedarf es beider? Müßte nicht eher Neues entwickelt werden? Wie zu Beispiel der Führerscheinentzug für rechte

¹⁹⁰ vgl. www.verfassungsschutz.de/renetz/aussteiger/page/html

¹⁹¹ vgl. www.berlin-online.de/wissen/berlinerZeitung/archiv/2001

¹⁹² zitiert aus Titus Simon „Rechte in die Telefonschleife“ vom 24.04.01 in www.freitag.de/2001/17/01170402.php

Gewalttäter? Soll Rechtsextremisten wegen Störung des Betriebsklimas der Arbeitsplatz gekündigt werden? Alltagspraktisch wird die Bekämpfung des Rechtsextremismus immer noch nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen, sondern Spezialisten zugewiesen. (Sozialarbeitern, Therapeuten, Polizisten). Und wenn deren Arbeit nicht mehr zu fruchten scheint, werden Forderungen laut nach geschlossenen Heimen, amerikanischen „Drill- und Rangerpädagogik“ oder Anti – Aggressionstraining mit rassistischen Gewalttätern im Strafvollzug.¹⁹³

Die Liste der auf die Bekämpfung des jugendlichen Rechtsextremismus ausgerichteten Projekte ist lang. Sie reicht vom 1992 initiierten „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) der Bundesregierung, die Schaffung von auf Rechtsextremismus spezialisierten Polizeieinheit wie MEGA in Brandenburg oder MAEX in Mecklenburg – Vorpommern hin zu mobilen Beratungsteams, die den vor Ort Tätigen Unterstützung bieten sollen. Hinzu kommen innerhalb und außerhalb des Strafvollzugs verankerte Trainingsprogramme sowie eine Vielzahl privater und kommunaler Initiativen. Dadurch besteht laut Titus Simon die Gefahr, daß eine uneinheitliche Organisation und eine nicht aufeinander abgestimmte Ausgestaltung zu Reibungsverlusten und darauf basierenden Mißerfolgen führen kann. Auch wenn die Programme kleinere Erfolge vorweisen können, bleibt laut Titus Simon immer noch die wesentliche Frage offen, weshalb ständig neue Formen der Spezialintervention geschaffen werden müssen, obwohl gerade in Ostdeutschland eine krisenfest installierte kommunale Jugendarbeit immer noch fehlt.¹⁹⁴

In den meisten östlichen Landstrichen existiere zwar eine hohe Dichte an Jugendeinrichtungen, das Personal sei allerdings auch im zwölften Jahr nach der Wende nicht angemessen fachlich ausgebildet und in der Mehrzahl der Fälle nur zeitlich befristet angestellt. Der immer wieder kurzfristige Personalwechsel verhindere mittelfristig wirksamen Beziehungsaufbau zu gefährdeten Jugendliquen. Ein Scheitern, speziell in der Arbeit mit jugendlichen Problemgruppen, sei laut Titus Simon unter solchen Bedingungen vorprogrammiert und in nicht wenigen Fällen bereits eingetreten.

¹⁹³ vgl. Titus Simon, Rechte in die Telefonschleife

¹⁹⁴ vgl. Titus Simon, Rechte in die Telefonschleife

Laut Titus Simon¹⁹⁵ sei weniger Aktionismus und mehr Kontinuität schon immer wichtigstes Prinzip in der Arbeit mit Problemgruppen gewesen. Dieser Grundsatz gelte insbesondere auch für die Bekämpfung von Gewalt und Rassismus.¹⁹⁶

¹⁹⁵ Titus Simon lehrt Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg – Stendal und arbeitete bereits in den siebziger und achtziger Jahren mit Jugendlichen Gewalttätern

¹⁹⁶ vgl. Titus Simon, Rechte in die Telefonschleife

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Die Anzahl der Verbrechen im rechtsextremen Spektrum zeigt, daß die Behörden in Deutschland mit einem nicht zu unterschätzenden Problem kämpfen. Die von mir genannten Organisationen in diesem Spektrum versuchen gezielt das System zu unterwandern und demokratische Grundsätze als unangebracht und falsch darzustellen. Sie versuchen Angst und Schrecken zu verbreiten und Fremde und Andersdenkende zu bekämpfen und zu vertreiben.

Die rechtsextremen Parteien versuchen mit ihren Programmen die Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen in dem sie Fremdenangst schüren. Sie verbreiten immer die gleichen Parolen die Fremde und Juden diskreditieren und machen diese verantwortlich für die sozialen Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie lehnen eine multikulturelle Gesellschaft ab und arbeiten auch gegen die europäische Einigung. Menschen mit Problemen wie Arbeitslosigkeit, geringen sozialem Status und fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten haben ein offenes Ohr für die Propaganda dieser Parteien und Organisationen.

Vor allem Jugendliche, denen es an Perspektive fehlt sehen in derartigen Institutionen einen Ausweg aus ihrer, in ihren Augen, aussichtslosen Situation, gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit und dem Fehlen an sozialen Aufstiegsmöglichkeiten. Sie sehen sich durch die Äußerungen von Organisationen und Parteien im rechten Spektrum bestätigt und denken so, daß etwaige Übergriffe gerechtfertigt sind. Gruppendynamische Effekte, die durch Konzerte und Veranstaltungen rechtsextremer Gruppen verstärkt werden tun ihr übriges dazu. Auch ist bei Jugendlichen die enthemmende Wirkung von Alkohol nicht zu unterschätzen, da diese oft das letzte Glied in einer Kette von Umständen ist, die zu gewalttätigen Übergriffen führen.

Nur die wenigsten Straftaten von Jugendlichen mit rechtsextremen Hintergrund sind von langer Hand geplant. Gefährlich ist in diesem Zusammenhang auch der Fakt, daß es in der Bevölkerung oft Zustimmung für solche Übergriffe gibt. Allen sind noch die Fernsehbilder aus Hoyerswerda vor Augen, wo zu sehen war, wie schaulustige Anwohner applaudierten, als die rechtsextremen Schläger das Asylbewerberheim angriffen.

Solche Aktionen bewirken, daß Jugendliche Gewalttäter zu der Auffassung kommen, daß sie in Wirklichkeit gar nichts Unrechtes getan haben und die Justiz und der Staat im Unrecht sind. Diesem Phänomen gilt es entgegen zu treten und der Staat und die Öffentlichkeit sind

hier nun gefordert. Aufklärung und Präventivarbeit müssen konsequent vorangetrieben werden und diese müssen bereits bei Kindern und Jugendlichen ansetzen. Es muß versucht werden eine Akzeptanz von anderen Kulturen und Menschen zu erreichen, denn die ist eine Voraussetzung dafür, daß der Bevölkerung die Fremdenangst genommen wird.

Natürlich ist der Staat auch gefordert, die Probleme der einheimischen Bevölkerung in den Griff zu bekommen, denn Unzufriedenheit und Neid sind der Nährboden für Ausländerfeindlichkeit. Wie schon gesagt, muß die Präventivarbeit bei Kindern und Jugendlichen beginnen, da der Nachschub für rechtsextreme Organisationen unterbunden werden muß. Ein zweiter Schritt sollte meines Erachtens sein, daß bereits in die Szene involvierte Personen zu einer Umkehr bewegt werden. Ihnen muß vor Augen geführt werden, daß sie durch ihre Maßnahmen nichts erreichen und Gewalt kein Mittel für die Durchsetzung von Programmen und Zielen ist.

Der Staat ist hier gefordert, in dem er Aktionen von Rechtsextremisten sanktioniert und die Szene somit mehr und mehr schwächt. Strafen müssen hart und öffentlich sein um mit ihnen Exempel zu statuieren, was einen Abschreckungseffekt haben soll. Ausstiegswilligen soll der Ausstieg aus der Szene schmackhaft gemacht werden. Ausstiegswillige müssen betreut werden und vor Übergriffen ihrer alten Kameraden geschützt werden. Die Aussteigerprogramme wie EXIT sind meiner Meinung nach sehr sinnvoll, da ohne sie Ausstiegswillige oft nicht den Mut finden, den richtigen Weg zurück in die Gesellschaft anzutreten.

Solche Programme helfen den Interessierten beim Aufbau eines neuen Lebens, da sie es allein wahrscheinlich nicht schaffen würden. Rechtsextreme sind meist so stark in die Szene involviert, daß sie außerhalb ihres Spektrums kaum mehr Kontakte und Freunde haben. Für solche Personen ist es schwer wieder Anschluß an die „normale“ Gesellschaft zu finden.

Das in meiner Arbeit zur Sprache gebrachte Konzept „Tolerantes Brandenburg“ ist meines Erachtens auch sehr sinnvoll. Mit einem derartigen Konzept wird Flagge gezeigt und es zeigt weiters, daß sich die Landesregierung öffentlich von jeder Art von Diskriminierung distanziert. Dieser Maßnahmenkatalog beinhaltet auch den Weg aus der derzeitigen Misere und zeigt, wie man Rechtsextremismus und Gewalt besiegen kann.

Zu der Kritik von Titus Simon möchte ich abschließend noch sagen, daß ich nicht die Anschauung teile, daß solche Aussteigerprogramme nicht sinnvoll sind. Jeder Ausstieg eines potentiellen Rechtsextremisten oder Gewalttäters aus der rechten Szene stellt für mich einen Erfolg dar. Sicherlich gibt es oft Mängel in Organisation und Struktur der einzelnen Programme, jedoch sehe ich auch keinen Fehler in der Anzahl dieser Programme. Um so mehr Möglichkeiten es für Ausstiegswillige gibt, desto leichter ist es für sie den ersten Schritt in die richtige Richtung zu tun.

Ich befürworte aber Titus Simons Auffassung, daß mit der Arbeit gegen Rechts vermehrt auf Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gesetzt werden muß. Wie schon gesagt, desto früher Kinder und Jugendliche für das Thema interessiert werden können und ihnen Grundsätze wie Toleranz anderen Menschen gegenüber und der Gleichheitsgrundsatz der Menschen beigebracht wird, um so leichter fällt es ihnen andere Ethnien und Menschen zu akzeptieren. Dieser Arbeit sollte sicher ein Schwergewicht des Aufwandes zukommen, jedoch bin auch ich der Meinung, daß versucht werden sollte, wie es EXIT formuliert, bereits in die Szene eingetretene Personen zu re – demokratisieren.

Die ganze Bevölkerung muß mitarbeiten um das Phänomen der rechtsextremen Gewalt aus unserem Leben zu verbannen. Ein friedliches Miteinander verschiedener Kulturen und Menschen in einem Land stellt für ein Volk keine Bedrohung dar, sondern eine Bereicherung. Ebenso verhält es sich mit dem Unsinn mit der Vermischung der Rassen, denn es gibt nur eine Rasse: DIE RASSE MENSCH!!!

Ich hoffe, daß ich mit dieser Arbeit einen Einblick in die Problematik gegeben habe und ich wünsche mir, daß die Lösungsvorschläge die in dieser Arbeit angesprochen wurden auch konsequent von den Behörden in die Tat umgesetzt werden, da auch ich in ihnen eine Möglichkeit sehe, das Problem mittelfristig aus unserem Leben zu verbannen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Backes, Uwe / Jesse, Eckhard; Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland; Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1989
- Beyer, Hans – Jürgen; Dokumentation Rechtsextremismus und Gewalt; Friedrich – Naumann – Stiftung; COMDOK Verlag, St. Augustin 1993
- Billing, Werner (Universität Kaiserslautern); Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 1. Auflage; Nemos Verlagsgesellschaft, Baden Baden 1993
- Bullan, Klaus, u.a.; Nationalsozialismus und Neue Rechte; VSA Verlag, Hamburg 1993
- Bundesverfassungsschutzbericht 2000; des Amtes für Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland
- Butterwege, Christoph; Rechtsextremismus im vereinten Deutschland: Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie?; Christoph Butterwege / Horst Isola (Hrsg.); Bremen / Berlin 1991
- Butterwege, Christoph; Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, Analysen und Argumente; Butterwege Christoph (Hrsg.); Leske und Budrich Verlag, Opladen 2000
- Faber, Richard / Funke Hajo / Schoenberger Gerhard (Hrsg.); Rechtsextremismus, Publikationen der Gesellschaft der Gedenkstätte Haus der Wannsee – Konferenz; Edition Hentrich, Berlin 1995
- Heiland, Hans – Günther; Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus; Heiland Hans – Günther (Hrsg.); Westdeutscher Verlag, Opladen 1996
- Heitmeyer, Wilhelm; Gewalt: Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus; Juventa Verlag, München 1995

- Mitterhofer, Margareth; Rechtsextremismus, Neue Rechte versus Alte Rechte: Kontinuität oder Diskontinuität zum Nationalsozialismus; Diplomarbeit; Innsbruck 1996
- Otto, Hans – Uwe / Roland Merten (Hrsg.); Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland; Leske und Budrich Verlag, Opladen 1993
- Pfahl – Traugber, Armin; Rechtsextremismus, eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung; Verlag Bouvier, Bonn (u. a.) 1993
- Reinalter, Helmuth / Petri, Franko / Kaufmann, Rüdiger (Hrsg.); Das Weltbild des Rechtsextremismus; Studienverlag, Innsbruck / Wien 1998
- [www.berlinonline.de/wissen/berliner Zeitung / archiv 2001](http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_Zeitung/archiv_2001)
- [www.brandenburg.de/ file: ///A/ chrono 2000. html](http://www.brandenburg.de/file:///A/chrono_2000.html)
- [www.brandenburg.de / land / mbjs / infothek](http://www.brandenburg.de/land/mbjs/infothek)
- [www.EXIT – Deutschland.de](http://www.EXIT-Deutschland.de)
- [www.freitag.de / 2001 / 17 / 01170402. php](http://www.freitag.de/2001/17/01170402.php)
- [www.freitag.de / 2001 / 31 / 01310602. php](http://www.freitag.de/2001/31/01310602.php)
- [www.f – r .de / fr./spezial / rechts / T 20170000914252928. html](http://www.f-r.de/fr./spezial/rechts/T20170000914252928.html)
- www.idgr.de, Rechtsextremismuserlexikon
- [www.Kunden.c – m – s.de / denktag / projekte / T7 / sites / Masnahmen. html](http://www.Kunden.c-m-s.de/denktag/projekte/T7/sites/Masnahmen.html)
- [www.verfassungsschutz.de / aussteiger / page. html.renetz /](http://www.verfassungsschutz.de/aussteiger/page.html.renetz/)

LEBENS LAUF:

Name: Gatterer Manfred

Geburtsdatum: 26.11.1976

Geburtsort: Bruneck

Eltern: Gatterer Franz, verstorben
Gatterer Antonia geb. Unterhuber, Hausfrau

Geschwister: Gatterer Monika, Lehrerin
Gatterer Karl, Angestellter
Gatterer Josef, Zeichner
Gatterer Helmuth Alois, Tankwart

Staatsangehörigkeit: Italienisch

Ausbildung:

1982 – 1987: Volksschule in Ehrenburg

1987 – 1990: Mittelschule „Karl Meusburger“ in Bruneck

1990 – 1995: Handelsoberschule in Bruneck

1995: Matura und anschließend Beginn des Studiums in Innsbruck

2001: Beginn der Diplomarbeit